BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 15. Wahlperiode

Plenarprotokoll

28. Sitzung 13.12.00

28. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. Dezember 2000

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 2023	Mitteilung des Senats vom 28. November 2000
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	(Drucksache 15/545)
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 2025	Förderung der Bio- und Gentechnologie in
Sonstiger Eingang2025	Bremen und Bremerhaven
Eintritt der Abgeordneten Karola Jamnig-Stell-	Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000
mach (CDU) in die Bremische Bürgerschaft 2026	(Drucksache 15/561)
Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Ände-	Abg. Eckhoff (CDU)2037
rung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	Abg. Dr. Käse (SPD)2039
Mitteilung des Senats vom 12. September 2000	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 2041
(Drucksache 15/452)	Abg. Röwekamp (CDU)2043
2. Lesung	Abg. Dr. Käse (SPD)2045
Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Ände-	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2046
rung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünf-	Staatsrat Dr. Färber
ter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 2049
Bericht und Antrag des Ausschusses für Infor- mations- und Kommunikationstechnologie und	Abg. Eckhoff (CDU)2050
Medienangelegenheiten	Abg. Töpfer (SPD)2051
vom 17. November 2000	Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 2053
(Drucksache 15/540)	Abg. Röwekamp (CDU)2054
Abg. Bürger, Berichterstatter2026	Abstimmung
Abg. Bürger (CDU)2027	
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) 2028	Contains änders de Describet en London
Abg. Schildt (SPD)	Gesetz zur Änderung des Bremischen Landes- mediengesetzes
Abg. Bürger (CDU)	Mitteilung des Senats vom 7. November 2000
Bürgermeister Dr. Scherf	(Drucksache 15/516)
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) 2035	1. Lesung
Abstimmung	2. Lesung
Biotechnologie – Chancen für Bremen und	
Bremerhaven	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD	psychischen Krankheiten und zur Änderung anderer Gesetze
vom 13. Oktober 2000	Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2000
(Drucksache 15/488)	(Drucksache 15/490)
Dazu	2. Lesung

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 20 vom 21. November 2000	Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abschließen
(Drucksache 15/538)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. November 2000 (Drucksache 15/537)
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 21 vom 5. Dezember 2000	Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abschließen
(Drucksache 15/550) 2057	Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000
Wahl eines Mitglieds des Rechtsausschusses . 2057	(Drucksache 15/564) Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 2067
	Abg. Ravens (CDU)
Wahl eines Mitglieds des Datenschutzaus- schusses2057	Abg. Bolinisen (SFD) 2070 Bürgermeister Dr. Scherf 2070 Abstimmung 2071
Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau	BSE: Verbraucherschutz stärken, ökologische Landwirtschaft fördern
Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputa- tion für Wissenschaft2057	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Dezember 2000 (Drucksache 15/558)
	Gesetz zur Änderung der Bremischen Kosten- ordnung
Wahl dreier Mitglieder und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit 2058	Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2000 (Drucksache 15/560) 1. Lesung 2. Lesung
	Aufhebung des Verfütterungsverbotes für Fischmehl und Fischöl
Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bau	Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000 (Drucksache 15/566)
Erwartungen der deutschen Länder an die Re-	Umgehend Maßnahmen zum Schutz vor BSE ergreifen
gierungskonferenz von Nizza Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000 (Drucksache 15/567)
vom 24. Oktober 2000 (Drucksache 15/506)	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 2071
Dazu	Abg. Imhoff (CDU)
Mitteilung des Senats vom 7. November 2000	Abg. Frau Hammerström (SPD)
(Drucksache 15/521)	Abg. Hoyer (SPD)
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2058	Abg. Frau Hannken (CDU)
Abg. Neumeyer (CDU)	Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) 2079
Abg. Frau Kahrs (SPD)	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 2081
Bürgermeister Dr. Scherf2064	Abg. Imhoff (CDU)
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 2065	Abg. Frau Hammerström (SPD)2083

Abg. Hoyer (SPD)2083	Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) 2087
Senatorin Adolf	Abg. Focke (CDU)2090
Staatsrätin Winther	Abg. Jägers (SPD)2090
Abstimmung	Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) 2092
Güterverkehr wettbewerbsgerecht organisie-	Abg. Focke (CDU)2093
ren	Staatsrat Dr. Färber2093
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2000	Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) 2094
(Drucksache 15/557)	Abstimmung

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Emigholz, Günthner, Jäger, Leo, Frau Marken, Pflugradt, Dr. Schrörs, Frau Wangenheim.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens Schriftführerin Hannken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,

Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister Perschau (CDU), Senator für Finanzen

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Bau und Umwelt Wischer (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Adolf (SPD)

Staatsrat Professor Dr. Hoffmann (Senatskanzlei)

Staatsrat **Bettermann** (Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Hoppensack** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrat Metz (Senator für Finanzen)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 28. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: Beamte des Polizeireviers Bremerhaven-Lehe, eine Klasse der Humboldtschule Bremerhaven, Schüler der Schule Hermannsburg, eine Selbsthilfegruppe Morbus Bechterew und eine Klasse des Schulzentrums Bürgermeister Smidt aus Bremerhaven.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Förderung der Bio- und Gentechnologie in Bremen und Bremerhaven, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000, Drucksache 15/561.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt fünf, Biotechnologie – Chancen für Bremen und Bremerhaven, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch, dann wird die Bürgerschaft (Landtag) so verfahren.

2. Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abschließen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000, Drucksache 15/564.

Ich lasse auch hier über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

> (Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 28, Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abschließen, vor.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

3. Keine Veränderung des KTH-Angebots ohne Bedarfsanalyse, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Dezember 2000, Drucksache 15/565.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich auch hier über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 30, Drittes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch, vor.

Auch hier höre ich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

4. Aufhebung des Verfütterungsverbotes für Fischmehl und Fischöl, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000, Drucksache 15/566.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit den Punkten außerhalb der Tagesordnung, die sich mit BSE befassen, nämlich die Drucksachen-Nummern 15/558 und 15/560, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

(A) 5. Umgehend Maßnahmen zum Schutz vor BSE ergreifen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000, Drucksache 15/567.

Ich lasse gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung auch hier erst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrags zu.

(Einstimmig)

Auch hier schlage ich Ihnen vor, diesen Antrag mit den Punkten außerhalb der Tagesordnung, die sich mit BSE befassen, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

6. Nachträglich hat die Fraktion der CDU noch um einige Wahlen gebeten.

Ich schlage Ihnen vor, diese Wahlen am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

(B) Auch hier höre ich keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

- Internet für alle?! Zugangschancen und Mediennutzungskompetenz im Lande Bremen Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 28. November 2000 (Drucksache 15/544)
- Der Hauptschule eine neue Perspektive geben Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 6. Dezember 2000 (Drucksache 15/556)
- Schutz von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren vor Alkohol und Tabakkonsum Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000 (Drucksache 15/568)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Öffnung der alten Schleuse für den Sportboothafen im Neuen Hafen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

vom 1. November 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 12. Dezember 2000 (Drucksache 15/563)

 Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes durch die Polizei Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

vom 1. November 2000

- Bürgerkriegsflüchtlinge im Lande Bremen Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. November 2000
- Mitgliedschaften der Freien Hansestadt Bremen in Vereinen und Verbänden Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. November 2000
- 5. Kulturmarketing

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 7. November 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 5. Dezember 2000 (Drucksache 15/554)

(D)

6. Musikfest Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 7. November 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 28. November 2000 (Drucksache 15/548)

7. Studium ohne Abitur

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 7. November 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 28. November 2000 (Drucksache 15/549)

8. Vertragliche Verpflichtungen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

vom 8. November 2000

 Promotionen an der Universität Bremen Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

vom 14. November 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 5. Dezember 2000 (Drucksache 15/555)

 Kapitaldienstfinanzierung für den "Innenstadtplafond" Bremerhaven

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 15. November 2000

(A)

(B)

11. Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 28. November 2000

 Analyse der Berufsabschlüsse im Lande Bremen 1999/2000

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 29. November 2000

13. Experimente mit Primaten und anderen Tieren an der Universität Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 30. November 2000

 Weiterentwicklung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

vom 1. Dezember 2000

 Kosten- und Energieeinsparpotentiale durch spritsparende Fahrweise und alternative Mobilitätskonzepte

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 4. Dezember 2000

- Verfahrenspfleger im Land Bremen Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2000
- 17. Auswirkungen der Neuregelung des Milchquotenrechts

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 12. Dezember 2000

III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

- Beschwerde von Frau Annita Ladendorf über die Verletzung der Menschenrechte und eine Missachtung der Religionsfreiheit durch die Verwaltung der Stadt Hamm.
- Offener Brief der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (Landesverband Bremen e. V.) zur Asyl- und Aufenthaltsangelegenheit einer kurdisch-libanesischen Großfamilie.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

IV. Sonstiger Eingang

Bericht über die Reise des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit vom 25. bis 30. Juni 2000 nach Polen.

Meine Damen und Herren, zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes sieben, Eisenbahnkapazitäten in Norddeutschland – Stehen Bremen, Bremerhaven und die Region zukünftig auf dem Abstellgleis?, des Tagesordnungspunktes 14, Gesetz über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen, des Tagesordnungspunktes 15, Studienreform und wissenschaftliche Weiterbildung beschleunigt voranbringen, des Tagesordnungspunktes 19, Dienstvergehen und Straftaten im Amt bei der Polizei Bremen, des Tagesordnungspunktes 20, Konsequente Vorbeugung und Verfolgung von Korruption, des Tagesordnungspunktes 21, Extremismus auch durch die Arbeit des Verfassungsschutzes bekämpfen, des Tagesordnungspunktes 22, Dienstrechtsreform für Lehrende an Hochschulen, des Tagesordnungspunktes 23, Gesundheitswirtschaft als Standortfaktor, des Tagesordnungspunktes 25, Ausgleichsflächen im Lande Bremen, und des Tagesordnungspunktes 26, Belastungen des Speditionsgewerbes in Bremen durch die Ökosteuer.

Weiter wurden Absprachen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte 17 und 18, Älter werden im Betrieb, der Petitionsberichte Nummer 20 und Nummer 21, der Tagesordnungspunkte 31 und 32, Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit BSE befassen, Drucksachen-Nummern 15/558 und 15/560.

Außerdem wurden zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten Absprachen getroffen.

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung des Landtags wurde vereinbart, zu Beginn der heutigen Sitzung die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 31 und 32, Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag, dann den Tagesordnungspunkt fünf, Biotechnologie – Chancen für Bremen und Bremerhaven, danach den Tagesordnungspunkt sechs, Güterverkehr wettbewerbsgerecht organisieren, dann den Tagesordnungspunkt acht, Mehr Arbeitsplätze durch Weiterentwicklung der Flughäfen in Bremen und Bremerhaven, aufzurufen.

Zu Beginn der Sitzung heute Nachmittag werden die Tagesordnungspunkte zwölf, Erwartungen der deutschen Länder an die Regierungskonferenz von Nizza, 16, Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes, 28, Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abschließen, und außerhalb der Tagesordnung die miteinander verbundenen Punkte, die sich mit BSE befassen, behandelt.

Zu Beginn der Sitzung am Donnerstag werden die Tagesordnungspunkte eins und zwei, nämlich Fragestunde und Aktuelle Stunde, aufgerufen, danach wird vorübergehend in der Reihenfolge der Tagesordnung verfahren.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung am Donnerstag werden die Tagesordnungspunkte 13, Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung in der Freien Hansestadt Bremen, dann der Tagesordnungspunkt 24, Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei

(A) psychischen Krankheiten, danach der Punkt außerhalb der Tagesordnung "Einbürgerung von Kindern fördern" und im Anschluss daran der Tagesordnungspunkt 30, nämlich Drittes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch, aufgerufen.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, bei Tagesordnungspunkt 24, nämlich Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, auf eine Debatte zu verzichten.

Meine Damen und Herren, wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Außerdem möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, wie schon gestern in der Sitzung der Stadtbürgerschaft, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Frau Karola Jamnig-Stellmach ab 6. Dezember 2000 anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Ulrich Nölle Mitglied der Bürgerschaft ist.

Dazu herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

(Beifall)

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 12. September 2000 (Drucksache 15/452) 2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vom 17. November 2000 (Drucksache 15/540)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, ihm beigeordnet Staatsrat Professor Dr. Hoffmann.

Meine Damen und Herren, der Gesetzesantrag des Senats, Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, vom 12. September ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 13. September 2000 in erster Lesung beschlossen und an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten überwiesen worden. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/540 seinen Bericht dazu vor.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur zweiten Lesung.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Bürger als Berichterstatter.

Abg. **Bürger**, Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 13. September 2000 das Gesetz zum Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag in erster Lesung beschlossen und zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten überwiesen. Der Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag soll am 1. Januar 2001 in Kraft treten. Dazu ist eine Ratifikation durch die Bürgerschaft (Landtag) wie auch durch alle anderen Länderparlamente bis spätestens zum 31. Dezember 2000 notwendig. Andernfalls wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

Die wesentlichen Änderungen der rundfunkrechtlichen Staatsverträge, die der Ausschuss in seiner Sitzung am 17. November beraten hat, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Rundfunkgebühr wird entsprechend der Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs des öffentlichrechtlichen Rundfunks, abgekürzt KEF, um 3,33 DM auf 31,58 DM monatlich erhöht. Der Finanzausgleich innerhalb der ARD wird entsprechend dem von den Ministerpräsidenten während ihrer Konferenz vom 10. bis 12. November 1999 gefassten Beschluss neu festgesetzt. Danach wird die Finanzausgleichsmasse bis zum 1. Januar 2006 auf ein Prozent des ARD-Nettogebührenaufkommens abgeschmolzen. Ich füge hinzu: Zurzeit beträgt sie 1,9 Prozent.

Das Moratorium für die Nichterhebung von Rundfunkgebühren auf Rechner, die Rundfunkprogramme ausschließlich über Angebote aus dem Internet wiedergeben können, wird bis zum 31. Dezember 2004 verlängert. Das Recht der Kurzberichterstattung wird entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in seiner Entscheidung vom 17. Februar 1998 ausgestaltet. Fernsehveranstaltern, die von der analogen auf die digitale Übertragungstechnik umstellen, wird ein Bestandsschutz für die erstmalige Zuweisung digitaler Übertragungskapazitäten gewährt. Das Werbeverbot für Rundfunkprogramme, die nach dem Landesrecht in einem ver-

(C)

(A) einfachten Zulassungsverfahren eine Erlaubnis erhalten können, wird aufgehoben. Fernsehtext des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird zukünftig weder Werbung noch Sponsoring enthalten.

Die Länder haben eine Protokollerklärung abgegeben, wonach ab dem Jahre 2005 die automatische Teilhabe der Landesmedienanstalten an Rundfunkgebührenerhöhungen entfällt. Bis dahin sollen die Aufgaben der Landesmedienanstalten und ihr weiterer Finanzbedarf überprüft werden. Zusätzlich hat sich der Ausschuss über den Stand der Ratifikation in den Parlamenten anderer Länder informiert. Als Ergebnis seiner Beratung empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen von SPD und CDU, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss begrüßt zwar die vorgesehene Anhebung der Rundfunkgebühren, lehnt den Gesetzentwurf aber letztlich mit der Begründung ab, dass nicht zeitgleich mit der Verabschiedung des Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrages die Finanzierung von Radio Bremen in dem Umfang gesichert sei, wie es die Existenz und der Auftrag des Senders erforderten. Die Koalitionsfraktionen halten dem entgegen, dass zwischenzeitlich Erfolg versprechende Schritte zur Zukunftssicherung Radio Bremens eingeleitet worden seien. Zudem drohe bei einer Ablehnung des Gesetzes ein Auseinanderfallen der ARD, wodurch sich die ohnehin schon schwierige Lage Radio Bremens weiter verschlechtern würde.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, der Ausschuss beantragt, dem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag zuzustimmen. – Ich bedanke mich!

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Herr Kollege, jetzt erteile ich Ihnen das Wort als Sprecher der Fraktion der CDU.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur zu Ihrer Information, die Sprecher hatten sich vorher geeinigt, dass an zweiter Stelle Frau Stahmann sprechen wird und dann an dritter Stelle Herr Schildt!

Der Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag hat im Wesentlichen Regelungen zum Inhalt, die beim Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag offen geblieben waren. Es sind Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen, aber auch für den privaten Rundfunk in einigen Bereichen ergänzt beziehungsweise modifiziert worden. Mit dem vorliegenden Staatsvertrag wird der Ordnungsrahmen sowohl für den öffentlich-rechtlichen als auch für den privaten Rundfunk fortentwickelt. Aus dem Bericht konnten Sie eben entnehmen, in welchen Punkten der Staatsvertrag Änderungen beziehungsweise Ergänzungen vorsieht. Ich möchte mich im Wesentlichen auf ei-

nen Punkt dieses Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrages beschränken, der mit Sicherheit viele Menschen interessieren wird, bei dem es nämlich um die Erhöhung der Gebühren geht. Diese sollen um 3,33 DM auf 31,58 DM erhöht werden.

Mit der Erhöhung der Rundfunkgebühr, meine Damen und Herren, sind die Ministerpräsidenten der Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, kurz KEF genannt, gefolgt. Die Abgeordneten in den Länderparlamenten habe im Grunde genommen nur noch eine Notarfunktion bei der Verabschiedung der Gebührenerhöhung zu erfüllen. Das ist nicht immer befriedigend, und so, wie die Dinge im Moment liegen, wird sich dort eine Veränderung abzeichnen.

Die Abgeordneten der Länderparlamente könnten nur dann die Gebührenerhöhung in Frage stellen, wenn gegen die vom Bundesverfassungsgericht verkündeten Grundsätze von Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Sozialverträglichkeit massiv verstoßen worden wäre. Zum einen ist das aber für uns als Abgeordnete nur schwer zu beurteilen, zum anderen muss man gerechterweise feststellen, dass die KEF den Forderungen der Rundfunkanstalten bei der Erhöhung nicht gefolgt ist. Die KEF hat nur etwa die Hälfte dessen anerkannt, was die Rundfunkanstalten von ARD und ZDF ursprünglich gefordert hatten.

Es ist nie angenehm, meine Damen und Herren, Gebühren anheben zu müssen. Wir meinen aber, dass die Gebührenerhöhung moderat ausfällt. Bedenken Sie einmal, dass die noch gültigen Gebühren vier Jahre ausreichend waren und die jetzige Erhöhung ebenfalls wieder für vier Jahre vorgesehen sein wird! Auch Radio Bremen benötigt dringend die erhöhten Gebühren, damit Radio Bremen, lassen Sie mich das ganz deutlich sagen, als Landessender trotz aller Schwierigkeiten, die bei der Umstrukturierung zu erwarten sind, erhalten werden wird und sein originäres Gesicht für die Zukunft bewahren kann.

Wenn Sie die monatlichen Gebühren mit Pay-TV-Kosten vergleichen, dann liegen letztere wesentlich höher. Wenn Sie sie mit einem Tageszeitungsabonnement vergleichen, dann muss man gerechterweise sagen, ist eine DM pro Tag für Rundfunk immer noch kostengünstig, wenn Sie zugrunde legen, wie viele Programme Sie empfangen können und wie viele Programme für Unterhaltung, Information, Kultur und Sport zur Verfügung stehen. Wir erwarten, das möchte ich ganz deutlich hinzufügen, natürlich von den öffentlich-rechtlichen Anstalten ein deutlich verstärktes Gefühl für Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Sozialverträglichkeit, aber auch für Kostenkontrolle, meine Damen und Herren!

Bei jeder Zwangsgebühr, so auch bei der Rundfunkgebühr, wird sich immer wieder die Frage nach ihrer Berechtigung stellen. Da gibt es in einigen

(A) Landtagen Unbehagen, dass diese sich nicht genügend informiert und nicht genügend aufgeklärt fühlen. Was die Verwendung der Gebühren angeht, ist das jetzt in den letzten Monaten in Sachsen am deutlichsten geworden. Von dort kommt der Vorschlag, meine Damen und Herren, dass die 16 Landtage künftig eine Rundfunkkommission bilden, bestehend aus zwei Mitgliedern aus jedem Landtag.

Diese Kommission soll allen Landtagen alle zwei Jahre einen schriftlichen Bericht vorlegen über das Finanzgebaren, das Verhalten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, deren wirtschaftliche und finanzielle Lage einschließlich – und ich meine, das ist von zunehmender Bedeutung – der Unternehmen, an denen die Sender unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sowie über beabsichtigte Strukturentscheidungen, Entwicklungen und Überlegungen von ARD und ZDF, so dass das Finanzgebaren und die Verwendung der Mittel für die Landtage transparenter werden. Bei der Ausgestaltung des Vorhabens muss allerdings darauf geachtet werden, dass eine solche Vereinbarung verfassungsrechtlich nicht angreifbar ist, Stichwort Staatsferne des Rundfunks!

Wie werden dann aber die Aufgaben dieser neuen Kommission mit denen der KEF vereinbar sein? Wird es nicht ausreichen, wenn das jeweilige Länderparlament beziehungsweise bei Mehrländeranstalten die entsprechenden Länderparlamente die Überprüfung der Finanz- und Wirtschaftsdaten der eigenen Länderanstalt vornehmen? Vor diesem Hintergrund und dieser Fragestellung und möglichen Einschränkungen empfehlen wir die Zustimmung im Grundsatz. Darüber hinaus werden wir uns natürlich im Parlamentsausschuss für Medienangelegenheiten dann noch damit befassen.

Gebühren, Finanzen, Verwendung und Kontrolle der Gelder werden in Zukunft eine immer bedeutendere Rolle spielen, denn die zukünftigen Debatten um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden davon bestimmt sein, wie die vom Bundesverfassungsgericht definierte unerlässliche Grundversorgung ausgefüllt werden wird. Da stellt sich die Frage, wo die Grenzen der Grundversorgung zu sehen eind

Festzustellen ist, meine Damen und Herren, dass in der Zeit von 1992 bis 1997 die öffentlich-rechtlichen Fernsehdienstleistungen um 65,8 Prozent gestiegen sind und die Zahl der Hörfunkprogramme in den Jahren 1992 bis 1997 von 46 auf 58 gestiegen ist. Gerade mit Blick auf die Gebührenzahlerbelastung müsste Einvernehmen darüber bestehen, dass ein unbeschränktes Wachstum von Programmen und Angeboten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht möglich sein darf, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk aber Entwicklungsmöglichkeiten auch bei den neuen Medien eingeräumt werden müssen. Vor diesem Hintergrund müssen Überlegungen zur Präzisierung des öffentlich-rechtlichen Auftrages angestellt werden. Danach werden sich auch zukünftig

die Gebühren richten. Aber die Berechtigung der Rundfunkgebühren wird zunehmend in Frage gestellt, meine Damen und Herren.

Ob es zukünftig noch regelmäßig und automatisiert Gebührenerhöhungen geben wird, wer könnte da heute schon eine Prognose stellen, wenn immer mehr Menschen nicht mehr das Radio oder das Fernsehgerät zum Empfang benutzen, sondern Rundfunkprogramme zunehmend aus dem Internet über den Computer abrufen? Um die technische Entwicklung bei den neuen Medien nicht zu behindern, war deshalb für diese Geräte eine Gebührenbefreiung bis zum Ende des Jahres 2003 vorgesehen, und diese ist jetzt in dem Moratorium um ein Jahr bis Ende des Jahres 2004 verlängert worden.

Bis dahin, meine Damen und Herren, gilt es, ein Konzept zu entwickeln und staatsvertraglich zu regeln, wie auf der einen Seite die Einführung innovativer Informationstechnologien nicht behindert wird, wenn diese Geräte in die Gebührenordnung aufgenommen werden, aber auf der anderen Seite Rundfunk durch Gebühren beziehungsweise Abgaben weiterhin finanzierbar sein muss, ganz im Auftrag und Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Mittlerweile gibt es verschiedene Denkmodelle, wie dies zukünftig mit Gebühren und Abgaben zu organisieren ist. Diese Diskussion werden wir in den nächsten Monaten oder eineinhalb Jahren in der Öffentlichkeit dann auch führen müssen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss, das sage ich ganz deutlich, eine tragende Säule des dualen Rundfunksystems bleiben. Ich füge aber hinzu: Wir könnten uns auch Rundfunk ohne Werbung und Sponsoring vorstellen. Dazu gibt es durchaus interessante Vorstellungen und Überlegungen. Das allerdings, meine Damen und Herren, hätte zur Konsequenz, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk von Privaten deutlicher als bisher unterscheidbar wäre. – Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird niemanden verwundern, Herr Bürger hat es schon ausgeführt, dass wir als Grüne dem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag nicht zustimmen werden. Das haben wir ja an dieser Stelle auch schon häufiger erläutert. Wir haben dafür gute bremische Gründe, die ich Ihnen noch vortragen werde.

Zuallererst möchte ich noch einmal auf den Widerstand gegen die Unterzeichnung dieses Staatsvertrages, den es auch in anderen Ländern gegeben hat, eingehen. Die Auseinandersetzungen in anderen Bundesländern, ich nenne da einmal bei-

(D)

(A) spielhaft Sachsen und Brandenburg, haben sich auf die Auseinandersetzung um die Gebührenerhöhung konzentriert. Da hat ja die CDU auch kräftig für Aufruhr gesorgt, indem sie gesagt hat, sie unterschreibe diesen Staatsvertrag nicht, 3,33 DM seien zu viel. Natürlich haben die Ereignisse rund um die Börsenspekulationen des MDR, die aufgeflogen sind, und die Millionenverluste, die ruchbar geworden sind, auch Argumente geliefert, dass man ganz genau hinschauen muss, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland macht und was seine Aufgaben sind.

> (Abg. Bürger [CDU]: Die haben aber auch Gewinne erzielt! Das muss man ehrlich sagen!)

Diese Erhöhung um 3,33 DM kommt aber nicht von ungefähr, sondern liegt im Wesentlichen daran, dass die Rechte für Spielfilme und Sportübertragungen teurer werden, und es liegt an der Monopolisierung auf dem Mediensektor. Herr Kirch dominiert ja das weite Feld in der Bundesrepublik, und das macht gerade auch den Erwerb von Rechten nicht billiger.

Die Gebührenerhöhung ist für uns Grüne sehr wohl akzeptabel. Wir liegen hier bundesweit völlig auf einer Ebene. Sie wissen, dass wir als Grüne gleichzeitig aber auch über eine Neuordnung der Gebührenfinanzierung in Richtung einer Haushaltsabgabe diskutieren. Dazu haben wir bereits einen Antrag eingebracht. Wir befürworten eine monatliche Gebühr je Privathaushalt und Betriebsstätte und je Empfangsgerät.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir denken, dass wir mit einer solchen grundsätzlichen Neuregelung die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Anstalten langfristig sichern könnten und dass die Debatte um die Einführung von Gebühren für PC dann auch vom Tisch wäre. Das würde sich dann völlig erübrigen.

Das Thema Medienneuordnung beschäftigt nicht nur die Grünen, die sitzen ja normalerweise nicht in der Senatskanzlei, sondern ich nenne einmal als prominente Vertreter Heide Simonis, Edmund Stoiber, Reinhard Höppner und Peter Müller. Auch sie sagen, zusammen mit Herrn Bürger: "Wir müssen über dieses Thema reden", und ich sage es auch. Das strittige Thema Gebühren oder Medienabgabe wird uns dann entweder in einem neuen, sechsten Staatsvertrag beschäftigen, oder es wird eine völlig neue Lösung geben, das steht noch offen.

ARD und ZDF müssen in Zukunft im Wettbewerb mit den privaten Medienkonzernen bestehen können, und im Vergleich zu den Kosten für ein Pay-TV-Abo von rund 60 DM monatlich sind ARD und ZDF angesichts der Vielfalt des Programmangebots

günstig, finde ich. Für 31,58 DM, da kann man sich eigentlich nicht beklagen, bekommt man ein vielfältiges und auch anspruchsvolles Programm geboten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Staatsvertrag bringt allerdings nicht nur frohe Botschaften für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ARD und ZDF müssen auch Einschränkungen hinnehmen. So werden Werbung und Sponsoring in ihren Videotextangeboten künftig verboten. Auch das Damoklesschwert eines möglichen Verbotes von Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Fernsehen droht weiterhin. Dafür haben die Regierungschefs einen Sonderbericht in Auftrag gegeben, der zum 31. Dezember 2001 vorgelegt wird. Auf Grundlage dieses Berichtes wollen dann die Länder hinsichtlich dieser Thematik ihre Beratung fortsetzen. Also, meine Damen und Herren, das Thema Sponsoring ist noch ein Thema, bei dem sich auch grundsätzlich öffentlich-rechtliche und private Sender in den Haaren liegen und das auch uns als Parlament noch beschäftigen wird.

Federn lassen müssen auch die für die Privatrundfunkaufsicht zuständigen Landesmedienanstalten. Sie werden von der automatischen Teilhabe an der Rundfunkgebührenerhöhung abgekoppelt. Das soll ab 2005 entfallen. In der Protokollerklärung heißt es, bis dahin sollen die Aufgaben der Landesmedienanstalten und ihr weiterer Finanzbedarf überprüft werden. Bislang erhalten die Medienanstalten, das habe ich einmal nachgelesen, zwei Prozent des Gebührenaufkommens. Das sind im laufenden Jahr rund 227 Millionen DM bundesweit für die Landesmedienanstalten. Das ist ein erklecklicher Betrag, und für mich ist es eigentlich auch nicht einzusehen, warum die Kontrolle der privaten Hörfunk- und TV-Sender durch die Landesmedienanstalten letztendlich aus den Gebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bezahlt werden soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun komme ich zu der für uns wesentlichen Veränderung, die wir Ihnen hier schon häufig vorgetragen haben, die dieser Staatsvertrag endgültig besiegelt. Das ist die Verringerung des so genannten Finanzausgleichs. Dieser Finanzausgleich ist unserer Meinung nach kein Gnadenakt, er ist ein berechtigter Anspruch, den Radio Bremen genau wie alle anderen Sendeanstalten hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat sich auch der Bremer Senat einst durch Experten bestätigen lassen. Wir haben kritisiert, dass der Senat diesen Rechtsanspruch politisch aufgegeben hat. Das ist nicht rückholbar, und ich finde, es

(A) war leichtfertig. Wir sind gegen die Vereinbarung der Ministerpräsidenten Sturm gelaufen, und wir halten immer noch die Absenkung des Finanzausgleichs zwischen den Sendeanstalten für einen Nebenkriegsschauplatz um die Neuverteilung des großen Länderfinanzausgleichs.

30 Prozent weniger Einnahmen für Radio Bremen werden zu massiven Einschnitten im Programm und auch beim Personal führen. Bei Radio Bremen wurden jetzt auch schon viele ältere Arbeitnehmer in den Vorruhestand versetzt. Wir hatten ja auch schon die Debatte um ältere Arbeitnehmer. Dort gehen jetzt also die Erfahrungen, aber es ist eine der wenigen Möglichkeiten, um Geld einzusparen.

Herr Scherf, Sie haben uns immer vertröstet, dass es Absprachen gäbe, Stichwort Kamingespräch. Das haben Sie mir hier auch noch einmal ganz genau erklärt, was ein Kamingespräch ist und was da besprochen wird, ein Gespräch unter Ehrenmännern und einer Frau. Es gab im Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag eine Protokollnotiz, dass der Fünfte eine funktionsgerechte Finanzausstattung über den 31. Dezember 2000 hinaus finden soll, und diese Notiz war auch die Geschäftsgrundlage für die Zustimmung zu dem Beschluss der Ministerpräsidenten.

Jetzt ist es ein Jahr her, dass Herr Staatsrat Hoffmann gesagt hat, ich möchte mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: "Wenn es nicht zu verbindlichen und langfristig wirkenden Vereinbarungen kommt, die mit Sicherheit die ganze Summe ausgleichen werden, wird es jedenfalls keine Beschlussfassung", im vergangenen November, "der Ministerpräsidentenkonferenz geben." Das hat er am 20. Oktober letzten Jahres gesagt, das können Sie nachlesen. Das ließ dann manche hoffen. Wir waren ja immer sehr kritisch, aber ich denke, ein bisschen Hoffnung hatten wir auch immer. Ich suche jetzt aber völlig vergeblich in diesem Staatsvertrag nach konkreten Hinweisen, wie und in welchem Umfang Radio Bremen unterstützt werden soll.

Wie soll das Loch gestopft werden, das die Ministerpräsidenten mit ihrer Vereinbarung gerissen haben? Im Staatsvertrag ist nicht festgeschrieben, wie und in welchem Umfang Radio Bremen geholfen wird und von wem. Wenn Sie dazu eine Aussage gefunden haben, können Sie mir diese hier gern noch einmal vortragen! Der Staatsvertrag findet also keine klare Antwort. Der interne Leistungs- und Gegenleistungsaustausch zugunsten der Funktionsfähigkeit der kleinen Anstalten bleibt völlig nebulös, und es gibt keine konkreten vertraglichen Vereinbarungen. Das möchte ich hier noch einmal festhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Ihrer eigenen Entlastung haben Sie vor einem Jahr angeführt, es gibt ja die Protokollnotiz, der Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird es richten. Glaube, Liebe, Hoffnung mag man da sagen. Der Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertag ist für mich wahrlich kein Motor für unsere kleine Sendeanstalt, und der neue Intendant ist, finde ich, um seine Aufgabe auch nicht zu beneiden. Er reist in einer Form von Zwergenoffensive durch die Lande und muss jetzt die Kohlen aus dem Feuer holen, und ich denke, Radio Bremen ist gegenüber WDR und NDR auch nicht gerade in einer starken Verhandlungsposition.

Ich glaube, dass die eifrigen Ministerpräsidenten ihre Verabredung vom Kamingespräch einfach vergessen haben. Deshalb stimmen wir auch nicht zu. Wir glauben, dass dieses Parlament auch mit unseren Stimmen eigentlich dafür sorgen müsste, dass die Ministerpräsidenten an ihre Absprachen erinnert werden und auch noch einmal darüber nachdenken, was damit eigentlich beschlossen wird.

Ich glaube, Radio Bremen hat es nicht leicht. Meine Damen und Herren, Sie werden heute diesem Staatsvertrag zustimmen, das hat Herr Bürger erklärt, aber Sie widersprechen eigentlich den Aussagen und Zielen, die Sie uns hier immer vorgetragen haben, wenn ich mir die früheren Debattenbeiträge durchlese. Ich finde, es ist an der Zeit, die Riege der Ministerpräsidenten und der Ministerpräsidentin daran zu erinnern, was am Kamin beschlossen worden ist, denn 50 Millionen DM sind ein Batzen Geld, das diesem Bundesland verloren geht.

Öffentlich-rechtliche Sendeanstalten sind heute wichtiger denn je, und in der Bevölkerung wird diesen Sendeanstalten auch immer noch ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit zugeschrieben. Das kann man zum Beispiel an den Quoten für die "Tagesschau" sehen, und das überträgt sich auch auf die Internetangebote, das hatte mein Vorredner eben angesprochen. Internetangebote werden immer wichtiger, auch und gerade für die Öffentlich-Rechtlichen, weil es ja ein Medium ist, in dem man sehr zeitnah und aktuell informiert werden kann. Wir plädieren auf alle Fälle dafür, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch in diesem Geschäftsfeld betätigt.

Zu dem Qualitätsprogramm der ARD tragen auch die kleinen Anstalten wesentlich bei. Ich finde, man sollte das eingespielte Wechselspiel des Austausches weiterhin im Rahmen der ARD nutzen. Radio Bremen ist ein wichtiger Baustein für ein Medienprofil dieser Region. Gestern konnte man in Hannover bei der Gründung von Nord Media auch hören, dass Radio Bremen ein kleiner, aber feiner Partner ist. Wir haben hier durchaus Stärken. Radio Bremen ist wichtig für das kulturelle Leben in der Stadt. Hier geht es nicht nur um qualifizierte Arbeitsplätze, es geht darum, ob die Förderung und der Erhalt kleiner Sendeanstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiterhin auch von Ihnen politisch gewollt sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

(D)

(A) Wie sagte der Bürgermeister bei der letzten Debatte so schön? Wir müssen heute damit leben, dass die Grünen diesem Antrag nicht zustimmen. Herr Scherf, das können Sie heute einfach noch einmal sagen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schildt.

Abg. **Schildt** (SPD) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft hat begonnen, das war gestern der Slogan der Gründung der Mediengesellschaft Niedersachsen-Bremen. Ich glaube, dass das Parlament sehr stolz darauf sein kann, dass Radio Bremen als kleinster Sender dabei ist, wenn die beiden Landesregierungen flankierend zu der Debatte um den Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag ihre Zusagen einhalten und einlösen. Sigmar Gabriel als Ministerpräsident hat gestern ausdrücklich die Zusammenarbeit der beiden Länder Bremen und Niedersachsen und die Zusammenarbeit zwischen Radio Bremen und Niedersachsen positiv erwähnt. Dies als Einstieg zu dem, was meine Kollegin Stahmann zum Schluss gesagt hat!

(Beifall bei der SPD)

(B)

Es wird Sie nicht wundern, dass die SPD-Fraktion dem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag zustimmen wird, und es hat auch im Parlament, glaube ich, keinen gewundert, dass die Grünen durchgängig ihre Diskussionslage beginnend bei der Recherche im Juli 1999 um das Junktim zwischen Radio Bremen und dem Staatsvertrag aufrechterhalten haben, und das soll ihnen auch so erhalten bleiben. Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Debatte um den Rundfunkstaatsvertrag in den letzten Wochen und Monaten flankierende Maßnahmen bekommen hat, die alle dazu beitragen, dass der schwere Prozess, den Radio Bremen zu gehen hat, unterstützt wird.

Ich will hier einige Stichworte nennen, zuerst die Gründung des Nordwest-Radios. Jobst Plog, der Intendant von Niedersachsens NDR, hat gestern ausdrücklich vor etwa 400 bis 500 anwesenden Medienpartnern und Unternehmen gesagt, er begrüße die Zusammenarbeit zwischen Radio Bremen und dem Nordwest-Radio.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Das Engagement von Niedersachsen in Niedersachsen hat er gesagt!) Ja, Frau Stahmann, wenn Sie natürlich so damit umgehen, dass Sie immer nur die Worte des anderen hören, ist es kein Wunder, dass Sie so negativ diskutieren! Ich habe Jobst Plog ausdrücklich so verstanden, dass er gesagt hat, wir begrüßen die Zusammenarbeit mit Radio Bremen im Nordwest-Radio.

Es gibt die Kooperation des Landes mit SAT.1, es gibt die Kooperation und Zusage eines zusätzlichen "Tatort", die Verhandlungen mit dem WDR über eine zusätzliche Zusammenarbeit im Hörfunkbereich laufen. In der letzten Woche haben die Wirtschaftsdeputierten beschlossen, dass es einen Auftrag zur Gründung und zur Begutachtung des Medienkompetenzzentrums für Bremen gibt.

Wenn ich mir die Presse anschaue, liebe Kollegen von den Grünen, dann wundert mich das schon. Auf der einen Seite sagen Sie immer, dieser Senat, diese große Koalition tut nichts für Radio Bremen, und wenn ich dann in der "taz" lese, die wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen hält das Geld für hinausgeworfenes Geld, dann verstehe ich den Zusammenhang nicht.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Soll ich Ihnen das vorlesen? Dann zitiere ich mit Genehmigung des Präsidenten: "Die oppositionellen Grünen kritisieren diesen Gutachterauftrag. Während die Zuschüsse für das Tanzfestival Tanz Bremen auf ein Minimum zusammengestrichen würden, schmeiße der Wirtschaftssenator 175 000 DM zum Fenster hinaus, erklärt Frau Trüpel." So steht das in der Zeitung, und ich weiß, was Sie bestimmt fragen wollen, nur muss man auch den Mut haben, bestimmte Gelder zu investieren, um dem Sender Radio Bremen helfen zu können. Das hat die große Koalition gemacht.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel?

Abg. Schildt (SPD): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, auch nach der Debatte in der Wirtschaftsdeputation, die wir hatten, dass wir deutlich gemacht haben, dass wir die Idee, einen Innenstadtstandort für Radio Bremen zu prüfen, ausgesprochen gut finden, dass wir aber bei der Frage, ob man wieder die Axon damit sponsern muss und die Bremer Landes-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) entwicklungsgesellschaft, ein großes Fragezeichen gemacht haben? Das war der Punkt, dass wir uns gegen diese Art der Gutachtenvergabe an Axon verwahrt haben, aber nicht gegen die Frage der Prüfung des Innenstadtstandortes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Schildt** (SPD): Frau Kollegin Trüpel, das nehme ich gern zur Kenntnis. Ich kann mich aber auf die öffentlichen Aussagen in der Zeitung beziehen. Darin steht eben etwas anderes, da steht nichts in der Verbindung zu dem, was Sie gesagt haben.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Da steht, dass wir das Gutachten nicht wollen!)

Sei es so, wie Sie es gesagt haben! Jedenfalls halten wir es für notwendig. Die Wirtschaftsdeputierten haben es beschlossen, dass es einen Medienkompetenzzentrumsauftrag gibt.

Weiterhin ist die Ausgründung von Asap aus Radio Bremen positiv zu erwähnen. Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, dass der Senat vieles unternimmt, um die schweren Wege durch den Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag, die noch vor dem Sender liegen, auffangen zu können.

Mir ist bekannt, und das sieht man, wenn man die allgemeine Presse liest, dass es über den Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag hinaus Diskussionen geben wird. Wie wird zukünftig die Medienordnung, wie wird zukünftig staatsvertragliches Engagement gesichert? Es sind dort Stichworte genannt von der Bertelsmann-Stiftung, Kommunikationsordnung 2010. Es gibt die Aussagen, der Kollege Bürger hat es gesagt, aus Sachsen, es gibt die von Kurt Beck, darüber nachzudenken, eine Kommission ins Leben zu rufen, in der alle Länderparlamente mit zwei Vertretern vertreten sind.

Ich glaube, dass wir neben dem Engagement der Ministerpräsidenten, Herr Bürger, schauen müssen, dass wir so etwas definieren von Zusammenarbeit über den Parlamenten als Abgeordnete. Deswegen sehe ich den Vorstoß der beiden Ministerpräsidenten schon etwas skeptisch, weil das natürlich aus ihrer Sicht eine bestimmte Richtung haben soll. Ich würde es gut finden, wenn wir über die parlamentarischen Ebenen der Bundesrepublik hinaus in der Lage wären, den Austausch von Informationen sicherzustellen, damit wir dem schnellen Schritt der Ministerpräsidenten auch standhalten können.

(Abg. Bürger [CDU]: Oder zuvorkommen!)

Oder zuvorkommen! Deswegen begrüße ich ausdrücklich an dieser Stelle den Antrag der Grünen,

den wir überwiesen haben und Anfang Januar diskutieren wollen. Er ist ein wesentlicher Punkt, darüber nachzudenken, wie wir zukünftig die Einmischung des Parlaments in Debatten über den Rundfunkstaatsvertrag Nummer sechs oder folgende einbringen können.

Es stellt sich auch die Frage, ob wir nicht neben den Staatsverträgen eine vollkommen neue Ordnung brauchen, nämlich einen Staatsvertrag für die elektronischen Medien. Die Konvergenz der verschiedenen Medienbereiche nimmt immer mehr zu, und wir können nicht mehr von dem klassischen Rundfunk und Fernsehen ausgehen, sondern müssen feststellen, dass in vielen Bereichen der Computer schon in der Lage ist, entsprechend rundfunkund fernsehfähig zu sein.

Für die SPD-Fraktion halte ich es für notwendig, dass wir an diesen Diskussionen, wie ich sie eben erwähnte, zeitnah teilnehmen, und vielleicht sollten wir zusammen überlegen, im Ausschuss eine Anhörung zu starten, wie es denn weitergeht mit der Medienordnung, mit dieser elektronischen Entwicklung. Da spielt die Gebührendiskussion auch eine Rolle. Sie hat bereits heute einen breiten Raum gefunden, und das ist richtig und wichtig, weil es den Kunden natürlich auch interessiert, was das kostet.

Viel wichtiger ist aber für die SPD-Fraktion, dass der öffentlich-rechtliche Bereich auch weiterhin das behält, was er hat: seine Standbeine! Er macht eben eine andere Fernseh- und Hörfunkentwicklung als die Privaten. Wir haben ein hohes Interesse, dass die Strukturen so bleiben, sich aber auf die Zukunft entwickeln. Die Gründung der Mediengesellschaft ist ja ein Beispiel dafür, wie man aus den öffentlichrechtlichen Bereichen heraus erkennen kann, in anderen Bereichen weiterhin für den Erhalt des Öffentlich-Rechtlichen entsprechend tätig zu sein.

Abschließend kann ich Ihnen sagen, dass meine beiden Vorredner im Detail schon einiges gesagt haben. Zusammenfassend kann ich nur sagen, Frau Kollegin Stahmann, Sie haben hier Sachsen erwähnt, und der Redlichkeit halber müsste man vielleicht noch ergänzen, dass Sachsen nach meiner Kenntnis der Diskussion hauptsächlich ein Veto eingelegt hat, das sich gestern für die Beschlusslage am morgigen Tag wohl aufgelöst hat.

(Abg. Bürger [CDU]: Die haben gestern zugestimmt!)

Aber gestern waren, glaube ich, keine Parlamentssitzungen. Jedenfalls hat Sachsen also zugestimmt.

Was ich sagen wollte, ist, Sachsen hat das mit dem Finanzgebaren des MDR verbunden. Das ist aber nur damit gekoppelt. Ich habe nicht wahrgenommen, dass es eine Gebührendebatte der grundsätzlichen Art gibt.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

(D)

(A) Herr Dr. Kuhn, das ist meine Wahrnehmung, deswegen will ich sie hier auch entsprechend weitergeben. Zum Komplex Gebühren gehört auch, dass die KEF geradezu erlaubt, Geld kurz- und langfristig anlegen zu können, nur, was im MDR passiert ist, sind Spekulationen außerhalb des Orbit hier, im Süden der Welt. Das ist natürlich nicht damit gemeint, wenn die KEF sagt, kurzfristige oder mittelfristige Finanzierungen sind möglich.

Abschließend lassen Sie mich für die SPD-Fraktion sagen: Wir stimmen dem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu! Wir erwarten vom Senat, dass er uns vielleicht frühzeitiger als in der Vergangenheit hinsichtlich der Entwicklung der Medienordnung, elektronische Medien und Gebührenordnung, auch hinsichtlich dessen, was mit den Landesmedienanstalten passiert, einschaltet. Ich glaube, dann haben Sie uns, Herr Bürgermeister Dr. Scherf, an der Seite, die Grünen dann auch allemal, denn das ist zu Recht eine wichtige Entscheidung: Wie geht es zukünftig weiter? Es gibt andere Leute, die sagen, es gibt keinen weiteren Staatsvertrag mehr, denn es platzt alles auseinander. Das müssen wir zusammenhalten.

Wir wollen daran konstruktiv mitarbeiten. Lassen Sie uns den Antrag der Grünen im Januar oder Februar so beraten, dass wir fundiert zurück ins Parlament kommen und sagen können, wir haben uns sachlich mit Fachleuten darüber ausgetauscht! – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. Bürger (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, noch ein Wort zu den acht zu diskutierenden Modellen einer anderen Abgaben- oder Gebührenordnung! Sie wissen wahrscheinlich genau wie ich, dass von den acht Modellen drei in die engere Wahl gezogen worden sind, eine Haushaltsabgabe, ein Beitragsmodell und ein Modell, das sich stark an das anlehnt, was wir bisher gemacht haben, allerdings in etwas modifizierter Form. Ich glaube, wir werden in unserem Parlamentsausschuss noch genügend Zeit haben, um darüber zu debattieren und es vielleicht auch einmal im Vorfeld zu schaffen, die Ministerpräsidenten dahingehend zu beraten, was wir als Parlament schon lange möchten.

Ein Zweites zu Sachsen! Gestern ist in Sachsen der Fünfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag verabschiedet worden. Der Fraktionsvorsitzende hat deutlich gemacht, nachdem eine Anhörung im Parlamentsausschuss stattgefunden hat, dass kein Junktim hergestellt werden sollte und nach der Anhörung auch nie von den Sachsen gefordert worden ist, ein Junktim zwischen Verabschiedung des Fünf-

ten Rundfunkänderungsstaatsvertrags und Einrichtung dieser Kommission herzustellen. Ich will das nur noch einmal ganz deutlich sagen, nicht dass hier etwas falsch in die Geschichte eingeht.

Ich will Ihren Punkt, Frau Stahmann, noch einmal aufgreifen, dass Radio Bremen nicht genügend abgesichert ist, Sie hatten das bereits mit Dr. Kuhn im Ausschuss deutlich gemacht. In Paragraph 14 Absatz 1 heißt es dazu im letzten Satz: "Hinsichtlich der übrigen Verpflichtungen der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten gelten die zwischen diesen getroffenen Vereinbarungen vom 22. November 1999. "Das war der Satz, auf den Sie beide abgehoben haben, der Ihnen zu ungenau ist. Ich gebe auch zu, er ist ungenau. Er wird auch, wie Sie, Herr Dr. Kuhn angemerkt haben, nicht einklagbar sein, auch das ist im Ausschuss gesagt worden, aber ich glaube, es gibt gute Ansätze, dass im Einvernehmen mit den großen Anstalten die kleinen durchaus Unterstützung erfahren werden.

Wir werden auch, das sage ich ganz deutlich, darauf drängen, dass das, was die Ministerpräsidenten im November 1999 vereinbart haben, auch umgesetzt werden wird, was Leistung und Gegenleistung angeht. Das war der Kernpunkt der Vereinbarung der Ministerpräsidenten. Ich will auch hier noch einmal deutlich hinzufügen, es hätte viel schlimmer kommen können. Der hiesige Ministerpräsident, Bürgermeister Dr. Scherf, hat diese Klausel einfügen lassen, und ich finde, das ist ein Faustpfand, mit dem wir dann auch noch einmal wuchern müssen!

Meine Damen und Herren von den Grünen, es wird immer mehrere geben, die miteinander verhandeln müssen. Die Größeren sollen dann Geld abgeben,

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Die geben kein Geld ab!)

und bei Geld hört bekanntlich die Freundschaft auf. Da wird es schon intensiver Bemühungen bedürfen. Ich möchte an der Stelle aber ganz deutlich sagen, dass über das Bemühen der Politik hinaus auch von Radio Bremen schon intensive Verhandlungen geführt worden sind. Ich möchte mir erlauben, einige Punkte davon anzuführen, damit nicht der Eindruck entsteht, dass dies, was die Ministerpräsidenten abgesprochen haben im November 1999, Leistung gegen Leistung, nur leere Worte seien und darauf nichts folge.

Erstens: Es wird Kooperationen mit dem NDR geben, nicht nur im Produktionsbereich, sondern auch im administrativen Bereich, und mit dem WDR. Diese sind, zugegeben, Frau Stahmann, im Moment noch nicht genauer quantifizierbar. Die Verhandlungen sind aber auch nicht leicht zu führen, das muss man gerechterweise sagen. Radio Bremen ist abhängig, das ist gar keine Frage, von den größeren Anstalten, und da bedarf es mehr als nur der Willensbekundung durch die Ministerpräsidenten.

(A) Herr Bürgermeister Dr. Scherf, ich sage ganz deutlich, da bedarf es auch Ihres Einsatzes, der mitgewirkt hat an dieser, ich sage einmal, bremischen Klausel, Leistung gegen Leistung, dass das auf Ministerpräsidentenebene entsprechend forciert wird. Ich will nicht dieses Junktim hergestellt wissen oder in den Geruch kommen, hier soll die Staatsferne verletzt werden. Ich möchte ausdrücklich betonen, es gibt durchaus Ebenen, wo dennoch etwas gemacht werden kann.

Es geht hier um Geld, um sehr viel Geld, es geht um die Existenz Radio Bremens, und da sind die Verhandlungen auch hart zu führen! Man darf aber immerhin festhalten, dass die beiden Intendanten, Herr Plog vom NDR und Herr Pleitgen vom WDR, bekundet haben, dass auch sie sich dafür stark machen werden, dass sie sich darum kümmern werden, dass die kleinen Anstalten Unterstützung erhalten werden.

Ein Zweites, meine Damen und Herren! Eine Kooperation mit dem NDR, das Nordwest-Radio, wird für Radio Bremen eine finanzielle Entlastung bringen. Dies ist, meine Damen und Herren von den Grünen, eine erste Leistung, die sich auf diese Formel bezieht von Leistung und Gegenleistung. Es geht immerhin um einen Betrag von sechs Millionen DM, die der NDR einwerben wird.

Drittens: Bei der Degeto und beim Sport wird es eine Entlastung bei Radio Bremen von zirka acht Millionen DM im nächsten Jahr geben, zukünftig wird die Entlastung wahrscheinlich sogar bei zehn Millionen DM liegen. Ich finde, auch das ist ein Verhandlungserfolg.

Viertens: Die Produktion von zwei Folgen "Tatort" ist durch Bemühungen der Intendanz nach Bremen geholt worden.

Fünftens: Ohne Geld von Radio Bremen werden von Radio Bremen fünf Unterhaltungssendungen für die ARD gefertigt. Gerade diese beiden letzten Punkte, meine Damen und Herren von den Grünen, machen deutlich, dass durchaus der Wille bei den großen Anstalten liegt, Leistung und Gegenleistung auch in der Forderung umzusetzen. Man muss gerechterweise hinzufügen, dass es solch eine Zusammenarbeit und so viele Produktionen von auswärts noch nie gegeben hat wie zu dieser Zeit!

Sechstens: Die Einrichtung Funkhaus Europa wird sich für Radio Bremen positiv gestalten. Da gibt es durchaus gute Anzeichen einer verstärkten Kooperation mit dem WDR, auch dies ist ein Zeichen in Richtung Leistung und Gegenleistung der Vereinbarung der Ministerpräsidentenkonferenz.

Siebtens: Die neu gegründetete Tochter Radio Bremens, Asap, wird den Sender ebenfalls entlasten.

Meine Damen und Herren von den Grünen, das sind so einige Punkte, auf die man durchaus in dem Zusammenhang hinweisen muss, dass eben der Punkt Leistung und Gegenleistung, Vereinbarungen der Ministerpräsidenten, nicht nur hohle Worte sind!

Ich glaube, dass die Kooperationen, wenn sie mit Radio Bremen, dem WDR, dem NDR und dem Asap-Vorhaben so fortgeführt und natürlich die Veränderungen struktureller Art bei Radio Bremen umgesetzt werden, dass Radio Bremen dann auch eine Zukunft haben wird. Radio Bremen wird sich dann auch vom Programm her etwas umorientieren müssen. Es ist die Bereitschaft dazu da, sich mehr auf das Bremische zu beziehen, die Menschen in Bremen mit Radiosendungen zu versorgen, aber darüber hinaus auch das Gesicht Radio Bremens in der Bundesrepublik deutlich werden zu lassen in den Programmen von ARTE und 3 SAT.

Meine Damen und Herren, die Leitung des Senders, der Intendant und die beiden Direktoren, müssen, zugegeben, weitere Anstrengungen unternehmen, auch unangenehme Entscheidungen treffen, um diesen Sender zukunftsfähig zu machen. Ich frage Sie nur: Was wäre die Alternative? Ein sanfter politischer Druck, ich hatte das vorhin schon einmal erwähnt, wird auch, Herr Bürgermeister Dr. Scherf, notwendig sein, somit auch ein Ja zur politischen Unterstützung. Sie wissen, das ist eine Gratwanderung, was ich vorhin sagte, was die Staatsferne angeht.

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich hatte Ihnen, glaube ich, schon einmal den Vorschlag gemacht, nehmen Sie doch einmal Kontakt mit Ihren Kollegen in Nordrhein-Westfalen auf! Ich kann es nicht oft genug wiederholen!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kommt immer wieder vor!)

Dort regieren Sie mit! Nehmen Sie doch einen positiven Einfluss auf den dortigen Ministerpräsidenten, der dann auch dazu beitragen könnte – über seine guten Kontakte zum WDR –, dass wir hier in Bremen noch mehr Unterstützung erfahren als bisher! – Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie alle sehr herzlich um die Zustimmung zu diesen Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Wir brauchen ihn insbesondere für Radio Bremen. Wenn das hier scheitert, stellen Sie sich einmal vor, was uns dann passiert! Wenn das Geld weder für Radio Bremen noch für die anderen Anstalten kommt, dann sind wir am Ende un-

(D)

(A) seres Lateins, dann haben wir die ARD kaputtgemacht. Das kann eigentlich keiner wollen.

Das habe ich auch bei Frau Stahmann nicht so herausgehört. Sie hat gesagt, dass wir uns über die Gebührenerhöhung einig sind, aber wir würden bei dieser Gelegenheit gern zum Thema der Absicherung von Radio Bremen Druck machen. Da haben eben Frank Schildt und Klaus Bürger detailliert – alles richtig, was sie gesagt haben – klar gemacht, wie das schrittweise vorangegangen ist. Das ist nicht wenig, ich will das nicht alles wiederholen, sondern es ist erstaunlich, was unter dem Druck dieses gekürzten Finanzausgleichs inzwischen alles an Kooperationen möglich geworden und begonnen worden ist.

Das wertet diesen Platz auf, das ist keine Abwertung dessen, was hier die Medienleute machen, sondern das ist eine ehrgeizige neue Perspektive. In Zusammenarbeit mit dem NDR, WDR und den anderen großen Einrichtungen müssen wir ehrgeizig ganz vorn um das Programm kämpfen und natürlich über Qualität uns durchsetzen. Ich habe das immer so verstanden, dass ein kleiner Sender wie Radio Bremen sich über Qualität durchsetzen muss. Es reicht nicht aus zu sagen, uns gibt es nun einmal, nun her mit der Kohle, sondern wir müssen immer wieder neu, wie auch auf anderen Feldern, beweisen, dass wir besonders reizvolle, ehrgeizige, von den anderen gewollte und bezahlte Beiträge leisten.

(B)

Ich habe gestern mit Lust, aber leider nur über das Medium an dieser Eröffnungsveranstaltung teilnehmen können, die mit Nord Media in Hannover stattgefunden hat. Das ist so ein Schlaglicht! Da spürt man doch ganz deutlich, dass nicht nur die niedersächsische Landesregierung mit dem Senat zusammenrückt, sondern dass der NDR mit Radio Bremen zusammenrückt. Bitte sehr, dann auch mit den Produzenten! Wir haben sogar das Filmbüro dabei, das einmal hier begonnen worden ist und bei dem viele gesagt haben, das schafft ihr nie, dies ins große Geschäft zu bekommen! Aber auch dies hat eine Zugangsmöglichkeit. So kann man das für viele Kreative öffnen, die Beiträge in dieser Produktionspalette entwickeln wollen.

Ich glaube, wir haben hier unter dem zugegeben dramatischen Druck der gekürzten Finanzausgleiche zwischen den großen und kleinen Ländern eine Chance, die wir auch mit Radio Bremen und den vielen nutzen, die um Radio Bremen herum jetzt auch gerade entstehen, ein spannender Medienplatz zu bleiben; ich würde gern sagen zu werden, weil wir da eigentlich wachsen können, wir müssen uns nicht abmelden, wir können da wachsen.

Zurzeit rechne ich ungefähr mit 20 000 Arbeitsplätzen in Niedersachsen und Bremen im gesamten Medienbereich. Das ist gegen Hamburg, Köln, München oder Berlin eine relative Distanz, die haben je

rund 50 000. Aber man kann aus dieser Ausgangslage etwas machen. Da werden am Schluss nicht die Großen mit ihren vielen die einzigen sein, die dominieren, sondern wir werden immer wieder mit spannenden eigenen Beiträgen und spannenden eigenen Produktionen gefragt werden. Das hilft nicht nur Radio Bremen, das hilft auch dem ganzen Land. Das sind dann Werbeträger für die von uns allen gewollte Selbständigkeit des Landes Bremen. Dann können wir uns in der Bundesrepublik als eine attraktive werbende Veranstaltung und nicht als eine Veranstaltung, die die anderen blockieren, profilieren.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit diesem Kompromiss, den wir 1999 bei uns im Rathaus geschlossen haben, der die ARD befördert hat, nicht ausgesteuert oder blockiert hat, bei den Intendanten, aber auch bei den übrigen Kolleginnen und Kollegen in der Ministerpräsidentenkonferenz ausgesprochene Nähe und nicht Ferne ermöglichen. Wir arbeiten in Zukunft aus einer Nähe zueinander und nicht aus einer Position, in der wir die anderen zu Geschichten quälen, die sie gar nicht mehr machen wollen.

Ob das der letzte Staatsvertrag ist oder nicht, das hat Frank Schildt so angedeutet, kann keiner sagen! Lieber Frank Schildt, ich glaube, das müssen wir weiter zusammenhalten. Ich glaube, dass der bundesdeutsche Föderalismus über die Konstruktion, die ARD und das ZDF zusammenzuhalten, wesentlich ausgestaltet wird. Das ist ein Stück bundesrepublikanischer Identität und wird inzwischen ja auch international hoch geschätzt und geachtet. Viele in Italien, England und Frankreich sagen, das habt ihr gut hinbekommen mit dieser ausgetüftelten Balance, dass ihr den öffentlich-rechtlichen Teil so ehrgeizig – und ich denke, inzwischen auch mit einem ganz offensiven Anspruch gegenüber den Privaten – profiliert habt.

Darum: Keine Abgesänge auf diese Konstruktion, sondern fröhliches Weiterkämpfen mit Radio Bremen und der Freien Hansestadt Bremen als selbständigem Land in diesem Sechzehner-Kreis! Ich bin optimistisch. Wir werden immer wieder Diskussionen wie in Sachsen erleben. Lassen Sie sich bloß nicht davon anstecken! Die sollen sich auf uns verlassen können. Wir werden auch gegenüber Radio Bremen alles tun, damit dieser begonnene Prozess erfolgreich weitergeführt wird. Ich bitte um Zustimmung!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man könnte den Eindruck haben, dass in diesem Prozess, in dem Verlust von 50 Millionen DM die Chance liegt, dass wir uns gesundschrumpfen, oder Radio Bremen wäre unheimlich verschwenderisch gewe-

(A) sen. Ich sehe das deutlich anders! Ich halte es nach wie vor für tragisch und falsch! Die Alternative hätte vor anderthalb Jahren gelegen, Herr Bürger, das habe ich ja auch so offen gesagt. Das ist nicht rückholbar!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Dann können Sie jetzt ja zustimmen!)

Kooperationen sind natürlich sinnvoll, da will ich Herrn Scherf nicht widersprechen. Es ist sinnvoll, weil wir uns nicht in einem Mikrokosmos oder als kleiner Fleck allein auf der Welt befinden, sondern Bremen liegt in einer Region, und ich finde, Radio und Fernsehen müssen für die Region gemacht werden und nicht nur für Bremen und Bremerhaven. Die Leute pendeln bekanntlich in die Stadt hinein und auch hinaus. Das macht auch die Attraktivität des Programms aus.

Wenn der Staatsvertrag heute besiegelt wird, dann haben wir weniger Geld. Das kritisieren wir, das wollen wir nicht! Herr Glässgen hatte sich ja in der Zeitung Sorgen gemacht, wenn der Staatsvertrag nicht unterschrieben würde, dann hätten wir acht Millionen DM weniger. Allerdings würden wir 50 Millionen DM behalten, wenn er nicht unterschrieben wird. Das wollte ich nur noch einmal einwerfen. Vielleicht können wir uns darüber unterhalten.

(B) (Abg. Bürger [CDU]: Das dicke Ende kommt doch dann hinterher!)

Radio Bremen hat viel für die kulturelle Landschaft in Bremen getan. Es macht viele Events auch für Jugendliche, Discos im Walle-Center, es macht Veranstaltungen, Partys und steckt dort Geld hinein. Gerade auch bei ernster Musik hat die Anstalt viele Veranstaltungen mitgetragen, Lesungen in der Schauburg unterstützt. Es gibt ein ganz großes Betätigungsfeld. Ich glaube, diese Sachen werden nicht erhalten werden, und von daher wird sich Bremen dadurch sehr stark ändern.

Herr Bürger, ich wollte Sie noch fragen: Kennen Sie dieses Faustpfand, diese drei Seiten? Ich meine, auf drei Seiten könnte ja viel stehen. Es könnte ja auch klipp und klar darauf stehen, was die großen Sendeanstalten für Radio Bremen tun. Aber ich sage Ihnen einmal, wenn ich unter Punkt drei nur lese "Der WDR erklärt sich bereit, in der Gebührenperiode jährlich einen "Tatort" in Koproduktion mit Radio Bremen herzustellen", dann weiß ich – ich kenne einige Leute, die in dieser Branche tätig sind –, dass das nicht der Weisheit letzter Schluss ist und Radio Bremen nicht die Sorge von den Schultern nimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bleibe dabei, wir werden den ganzen Prozess aufmerksam begleiten, den Intendanten von Radio Bremen nach besten Kräften unterstützen und das auch sehr genau anschauen. Eine Bewertung des ganzen Vorgangs werden wir aber am Ende machen, und wir werden uns dann vielleicht auch noch einmal melden. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge mit der Drucksachen-Nummer 15/452 in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Biotechnologie – Chancen für Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 13. Oktober 2000 (Drucksache 15/488)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 28. November 2000

(Drucksache 15/545)

Wir verbinden hiermit:

Förderung der Bio- und Gentechnologie in Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000 (Drucksache 15/561)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Färber und Staatsrat Logemann.

(D)

(A) Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Herr Dr. Färber, ich gehe davon aus, dass Sie davon nicht Gebrauch machen wollen.

Meine Damen und Herren, wir hatten interfraktionell besprochen, dass diese Tagesordnungspunkte vorgezogen werden, weil Senator Hattig einen anderen Termin wahrzunehmen hatte. Er ist leider jetzt gehindert, an der Debatte teilzunehmen, weil wegen des Sturms das Flugzeug nicht starten kann, so dass er auf den Zug ausweichen musste und deswegen nicht rechtzeitig heute Vormittag an der Debatte teilnehmen kann. Er bittet um Entschuldigung. Aber das ist höhere Gewalt, das kann passieren.

Wir treten in die Aussprache ein.

(B)

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. Eckhoff (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Thema Biotechnologie beschäftigen wir uns heute mit einem der wichtigen Themen für die Zukunft der Bundesrepublik, aber auch natürlich mit einem Thema, das weltweit heiß diskutiert wird.

Bis Anfang der neunziger Jahre gab es für das Thema Bio- und Gentechnologie in der Bundesrepublik Deutschland keine Akzeptanz. Die Folge war, dass Forscher aus der Bundesrepublik nach Amerika ausgewandert sind, weil sie dort bessere Rahmenbedingungen für ihre Forschung gefunden haben. Auf den Vergleich zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland will ich gleich noch einmal eingehen, aber auch darauf, welchen Push dies insbesondere für die Vereinigten Staaten von Amerika gebracht hat.

Wie änderte sich die Situation in der Republik seit Beginn der neunziger Jahre? Zu Beginn des Jahres 1993 wurde das Gentechnikgesetz novelliert. Mit dieser Novellierung gab es im Endeffekt auch einen Startschuss für eine Gründerwelle im Bereich der Biotechnologie. 1995 rief die Bundesregierung den ersten Wettbewerb im Bereich Biotechnologie aus, nämlich den BioRegio-Wettbewerb, und 1996 gründete sich dann die Vereinigung der Deutschen Biotechnologieunternehmen. Im Jahr 1998 zählte man, fünf Jahre nach der Novellierung des Gentechnikgesetzes, bereits 280 Unternehmen im Bereich der Biotechnologie.

Heute ist die Branche Biotechnologie in der Bundesrepublik Deutschland von einem klaren Profil gekennzeichnet. Es gibt mittlerweile diverse Hochburgen in diesem Bereich, wie zum Beispiel in München oder aber auch in Weihenstephan. Es gibt 8000 Mitarbeiter, die direkt in diesen Unternehmen arbeiten, und 15 Unternehmen, die mittlerweile an der Börse notiert sind. Ich glaube, dass dies deutlich macht, dass wir in den letzten sieben Jahren eine ganz erhebliche Bewegung im Bereich der Biotech-

nologie zu verzeichnen hatten. Wir müssen diese Chancen weiter konsequent nutzen, um damit auch mittelfristig neue Arbeitsplätze am Standort Deutschland zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Blick in die USA zeigt, was dort die Biotechnologie, die ungefähr einen Vorsprung von drei bis fünf Jahren hat, hervorgebracht hat und wie viele Mitarbeiter in diesem Bereich mittlerweile tätig sind. In der Bundesrepublik haben wir 8100 Beschäftigte, in den USA sind es 153 000 direkt Beschäftigte. Der Umsatz der deutschen Biotechnologieunternehmen beträgt im Moment eine Milliarde DM, in den USA sind es umgerechnet 34 Milliarden DM. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben dieser Biotechnologieunternehmen betragen in der Bundesrepublik Deutschland 600 Millionen DM, in den USA sind es 18,2 Milliarden DM.

Es gibt dort nicht 15, sondern 327 börsennotierte Biotechnologieunternehmen, und Medikamente, die an den Markt gebracht worden sind, gibt es in den USA 350, während es in der Bundesrepublik 29 sind. Ich will damit nur sagen, wir holen in den letzten Jahren den Rückstand zwar nach und nach auf, der Vorsprung zeigt uns jedoch, dass, wenn wir konsequent weiter günstige Rahmenbedingungen auf der Bundesebene und in der Gesamtabsprache der europäischen Staaten schaffen, wir hier einen erheblichen Wirtschaftsfaktor haben, den es gilt, in den nächsten Jahren entsprechend zu nutzen.

Wie sieht die Situation hier am Standort Bremen aus? Dazu beraten wir ja heute die Große Anfrage. Ich möchte nur etwas zu den allgemeinen Themen sagen. Insbesondere auf die Chancen für die Region wird nachher Thomas Röwekamp aus Bremerhavener Sicht auch noch einmal eingehen. Chancen für eine Region im Bereich der Biotechnologie, das sagen alle, die in diesem Bereich tätig sind, gibt es nur, wenn ein Markt vorhanden ist, auf dem man anschließend die entwickelten Produkte auch entsprechend absetzen kann.

Einer der Kernmärkte, die wir hier in Bremen haben, ist der Bereich der Lebensmittelindustrie. Die Antwort auf die Große Anfrage geht darauf ein und zeigt, dass es hier 85 Betriebe im Bereich der Lebensmittelindustrie gibt mit insgesamt 12 500 Mitarbeitern und einem Umsatz von 6,8 Milliarden DM. 50 Prozent dieser Unternehmen, so beantwortet der Senat die Große Anfrage, haben Interesse an Produkten, die aus der Biotechnologie stammen. Dies ist eine hervorragende Grundlage, um in Bremen auf dieser Ausgangsposition aufzubauen.

Ein zweites wichtiges Thema für die Weiterentwicklung von Biotechnologie ist der Bereich der Grundlagenforschung. Da gibt es zum einen die Universitäten und Hochschulen des Landes, die eine gute Ausgangsbasis schaffen, dazu kommen das AWI,

(A) das Max-Planck-Institut und zukünftig zum Beispiel auch das Institut für Fischereiökologie.

Das Thema "Blaue Biotechnologie", so räumt die Antwort auf die Große Anfrage ein, bietet große Chancen für den Standort Bremen, aber insbesondere auch für den Standort Bremerhaven, weil die Forschung von Produkten, die aus dem Meer kommen, im Endeffekt noch in den Kinderschuhen selbst im Vergleich der Biotechnologiestandorte steckt. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle auch betonen, dass es nach Ansicht der CDU-Fraktion wichtig ist, dass wir frühzeitig außerhalb der Bereiche der Lebensmittelindustrie und Umwelttechnik weitere Märkte erschließen, worauf ja auch in der Antwort auf die Große Anfrage entsprechend eingegangen wird.

Wir wollen frühzeitig schauen, welche Produkte wir marktfähig machen können, die aus dem Bereich der "Blauen" Biotechnologie kommen, auch für den Bereich der Medizin, der "Roten" Biotechnologie. Dies, finde ich, kommt in der Antwort des Senats etwas verkürzt vor. Es gibt erhebliche Produkte, die man aus dem Meer entwickeln kann, die auch im Bereich der Medizin zukunftsfähig sind. Ich glaube, dies als einen zusätzlichen Markt aufzunehmen, müsste in den nächsten Wochen und Monaten entsprechend näher ausgearbeitet werden.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Lebertran!)

Dies wird auch, wenn ich darauf noch einmal eingehen darf, zum Beispiel in dem Vergleich dort beantwortet. Der Auftrag, den zum Beispiel Schering aus ihrem Forschungslabor an das Institut für Biotechnologie gegeben hat, zeigt auch, dass man sehr wohl keine chemische, medizinische oder pharmazeutische Industrie haben muss, um auch entsprechende Aufträge für den Standort Bremen zu generieren. Das, finde ich, wird in dieser Antwort nicht deutlich genug.

Wir müssen zukunftsfähige, interessante Studiengänge anbieten, um hier die Bereiche Biotechnologie und auch Gentechnologie entsprechend zu unterstützen. Dabei ist für uns ein ganz wichtiger Bereich die Bioinformatik. Das ist uns in der Antwort auf die Anfrage, um das ganz deutlich zu sagen, überhaupt nicht hinreichend zum Ausdruck gebracht. Es ist dort sogar von "Schmalspur"-Biologen und "Schmalspur"-Informatikern die Rede. Dies teilen wir überhaupt nicht. In fast jedem anderen europäischen Land wird eine entsprechende Konzentration auf den Bereich des Studiengangs Bioinformatik vorgenommen. Ich finde, das sollten wir entsprechend unterstützen. Das ist sicherlich auch ein Punkt, in dem wir uns von der Antwort auf die Große Anfrage deutlich unterscheiden, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will aber nicht verhehlen, dass es sehr wohl an der Universität in Bremen, an den Hochschulen des Landes auch in den letzten Jahren im Bereich der Naturwissenschaften positive Entwicklungen und Institutsgründungen gegeben hat, die die Chancen für einen Biotechnologiestandort Bremen entsprechend unterstützen und die Voraussetzungen in dem Sinne, wie ich sie vorhin ausgeführt habe, bilden

Ein ganz wichtiges Thema für junge Biotechnologieunternehmen ist die Frage des Wagniskapitals. In der Antwort auf die Große Anfrage wird ausgeführt, dass wir im Moment an zwei Unternehmen über die BUG beteiligt sind. Dies ist ein positiver Schritt, aber es ist sicherlich ein Schritt, der noch ausbaufähig ist. Wer sich in München, in Martinsried genauer gesagt, das Modell anschaut, das die Münchener gewählt haben, über die Gründung einer Bio-M AG, die insbesondere die für Biotechnologieunternehmen sehr schwierige erste Finanzierungsstufe den Unternehmen sichert, so ist das, glaube ich, ein positiver Beitrag. Wir empfehlen, wenn wir jetzt den Antrag der Koalitionsfraktionen hier verabschieden, in den Mittelpunkt auch der weiteren Bündelung von Maßnahmen zu stellen, woher wir entsprechend Wagniskapital bekommen, damit die Biotechnologieunternehmen auch entsprechend wachsen können.

Die zweiten und dritten Finanzierungsstufen sind häufig für Biotechnologieunternehmen nicht mehr das große Problem, weil es dafür genügend Venture-Kapitalgesellschaften gibt, die das Geld dann zur Verfügung stellen. Insbesondere aber, wenn die Marktfähigkeit von Produkten noch sehr ungeklärt ist, man nur Ideen verfolgt, ist das Risiko besonders groß. Ich glaube, da müssen wir uns Modelle überlegen, bei denen wir aber dann auch, wenn die Produkte marktfähig werden, langfristig als Bundesland oder Kommunen von dieser Entwicklung auch in Form zum Beispiel von Beteiligungen entsprechend profitieren. Wir wollen dieses Thema in den nächsten Jahren entsprechend weiter begleiten.

Wir wollen nicht die Risiken, die mit dem Thema verbunden sind, verhehlen, aber ich glaube, die Republik hat lange genug über die Risiken von Biound Gentechnologie gesprochen. Wir müssen jetzt mehr über die Chancen sprechen, die damit in den nächsten Jahren verbunden sind.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bin ich froh, dass wir mit dem Koalitionspartner einen gemeinsamen Antrag verabredet haben, um dieses Thema in der nächsten Zeit hier wieder zu debattieren. Wir wollen die Maßnahmen bündeln, damit die Chancen für den Standort Bremen und Bremerhaven nicht verschlafen werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(D)

(D)

(A) Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Käse.

Abg. **Dr. Käse** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Förderung der Biotechnologie und insbesondere Förderung der Gentechnik ist ein hochsensibles Thema, und man muss auch entsprechend sensibel in diesem Haus damit umgehen. Wenn wir in die Bevölkerung schauen, und es gibt ja genug demoskopische Studien, dann wird man schnell erkennen, dass die Bevölkerung in dieser Frage tief gespalten ist. Man hat etwa 50 Prozent Zustimmung von Menschen, die in der Biound Gentechnologie in der Tat eher die Zukunftschancen sehen, aber auch 50 Prozent skeptische, ablehnende Haltung bei denen, die mit Gen- und Biotechnologie eher Risiken und Ängste verbinden. Ich denke, das müssen wir natürlich ernst nehmen.

Die Frage ist ja, wie verhalten sich die Parteien, wie positionieren sie sich in diesem Beritt. Nun, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat hier in der Debatte noch nicht das Wort gehabt. Ich gehe aber davon aus, man kennt ja auch die Papiere, dass die Skepsis doch eher überwiegt, insbesondere natürlich im Bereich der Gentechnologie. Bei der sanften Biotechnologie sieht das anders aus, das weiß ich. Die CDU hat hier gerade wieder dokumentiert, dass der Glaube an die Beherrschung von Technik, die Chancen und natürlich auch kommerzielle Interessen in erster Linie ihre Position bestimmen. Wir Sozialdemokraten versuchen, zu diesem Thema eine differenzierte Antwort zu geben. Wir wollen Chancen nutzen, keine Frage, wir wollen aber auch, dass die Bedenken ernst genommen werden, und wir wollen, dass die Risiken beachtet werden. Das halten wir für eine verantwortungsbewusste Antwort auf die Frage, wie es weitergeht mit der Gen- und Biotechnologie.

(B)

(Beifall bei der SPD – Abg. Kastendiek [CDU]: Man darf aber an der einen Fragestellung nicht hängen bleiben!)

Wir bleiben da nicht hängen, aber wir wägen Chancen und Risiken vernünftig gegeneinander ab. Bei uns werden die ethischen Grundsätze eben nicht dem Kommerz untergeordnet. Wir meinen auch, dass in der Gen- und Biotechnologie nicht alles, was machbar ist, auch erlaubt sein sollte.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Deswegen möchte ich ganz klar sagen, es gibt von unserer Seite immer noch ein ganz deutliches Nein zum Beispiel zu dem Klonen von Menschen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) Es gibt ein deutliches Nein zur Embryonenforschung, zur Schaffung von Hybridwesen aus Menschen und Tieren, und es gibt von uns auch ein deutliches Nein zur Frage der Patentierung von Lebewesen und zu der Patenterteilung auf Gene. So etwas ist meiner Meinung nach nicht das, was wir unter Förderung von Bio- und Gentechnologie verstehen sollten.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Aber wir Sozialdemokraten sagen natürlich auch ja zum Nutzen der Chancen, die die Gen- und Biotechnologien bieten.

(Unruhe bei der CDU)

Es ist ja eine lebhafte Debatte hier heute. Wir sagen ja zur Nutzung der Chancen, denn Chancen bestehen durchaus. Es gibt interessante energie- und umweltschonende Verfahren, die die Umwelttechnologie fördern und beleben können, und es gibt auch große Chancen zum Beispiel im Bereich der Entwicklung hochwertiger Lebensmittel, von Produkten, die einen wirklichen Nutzen für die Menschen haben und insbesondere eben für die Menschen, nicht nur für Konzerne. Wir wollen gesellschaftlich sinnvolle Produkte und Dienstleistungen nutzen. Wir wollen auch die Chancen der Bio- und Gentechnologie nutzen, was die Orientierung, das Wachstum und den Strukturwandel in der Ökonomie und natürlich die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht. Das ist keine Frage.

Wir sagen ja zur Innovation. Wir haben dafür auch Belege, das sind jetzt hier keine hohlen Phrasen. Schauen Sie einfach einmal in den Etat der sozialdemokratischen Forschungsministerin Bulmahn! Das Ministerium weist im Jahr 2000 rund eine Milliarde DM an Fördermitteln für den Bereich der Biotechnologie aus. Darin ist auch ein erheblicher Teil für die Sicherheitsforschung vorgesehen. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen der CDU nur daran erinnern, dass ihr Kollege Rüttgers, als er noch der so genannte Zukunftsminister war, von 1993 bis 1998 seinen Gesamtetat um 700 Millionen DM absenken musste. Er ist offenbar noch nicht einmal mit den Problemen der Gegenwart klargekommen, geschweige denn als Zukunftsminister.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir als Sozialdemokraten zeigen auf Bundesebene, wo Innovationspolitik gemacht wird.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Ehrlich?)

Jawohl, Herr Kollege Oppermann! In Bremen spiegelt sich das auch wider. Wir sagen nämlich in Bre-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) men zum Beispiel ja zum Biotechnologiezentrum, zu einer Zukunftsinvestition in Höhe von 24 Millionen DM in Bremerhaven und zum Ausbau der Biotechnologieforschung an den Hochschulen, Forschung aber in Feldern, in denen der zu erwartende Nutzen die möglichen Risiken nämlich klar übertrifft. Das zeichnet uns, denke ich, insbesondere aus, wir sagen ja zum Dialog über die Gentechnik. Wir meinen das ernst mit dem Dialog. Wir wollen keine Belehrung der Bevölkerung in dem Sinne, als wenn 50 Prozent nach wie vor uneinsichtig seien. Nein, wir wollen einen offenen Dialog, und wir wollen auch, dass Risiken weiterhin klar benannt werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Natürlich stehen wir weiter dazu, dass es klare Grenzen für Gen- und Biotechnologie gibt, wo es aus ethischen Erwägungen oder eben auch aus Sicherheitsfragen geboten ist, auch einmal nein zur Gen- und Biotechnologie zu sagen.

Bio- und Gentechnologie weisen vielfältige Anwendungsfelder auf. Wir haben auch schon aus der Senatsantwort entnehmen können, dass die Grundlage eines regionalen Förderkonzepts sein muss, die speziellen Stärken in den einzelnen Anwendungsfeldern zu identifizieren und diese dann auch gezielt auszubauen.

Herr Eckhoff hat auf einige dieser Felder schon hingewiesen. Ich bin sehr erfreut, dass Sie das jetzt ein wenig stärker eingegrenzt haben. Noch im Oktober musste ich in der "Welt" lesen, dass Sie auch der Meinung waren, dass zum Beispiel die Bereiche der Gentechnologie in Landwirtschaft und Pharma für unsere Region von besonderem Interesse seien. Das ist für mich ehrlich gesagt nicht ganz nachvollziehbar. Ich finde es hoch erfreulich, dass Sie Ihre Position inzwischen offensichtlich etwas revidiert haben. Wir müssen die bescheidenen Mittel, die wir ja nun einmal haben, konzentriert einsetzen.

Eindeutig liegen unsere Stärken in der Region im Bereich der Lebensmittelverarbeitung und der Umwelttechnik. Dort haben wir Stärken in Forschung und Wirtschaft, und im Bereich der Diagnostik, Analytik und der Enzymtechnik haben wir hier starke Forschungskapazitäten. Die Bereiche Landwirtschaft, Pharmaindustrie oder chemische Industrie weisen nun einmal in unserer Region Schwächen auf. In der Tat wäre es nicht sinnvoll zu versuchen, hier einen Biotechnologiestandort mit einer solchen Orientierung aufzubauen. Die "Grüne" Gentechnik hat hier einfach nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Es gibt ja auch schon im Bereich der Forschungskapazitäten einige interessante Ansatzpunkte. In unser regionales Profil passt zum Beispiel sehr gut der Aufbau der zwei in der Senatsantwort genannten so genannten Kompetenzknoten. Das ist zum einen die "Blaue" Biotechnologie, und das andere ist der Bereich der Genomforschung. Hier sind so genannte Cluster, also Netzwerke, Zusammenballungen von Kompetenzen im Entstehen, und zwar in Bremerhaven mit dem deutlichen Meeresbezug und in Bremen mit dem Bezug zur Gensensorik, zur Analytik. Diese Cluster und diese Netzwerke sind durch Selbstorganisation, durch Eigeninitiative der Akteure entstanden. Das ist gut. Wir wollen hier auch noch einmal lobend hervorheben, dass sich dort Forscherinnen, Forscher und auch Unternehmen zusammengesetzt haben und etwas tun für unsere Region.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen aber als Sozialdemokraten auch einmal unsere Erwartung an die Wirtschaftsförderung formulieren, dass dieser Prozess aktiv zu unterstützen ist. Man muss die Akteure aktiv zusammenbringen, man muss Projekte anschieben, man muss gezielt vernetzen und nicht nur warten, dass entsprechende Anträge auf den Schreibtisch geflattert kommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Schramm [Bündnis 90/Die Grünen]: Und dann auch noch zögerlich bearbeitet werden!)

Insofern halte ich es für umso bemerkenswerter, dass wir es eben jetzt geschafft haben, in den Wirtschaftsförderungsausschüssen endlich das Biotechnologiezentrum in Bremerhaven anzuschieben.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Biotechnologiezentrum bietet eine moderne technische Infrastruktur und, das ist ganz besonders bemerkenswert, eben auch ein entsprechend qualifiziertes Personal, also nicht nur Beton, sondern auch Stellen, auch Köpfe, auch Personen, die der Förderung von Start-ups, also von Existenzgründungen, im Bereich der Biotechnologie dienen. Das ist Ausdruck eines modernen Investitionsbegriffs, und ich bin froh, dass sich dieses moderne Investitionsverständnis hier im Hause langsam durchsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist umso unverständlicher, warum der Senator für Wirtschaft und Häfen dann über zwei Jahre gebraucht hat, hier eine entscheidungsreife Vorlage auf den Tisch zu legen, weil bereits 1998 die ersten Ideen zu dem Biotechnologiezentrum ja aus dem Bereich des TTZ veröffentlicht wurden. Es ist mir unverständlich. Ich kann es mir nur damit erklären, dass

(D)

(A) eben gerade gegenüber diesem modernen Investitionsbegriff offenbar noch eine große Skepsis im dortigen Hause herrscht.

Aber, lieber Kollege Hattig, beziehungsweise hier vertreten durch Herrn Dr. Färber, wer es mit Strukturwandel und Innovation ernst meint, der muss auch Prioritäten setzen können. Wenn Sie in Ihrer Behörde mit dem derzeitigen Umstrukturierungsprozess lahm gelegt sind oder vielleicht zu viele Mitarbeiter in touristischen Großprojekten gebunden sind, dann müssen Sie auch in dieser Situation es noch schaffen, innovative Projekte voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ein weiteres Beispiel ist, dass Herr Senator Hattig zum Beispiel bei der Verleihung des Gründerpreises in Bremerhaven an ein junges Biotechnologieunternehmen es wohl nicht für notwendig erachtet hat, dort teilzunehmen. Auch das verfestigt bei mir eindeutig den Eindruck, dass die Themen Innovation und Biotechnologie im Hause offenbar nur zweitrangig behandelt werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B) Bei uns Sozialdemokraten steht das Thema Innovation an erster Stelle, und es bleibt aber auch weiterhin fest verknüpft mit dem Anspruch eines verantwortungsbewussten Einsatzes der neuen Technologien. Ich fordere Sie deshalb auf, diesen Weg mitzugehen und dementsprechend dem Antrag, den die Koalition hier zur Förderung der Biotechnologie vorgelegt hat, der genau diese Handschrift trägt, zuzustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Anbetracht dessen, dass bei der Großen Anfrage der CDU und der SPD die falschen Begriffe verwendet wurden und die falschen Fragen gestellt wurden, finden wir Grüne, dass der Senat ganz passabel geantwortet hat.

(Beifall bei der SPD)

Genauso unklar, und ich werde es Ihnen auch gleich erklären, war letztendlich auch Ihr Vortrag, Herr Eckhoff, wenn man nämlich so mit Begrifflichkeiten umgeht, kann man keine vernünftige Bewertung hinsichtlich Chancen und Risiken hinbekommen. Warum die falschen Fragen? Das ist schon aus

dem Titel zu ersehen! "Biotechnologie – Chancen für Bremen und Bremerhaven"!

Herr Käse hat darauf hingewiesen, wenn man eine richtige Entscheidung treffen will, dann muss man Chancen und Risiken abwägen. Meine Damen und Herren von der CDU, da war Ihre alte Bundesregierung in der Tat schon weiter. Sie hatte nämlich ein Programm aufgelegt und einen Rat für Forschung, Technologie und Innovation eingerichtet zum Thema, jetzt hören Sie gut zu, "Biotechnologie, Gentechnik und wirtschaftliche Innovation - Chancen nutzen und verantwortlich gestalten", also ein ganz anderer Tenor, als ich ihn hier aus dieser Großen Anfrage der CDU und SPD wahrnehme. Risiken wurden nämlich nicht insofern ausgeklammert, weil erkannt wurde, dass sie einer verantwortlichen Gestaltung bedürfen. Ob dies nun prinzipiell möglich ist, das hängt vom Anwendungsbereich ab. Es ist in bestimmten Fällen zu bezweifeln.

Ich möchte hier einmal mit den Worten von Hans Jonas sprechen, die Gentechnik reißt nämlich dort eine Verantwortbarkeitslücke auf. Das ist der entscheidende Punkt, den ich wichtig finde, wenn wir überhaupt eine vernünftige Debatte über Risiken und Chancen führen wollen. Der entscheidende Punkt ist, Bio- und Gentechnologie sind nicht gleichzusetzen. Biotechnologie ist der Oberbegriff, Gentechnik ist lediglich ein spezieller Bereich der Biotechnologie. Sie ist da, wo es um die Manipulation von Leben geht, wo es sich um die Herstellung neuer Lebewesen handelt, mit hohen Risiken verbunden und prinzipiell nicht verantwortbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Biotechnologie dagegen allgemein ist nichts anderes als die Anwendung von Erkenntnissen der Biowissenschaften in der Technik, also hier ganz allgemein, egal, welche Erkenntnisse der Biowissenschaften, diese anzuwenden im Sinne bestimmter Zielerreichungen, die für das Gemeinwohl sind, die die Gesellschaft voranbringen.

Gestatten Sie mir eine Anmerkung, nachher kommt wahrscheinlich wieder die Aussage, die Grünen sind technikfeindlich!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Nicht alle!)

Kurz bevor ich das Mandat hier angenommen habe, habe ich an der Universität ein biotechnologisches Forschungsprojekt initiiert und geleitet. Das war am UFT angesiedelt. In der Antwort des Senats kommt ja häufig das UFT vor. Es war zu 100 Prozent finanziert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, und es wurde zusammen mit einer Firma durchgeführt, alles das, was man sich im Prinzip letztendlich für Bremen wünscht. Es hatte aber nichts, rein gar nichts mit irgendwelcher Gentechnik zu tun, sondern schlicht und ergreifend ging es

(A) darum, mittels dem, was wir an Potentialen in der Natur haben, und dem, was wir an Wissen haben, das Ziel, das wir brauchen, zu erreichen. Es ging speziell darum, mittels Simulationsmodellen Verfahren zu unterstützen, wie man Chemikalien im Boden abbauen kann. Also auch hier Bioinformatik! Da würde ich Ihnen, Herr Eckhoff, auch zustimmen, Bioinformatik ist ein ganz wichtiger Teil sicherlich im Rahmen der Biotechnologie. Wie man das natürlich dann ausbildungsmäßig strukturiert, darauf wird Herr Kuhn vielleicht auch noch einmal eingehen.

Für diesen Ansatz hat sich in der Scientific Community der Begriff sanfte Biotechnologie etabliert. Es ist im Prinzip auch der Schwerpunktansatz im Biotechnologiezentrum Bremerhaven, der dort verfolgt wird. Es ist der Königsweg. Wir begrüßen ausdrücklich sowohl das Biotechnologiezentrum als auch diesen Kompetenzknoten "Blaue" Biotechnologie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist sozusagen ein grünes Projekt!)

Ja, aber in der richtigen Form! Ein ganz wichtiges Anliegen ist mir, dass wir hier eine Versachlichung in die Debatte bekommen. Diese können wir nur hineinbekommen, wenn wir auch die richtigen Begriffe verwenden. Es handelt sich einfach um verschiedene Dinge.

Ebenfalls positiv bewerten wir den internationalen Studiengang für technische und angewandte Biologie. Dagegen hat Bremen im Bereich der "Roten" und "Grünen" Gentechnik, das heißt in dem Bereich, wo letztendlich ethische Fragen im Vordergrund stehen, wo es um die Manipulation von Lebewesen geht, Gott sei Dank nichts zu bieten. Herr Eckhoff, die Antwort des Senats ist an der Stelle richtig, da gibt es nämlich auch nichts, und das ist auch gut so. Wir begrüßen das.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weiterhin muss man natürlich bei gentechnischen Anwendungen, die wir hier haben in der Bremer Forschungslandschaft, auch hinsichtlich der Bewertung, unterscheiden, neben diesem Bereich Mensch oder andere Organismen, ob es sich hier um diagnostische, analytische Anwendungen handelt oder eben um die Manipulation von Lebewesen. Sie haben völlig unterschiedliche Risikopotentiale und sind, wie gesagt, hinsichtlich der ethischen Implikationen nicht vergleichbar. Falsche Fragen wurden also gestellt, weil alles in einen Topf geworfen wurde, weil Begriffe nicht sauber verwendet wurden, weil Birnen mit Äpfeln verglichen wurden.

Hier müssen wir zusammenfassend feststellen, dass die erforderliche differenzierte Beurteilungsgrundlage bisher nicht vorliegt. Sowohl die Chancen als auch die Risiken in ökologischer wie auch ökonomischer Hinsicht hängen davon ab, ob es sich um naturangepasste sanfte Biotechnologie oder Gentechnik handelt. Auch innerhalb der Gentechnik muss differenziert werden, und zwar nach dem Anwendungsbereich Mensch einerseits, Tier, Pflanze, Mikroorganismus andererseits. Weiterhin müssen Sie unterscheiden, ob es sich um Analytik, Diagnostik handelt oder um die Manipulation von Lebewesen. Soweit hoffe ich, vielleicht einmal zu einer Klärung beizutragen, die dann weitergeführt werden kann.

Nun die entscheidende Frage zum Ausbau der Biotechnologie in Bremen und Bremerhaven! Der Senat geht davon aus, dass in den Unternehmen der Gentechnologie in Bremen zirka 100 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt werden, weniger als da in der Forschung arbeiten. Hier ist ein ganz krasses Missverhältnis von Fördersumme und Return zu beobachten. Es besteht hier in der Tat ein sehr hohes Risiko, dass der Senat eine Investitionsblase ernährt, die sich nicht mit verkaufbaren Produkten wird ausweisen können. Dem entspricht außerdem die Hochrisikosituation, wie sie sich im Moment auch börsenpraktisch allgemein darstellt.

Wir können davon ausgehen, dass auf dem neuen Markt der Gentechnik zwar einige Firmen überleben werden, auch Geld verdienen, aber dieser Bereich ist heute, wie auch der Presse zu entnehmen ist, wenn Sie verschiedene einschlägige Zeitungen lesen, weit, weit überinvestiert. In wirtschaftlicher Hinsicht läuft also der Senat wieder einmal Gefahr, sich wie bei dem Musicalmarkt in eine weitere Defizitspirale zu begeben und ein neues selbst organisiertes Haushaltsdefizit zu organisieren.

Wir Grüne begrüßen andererseits, dass der Senat die Risiko- und Chancendiskussion führen will. Wir fordern den Senat aber auf, hierfür eine differenzierte Betrachtung unter den dargelegten erforderlichen Unterscheidungen anzustellen und einen breiten öffentlichen Diskurs zu organisieren. Die Notwendigkeit hierfür belegt die Tatsache, dass offensichtlich nicht einmal die CDU-Abgeordneten in der Lage sind, die richtigen Begriffe hier einzuführen und entsprechend die Bewertungen vorzunehmen. Es entspricht aber auch der gesamtgesellschaftlichen Situation, denn nur ein bis zwei Prozent der Bevölkerung wissen genug über Gentechnik, deren Risiken und eventuellen Chancen.

Mit der "Blauen" Biotechnologie, ohne die Manipulation von Lebewesen, marinen Naturstoffen sowie der gentechnischen Risikoforschung und der Analytik als integraler Bestandteil solcher Forschungsausrichtungen hat das Land Bremen hervorragende Potentiale, die es auszubauen gilt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

(A) Wir Grüne im Land Bremen wollen einen Kompetenzknoten für sanfte Biotechnologie, und, wie Herr Dr. Käse das ja auch dargestellt hat, ein Ausbau, wie er ja jetzt auch auf den Weg gebracht wurde, ist klug, mit den wenigen Mitteln, die Bremen ja auch hat, umzugehen. Von der Gentechnik, der Manipulation von Organismen, sollte Bremen tunlichst die Finger lassen. Hier ist es vielmehr erforderlich, das Wissen, die ethischen Probleme und die Risiken in die Gesellschaft zu vermitteln. Bremen darf keinesfalls auf einen Zug aufspringen, der mit überhöhtem Tempo gegen die Wand rast. Davor warnen wir eindringlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Abschluss! Bevor hier wieder die Standardargumente hinsichtlich Diffamierungen und Vorurteile den Grünen gegenüber kommen, bitte ich wirklich einmal eindringlich: Sehen Sie sich einmal die Geschichte der Chemieindustrie an, sehen Sie sich die einmal ernsthaft an! Sehen Sie auch an, mit genau welchen Argumenten das eingeführt worden ist! Chemikalien - und das ist jetzt der entscheidende Punkt – sind prinzipiell, wenn manchmal auch nur über lange Zeiträume, abbaubar. Organismen, neu hergestellte Organismen vermehren sich, da ist nichts mehr mit Abbau. Sie vermehren sich auch dann, wenn sie gefährlich sind, und das ist eine neue Dimension der Verantwortung, unabhängig von den großen ethischen Fragen, denen wir uns stellen müssen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Präsident Weber: Das Wort hat der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Dr. Mathes, Sie haben Ihrem Ruf als, sage ich einmal, abfallbewusste Politikerin wieder einmal alle Ehre gemacht! Die Rede, die Sie hier gehalten haben, war das beste Beispiel für Redenrecycling aus den achtziger Jahren. Das sind genau die Argumente, mit denen sich die Grünen schon in den achtziger Jahren zu Fragen der Gentechnik befasst haben.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie davon reden, Sie wollen Chancen und Risiken vernünftig gegeneinander abwägen, dann verstehe ich nicht, warum in einer solchen Debatte, die sachlich geführt werden kann, Frau Mathes zu 98 Prozent nur über die Bedenken und die Risiken redet und nicht ein Wort zu den Chancen für die Menschen in diesem Land sagt.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es gibt ja hin und wieder einmal Überlegungen, ob die Grünen nicht doch ein geeigneter Regierungspartner auch für andere Parteien als die Sozialdemokraten sind. Ich muss sagen, solange solche Reden gehalten werden und Sie sich der Zukunft mit solchen Argumenten verweigern, kann ich dem nichts abgewinnen.

(Beifall bei der CDU)

In das gleiche Horn hat ja auch ungefähr Herr Dr. Käse von der vierten Fraktion dieses Hauses gestoßen,

(Heiterkeit bei der CDU)

indem er uns sozusagen wieder nachgelegt hat, wir als CDU würden nur kommerzielle Interessen verfolgen, wir würden Menschen klonen und Patente auf geklonte Menschen wollen. Herr Dr. Käse, ein bisschen mehr gründliche Beschäftigung hätte dem Thema, denke ich, gedient. Sie wissen genau, dass das nicht die Politik der CDU ist. Im Übrigen lasse ich mir auch als Mitglied einer Partei, die dem christlichen Menschenbild verpflichtet ist, von Ihnen nicht vorschreiben, in welcher Weise wir über ethische Grundsätze diskutieren, Herr Dr. Käse!

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat während der gesamten Zeit der Diskussion über die Gentechnik ausreichend Gelegenheit genommen und macht es heute noch auf Kongressen, über diese ethischen Fragen grundsätzlich nachzudenken. Selbstverständlich spielt das bei uns eine Rolle! Wir reden heute in diesem Parlament aber auf unsere Initiative hin über die Chancen, die uns die Biotechnologie bietet. Dabei verkennen wir nicht die Risiken, die dabei vorhanden sind, aber wir reden nicht nur über die Risiken, sondern wir erkennen im Interesse der Menschen in diesem Lande auch, dass diese Technologien Chancen bieten.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dr. Mathes, ich habe meinem dreijährigen Sohn schon beigebracht, dass es keine falschen Fragen gibt. Ich verstehe nicht, weshalb Sie der CDU sagen, sie hätte hier falsche Fragen gestellt. Es gibt auch in der Wissenschaft keine falschen Fragen –

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Herr Dr. Kuhn, Sie sind Wissenschaftspolitiker –, es gibt nur unsachliche Auseinandersetzungen, und dazu haben Sie, Frau Dr. Mathes, heute beigetragen.

> (Beifall bei der CDU – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das waren einfach dämliche Fragen!)

Dafür, dass dämliche Fragen gestellt worden sind, sind, das hat Frau Dr. Mathes ja schon gesagt, recht kluge Antworten gekommen! Ich höre von Ihnen ja nicht einmal dämliche Fragen zu diesem Bereich!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, außer ihren wissenschaftlichen Bedenken, die sie schon in den achtziger Jahren an der Universität geäußert und heute wiederholt hat, hat Frau Dr. Mathes auch noch gesagt, man müsse dann auch genau bei den Chancen hinschauen, der neue Markt der Gentechnik wäre so risikobehaftet, und wir müssten aufpassen, nicht wieder in eine Defizitspirale zu kommen. Meine Damen und Herren, wer sich einmal mit dem Markt für Biotechnologie befasst und sich anschaut, welche Erfahrungen die Länder haben, die sich bereits in den frühen neunziger Jahren. 1993 und 1995. damit befasst haben, im Bereich der Biotechnologie jungen Existenzgründern Anreize zu geben, sich selbständig zu machen, auf dem Gebiet tätig zu sein, der wird sehen, dass zum Beispiel in Martinsried bei München die, glaube ich, mittlerweile sechste Ausbaustufe für ein Biotechnologiezentrum im Bereich der Medizintechnik errichtet worden ist. Damit wird den Menschen doch nicht geschadet, Frau Dr. Mathes, das ist medizinischer Fortschritt, der da finanziert und gefördert wird.

(Beifall bei der CDU)

Das nützt den Menschen im Lande und schafft Arbeitsplätze! Wie Sie davon reden können, es gäbe da eine große Bedrohung durch eine Defizitspirale, lässt sich wirklich nur durch grüne ideologische Ideen hier erklären.

Meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich gar nicht so viel zu den grundsätzlichen Fragen sagen –

> (Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

das haben Sie selbst in den Händen gehabt, indem nicht Sie selbst geredet haben, Frau Dr. Trüpel, ich glaube, das wäre eine sachlichere Auseinandersetzung mit dem Thema gewesen –, sondern ich wollte eigentlich dazu reden, in welcher konkreten Weise wir als Land jetzt die Chancen, die sich aus diesem neuen Markt der Biotechnologie bieten, für unser Land nutzen mit der Finanzierung des Biotechnologiezentrums mit dem Schwerpunkt Lebensmittelwirtschaft. Im Übrigen auch ohne jede ethische Bedenken, ob Sie es nun, Frau Dr. Mathes, in der Terminologie die sanfte, die weiche, die blaue, die grüne, die bunte Technologie nennen! Für mich ist das Biotechnologie, die ethisch verantwortbar ist, und deswegen machen wir ein Projekt in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Schwerpunkt Lebensmittelwirtschaft helfen wir auch den Menschen, leisten wir einen entscheidenden Beitrag zum Strukturwandel in Bremerhaven, aber ich denke, auch im Land Bremen. Wir finden zwar mit dieser Maßnahme keinen Anschluss an die High-Tech-Regionen wie Hamburg, Berlin oder insbesondere München, die bereits seit Jahren in den Bereich der so genannten Life Sciences Millionenförderbeträge stecken, nicht um den Menschen zu schaden und Menschen zu klonen, sondern um Chancen für neue Märkte und Arbeitsplätze und für Fortschritt zu schaffen, deswegen machen die Menschen das, mit großem Erfolg. Da werden wir den Anschluss leider nicht finden können.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat ja auch lange gedauert!)

Aber wir werden uns auf das wissenschaftliche Know-how konzentrieren können, das wir in Bremen und Bremerhaven bereits jetzt mit dem Alfred-Wegener-Institut, mit dem Bremerhavener Institut für Lebensmitteltechnologie und Bioverfahrenstechnik, mit den Instituten an der Universität in Bremen verfügbar haben.

Wir verbinden hier dieses hochspezialisierte wissenschaftliche Know-how, das wir in unserem Lande haben, mit einer großen praktischen Kompetenz durch die ortsansässigen Betriebe. Wir haben nämlich in Bremen und Bremerhaven einen hohen Anteil an Betrieben, die sich mit der Lebensmittelwirtschaft befassen, und ich kann nur hoffen, dass wir durch das Biotechnologiezentrum in Bremerhaven die Verbindung zwischen der ansässigen Wirtschaft und unserem hochspezialisierten wissenschaftlichen Know-how schaffen. Deswegen war es richtig, dass wir bereits 1999, im Übrigen auf Drängen der Fraktionen von CDU und SPD, in den Wirtschaftsförderungsausschüssen die Grundlage dafür geschaffen haben, dass wir heute die Finanzierung des Biotechnologieinstituts in Bremerhaven darstellen können.

Dazu möchte ich anmerken: Der Königsweg, den Sie hier beschrieben haben, Frau Dr. Mathes, das ist nur der Königsweg der Grünen. Sie müssen versuchen, zwischen Ihren Zweiflern und Befürwortern einen vertretbaren Weg zu finden, und den bezeichnen Sie hier als Königsweg. Den Weg haben Sie im (D)

(A) Übrigen auch in der Beratung in den Wirtschaftsförderungsausschüssen und im Haushaltsausschuss beschritten. Während Sie in den Wirtschaftsförderungsausschüssen fachlich begeistert waren, haben Ihre Haushälter hinterher das Geld nicht zur Verfügung gestellt. Meine Damen und Herren, eine solche Zwitterleistung ist auch tatsächlich nur beim Bündnis 90/Die Grünen möglich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir schaffen mit der seit 1999 – dann aber sehr intensiv und für unsere Ansicht viel zu zeitintensiv – geschaffenen Planungsphase ein Konzept, das den Interessen der örtlichen Wirtschaft, aber insbesondere auch den räumlichen Erfordernissen an Existenzgründungen in diesem Bereich gerecht wird. Wir investieren 24,4 Millionen DM in ein Biotechnologiezentrum in der unmittelbaren Nähe zur Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven. Aus Sicht der CDU handelt es sich dabei um ein wirklich gelungenes Konzept. Wir werden in einem zentralen Technikum, vom Bremerhavener Institut für Lebensmittelwirtschaft und Biotechnologie gemietet und betrieben, mit von allen gewerblichen Mietern und interessierten Außenstehenden zu nutzenden Anlagen, hochwertigen technischen Anlagen, mit Lagerräumen, für das Technikum eine hervorragende Infrastruktur schaffen. Wir werden zehn komplett ausgerüstete Labore nach Biotechnologiestandard zur Verfügung stellen, die sowohl den Existenzgründern als auch den örtlichen Betrieben zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, mit diesem Biotechnologiezentrum in Bremerhaven schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass wir auf dem Bereich der Entwicklung marktfähiger Produkte im Bereich der Lebensmitteltechnologie entscheidend vorankommen.

(B)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass es sich hierbei aus Sicht der CDU nicht um ein Bremerhavener Projekt handelt, sondern es ist ein Projekt des Landes Bremen, das sich in Bremerhaven befinden wird. Ich erwarte, dass sowohl die wissenschaftliche Unterstützung, aber auch insbesondere die Akzeptanz in der Wirtschaft auch durch die Bremer Betriebe geleistet wird. Wer sich anschaut, wie andere Existenzgründerzentren versuchen, bereits in frühen Phasen die gewerbliche Wirtschaft einzubeziehen, kann von deren Erfolg auch nur lernen.

Ich erwarte, dass am Biotechnologiezentrum in Bremerhaven ein Beirat gegründet wird, der nicht nur aus Wissenschaftlern, sondern auch aus Praktikern besteht, und zwar nicht nur aus Praktikern, die aus der Stadtgemeinde Bremerhaven kommen, sondern ich kann mir auch vorstellen, dass große Industriebetriebe aus der Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft hier in Bremen sich an dem Bremerhavener Institut beteiligen können und dieses beraten

können. Letztendlich machen wir es ja nicht nur für die Existenzgründer, nicht nur für die Wissenschaftler, sondern auch für die, die hinterher die Arbeitsplätze am Markt schaffen.

Meine Damen und Herren, um es kurz zu sagen, das Biotechnologiezentrum Bremerhaven ist eine runde Sache. Wir haben die Finanzierung kurzfristig sichergestellt, es ist eine große Leistung der großen Koalition für den Strukturwandel im Land Bremen, am Orte Bremerhaven, und dafür, dass wir zumindest als große Koalition diesem wichtigen Projekt die Zustimmung erteilt haben, darf ich mich insbesondere auch bei den Bremer Kollegen bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Wir können, denke ich, zumindest was diesen Bereich betrifft, von unseren bayerischen Kollegen sehr viel lernen. Edmund Stoiber hat im Rahmen seiner Regierungserklärung vor über einem Jahr schon zur High-Tech-Offensive des Landes Bayern gesagt: "Mit unserem bayerischen Weg der Verbindung von Tradition und Fortschritt, der Symbiose von Gestalten und Bewahren haben wir die Weichen für eine gute Zukunft unseres Landes und seiner Menschen im neuen Jahrtausend gestellt." Ich glaube, dass wir mit einem wesentlich kleineren Weg, aber mit dem bremischen Weg auch diese Weichen für den Strukturwandel in unserem Lande gestellt haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Käse.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Welche Fraktion? – Abg. Focke [CDU]: Jetzt kommt Crossover!)

Abg. **Dr. Käse** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt doch gern noch einmal auf zwei Punkte eingehen, die von den Vorrednerinnen und Vorrednern angesprochen wurden und die, meine ich, so im Hause nicht stehen bleiben können. Ich möchte mit dem Beitrag von Frau Dr. Mathes, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beginnen.

Sie haben deutlich gemacht, dass es Ihnen als Fraktion sehr wichtig ist, eine klare, eine scharfe Abgrenzung der Gentechnologie von der Biotechnologie vorzunehmen, Gentechnologie verstanden als die Technologie, mit Hilfe derer Leben manipuliert wird und die aus diesem Grunde für Sie nicht verantwortbar ist, und Biotechnologie als Verfahren, die biologische Systeme nutzen, aber eben keine Manipulationen vornehmen. Gut, wir können uns gern

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) wissenschaftstheoretisch – an anderer Stelle würde das vermutlich prickelnder sein – darüber unterhalten, ob das die richtige Abgrenzung ist oder nicht und ob es hier in diesem Hause notwendig ist, das in dieser Schärfe zu tun.

Ich frage mich nur: Wenn Sie das so klar definieren und sagen, Gentechnik in diesem Sinne kommt für Sie nicht in Frage, dann erschließt sich mir überhaupt nicht, warum Sie eben dem Biotechnologiezentrum in Bremerhaven zugestimmt haben. Ich hoffe, Sie haben die Vorlage aus den Wirtschaftsförderungsausschüssen gelesen. Dieses Zentrum sieht sehr wohl ein Forschungslabor nach der Sicherheitsstufe S1 vor. Zumindest wir aus dem Fach wissen, das bedeutet, es erlaubt gentechnische Arbeiten. Das ist eindeutig in dieser Vorlage festgehalten. Wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, kann ich dann nur sagen: Passen Sie besser auf!

Nur, wir müssen uns doch der Sache mit Vernunft nähern und sagen, S1 bedeutet ein Niveau der Gentechnik, das auch – und so würde ich Sie auch dann doch immer verstehen wollen – in Ihrem Sinne tragbar ist, und deswegen, weil eben erkennbarerweise keine Gefährdungen für Mensch und Umwelt davon ausgehen. Ich hoffe, dass Sie jetzt angesichts dieser neuen Erkenntnisse nicht von Ihrer Zusage, das Biotechnologiezentrum zu unterstützen, wieder abweichen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Herr Röwekamp, ich habe Ihnen nicht unterstellt, die CDU würde es begrüßen oder wolle Menschen klonen oder solche Dinge wie Patentierungen von Genen machen lassen, nein, das ist wirklich ein Missverständnis, das habe ich Ihnen nicht unterstellt. Ich weiß, dass es auch in Ihrer Fraktion sehr viele Kolleginnen und Kollegen und auch in Ihrer Partei sehr viele Mitglieder gibt, die es mit christlichen Werten sehr ernst nehmen und für die solche Sachen dementsprechend nicht in Frage kommen. Also, ich möchte nicht falsch verstanden worden sein!

Ich habe nur auch aufgegriffen, dass der Kollege Eckhoff hier vor wenigen Minuten auf das Beispiel der USA verwiesen hat und das Beispiel der USA, die Biotechnologie- und Gentechnologieentwicklung dort, sehr positiv dargestellt hat, sich sehr positiv darauf bezogen hat und auf den Vorsprung der USA verwiesen hat. Wenn man dort einmal genau hinschaut, muss man zur Kenntnis nehmen, dass dort zum Beispiel die Patentierung von Lebewesen und Genen eindeutig erlaubt ist und dass dort sehr offen über die so genannten Chancen der Klonierung von Säugetieren diskutiert wird. Das muss man doch zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) Wenn man das als positiv hinstellt, dann müssen Sie schon in Kauf nehmen, dass man das so interpretiert. (C)

(D)

(Abg. Eckhoff [CDU]: Dann brauchen wir nur bis Frankreich zu sehen!)

Ja, in Frankreich und England ist das sehr ähnlich, ich weiß, darauf haben Sie sich aber nicht ausdrücklich bezogen. Trotzdem muss man aber doch dann bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass man das so interpretieren kann, als wenn Sie solche Wege begrüßen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wenn Sie das hier klarstellen möchten, würde ich das auch begrüßen.

Ich möchte jetzt auf diese Sache mit der vierten Kolonne oder der vierten Fraktion oder was Sie da noch gebracht haben, hier nicht weiter eingehen.

(Zurufe von der CDU)

Wissen Sie, wenn man fachlich nicht mithalten kann, dann sollte man nicht versuchen, sich mit Schüssen unter die Gürtellinie zu wehren. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil meine Kollegin mich gebeten beziehungsweise in ihrem Beitrag angekündigt hat, ich würde etwas sagen. Dann will ich das gern tun und die Gelegenheit nutzen, etwas zu dem Antrag der Koalition zu sagen, wie wir uns dazu verhalten.

Den Kern des Antrags sehe ich in dem Punkt drei Ihres Beschlussvorschlags, in dem Sie den Senat bitten, ein Konzept vorzulegen, mit dem dargelegt wird, wie weitere Kompetenzknoten – was immer das gegenüber früheren Kompetenzzentren ist – in Bremen und Bremerhaven gefördert werden, und zwar, so wie ich das hier lese und nach dem, was hier auch diskutiert worden ist, eindeutig in dem, was die Hauptrichtung der Entwicklung in Bremen doch jetzt auch im gemeinsamen Verständnis ist. Ich möchte das ganz umfassend die sanfte Biotechnologie nennen, sowohl die "Blaue" als auch die in anderen Bereichen. Da soll der Senat einen Bericht vorlegen, diese Absicht unterstützen wir.

(A) In dem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass in der Tat der Senat in dieser Frage etliche Zeit verloren hat, so ist es ja in Wirklichkeit,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und dass dieser Antrag, den Sie hier stellen, richtigerweise darauf hinweist, dass da ein bisschen mehr Tempo aufgenommen wird, sonst müssten Sie den Senat nicht auffordern, das zu machen. Das ist ja offensichtlich so!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diesen Hinweis von Ihrer Seite finde ich richtig. Ich will aber durchaus noch einmal auf die Geschichte hinweisen, wie es denn gewesen ist: In der Ampelzeit ist die Grundlage zum ISP gelegt worden, und im ISP ist in der ersten umfassenden Planung, die wir mitberaten und -vertreten haben, im Juni 1993 gesagt worden, wir wollen innerhalb von drei Jahren zwölf Millionen DM für Biotechnologie ausgeben, und zwar in der so definierten sanften Biotechnologie. Das war sehr viel Geld, genauso viel wie in anderen Bereichen, wie Informationstechnologie, Mikrosystemtechnik und so weiter. Das war ein richtig großes Projekt, und wir hatten auch Vorschläge gemacht, was gemacht werden sollte, nämlich naturnahe Verfahren und naturnahe Stoffe.

(B)

Ich sage jetzt noch einmal, warum das nichts geworden ist, weil es ein Problem beschreibt, das wir bis heute nicht gelöst haben, das aber, wie ich finde, gelöst werden muss. Abgesehen von Problemen, die in den Personen an der Universität begründet lagen, über die man ja nicht hinwegspringen kann, war es das Kernproblem, dass die wirklich großen Lebensmittelkonzerne, die wir in Bremen haben, damals nicht dafür zu gewinnen waren, mit den Universitäten und Hochschulen des Landes Bremen zu kooperieren, weil sie ihre Forschungskapazitäten entweder selbst haben oder aber mit anderen großen Universitäten und Einrichtungen im Ausland kooperieren. So hat sich die Lage dargestellt. Die Aufgabe war hier also, neuere Formen zu finden, was die wirklich Großen angeht, ob das Kellogg oder Beck's ist, ob das die Kaffeeproduzenten sind, da sitzen die großen Potentiale, neben denen, was jetzt in Bremerhaven gemacht werden soll.

Dieses Problem, glaube ich, ist bis heute ungelöst. Das hat auch viel mit dem zu tun, was Herr Eckhoff immer unterschwellig sagt. Ich warne Sie wirklich, wenn Sie die großen Lebensmittelproduzenten hier in Bremen kaputtmachen wollen, dann versuchen Sie, sie in Verbindung zu bringen mit genmanipulierten Nahrungsmitteln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD) Also, wenn die Nachricht lautet, Kellogg Bremen bringt als Erster genmanipulierte Cornflakes auf den Markt, dann haben Sie den Standort wirklich nicht nach vorn, sondern in Misskredit gebracht.

(Zurufe von der CDU – Abg. Eckhoff [CDU]: So einen Quatschhat kein Mensch gesagt! Das ist ja unerträglich! Geistig verwirrt!)

Aber warum, Herr Eckhoff, warum? Dann frage ich Sie einmal – nun hören Sie doch einmal zu! –, warum Sie eigentlich, obwohl die Richtung dessen, was richtig ist, was gemacht wird, völlig klar ist, nämlich die sanfte Biotechnologie, in Ihren Reden immer von Gentechnik reden, warum Sie alles daransetzen, sogar in diesen Antrag diese Begriffe überall hineinzubringen, wo es doch im Land Bremen offensichtlich gar nicht darum gehen kann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das frage ich mich! Warum legen Sie denn so viel Gewicht darauf? Das kann doch nur heißen, dass Sie sich das offen halten wollen, dass Sie hier einen Luftballon aufblasen, mit dem Sie sich als modern generieren.

In Wirklichkeit haben Sie ja Recht: Es gibt für diese Sache, für die "Grüne" Gentechnologie, auch für die medizinorientierte, überhaupt keine Basis in Bremen. Das eine ist unvernünftig, und für das andere gibt es keine Basis. In Wirklichkeit geht es um das, was der Kollege Käse und meine Kollegin Mathes richtig dargelegt haben, nämlich die Ansätze von sanfter Biotechnologie, bei der wir in den Jahren 1994 bis 1998 tatsächlich Zeit verloren haben – –.

(Zuruf des Abg. Röwekamp [CDU])

Nein, da haben wir keine Zeit verloren!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Dahaben Sie nichts gemacht!)

Herr Röwekamp, da haben wir unter Ihrer Beteiligung sehr intensiv diskutiert, wie wir Institute nach Bremen bringen, wo wir naturnahe Stoffe und Verfahren machen, in – –.

(Zurufe von der CDU)

Nein, Herr Röwekamp! Wissen Sie, den Chef von Beck's damals und den Chef von Kaffee Hag kann man nicht dazu zwingen, dass man wissenschaftlich kooperiert. Mit denen kann man sich zusammensetzen, mit denen kann man beraten, und wenn man feststellt, dass sie andere Prioritäten haben, muss man das zunächst einmal zur Kenntnis nehmen und

(A) muss neue Wege suchen. Wir sagen Ihnen, dass in dem Suchen neuer Wege da mehrere Jahre verloren worden sind. Die richtigen Mittelabflüsse für Biotechnologie haben erst in den Jahren 1997/1998 angefangen, als die Gensensorik kam, als der BioRegio-Prozess kam und als dann in Bremerhaven über das TTZ diese neuen Initiativen entwickelt wurden.

Dann darf ich Ihnen einmal das zitieren, was mein Kollege Schramm, den Sie dafür ja immer so schelten, Anfang 1997 gesagt hat. Er hat die Forderung gestellt, das TTZ – darum ging es – sollte ein "Kompetenzzentrum Nahrung und Genuss aus dem Meer" aufbauen. Recht hat er gehabt, der Kollege Schramm!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das, was Sie jetzt machen, dabei unterstützen wir Sie. Es darf aber nicht verschwiegen werden, wo die Probleme liegen, wenn wir das wirklich ausbauen wollen, denn den Kern der Lebensmittelindustrie haben wir hier an der Weser, und das Problem, wie wir mit denen in Kooperation kommen, ist nicht gelöst.

Das Zweite ist, dass es wirklich gefährlich ist, ein Unsinn ist, wenn die eine Seite dieses Hauses diesen Prozess damit begleitet, dass sie nebenher immer wieder versucht, die Gentechnik zu streuen und unterzubringen. Lassen Sie das, konzentrieren Sie sich auf das, was richtig ist! Dann können wir auch wieder in eine produktive Auseinandersetzung kommen, dass die Biotechnologie wirklich den Raum innerhalb des ISP einnimmt, der vorgesehen war und den sie für Bremen auch wirklich verdient.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern werden wir, eben weil Sie immer versuchen, noch die Gentechnologie da irgendwie unterzubringen, Ihren Antrag nicht mitmachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist ja toll!)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen eine Beantwortung einer Großen Anfrage unter der Überschrift "Biotechnologie – Chancen für Bremen und Bremerhaven" vorgelegt. Sie stellen jetzt einen Antrag dazu mit der Überschrift "Förderung der Biound Gentechnologie in Bremen und Bremerhaven". Das ist für mich ein interessanter Wandel,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Für uns auch!)

weshalb ich gleich auf die historischen Betrachtungen, die hier vorgenommen wurden – insbesondere von Herrn Dr. Käse –, noch einmal eingehe, weil ich da einige Dinge so nicht im Raum stehen lassen möchte.

Was das Thema Biotechnologie – wenn ich von der Differenzierung jetzt einmal etwas Abstand nehme – angeht, habe ich den Eindruck, besteht hier eine große Einigkeit, dass es für die Standorte Bremen und insbesondere auch Bremerhaven für die weitere wirtschaftliche, wirtschaftsstrukturelle Entwicklung von großer Bedeutung ist und dass hier hohe perspektivische Erwartungen an diesen Bereich geknüpft werden. Da möchte ich deutlich machen, dass wir hier im Bereich Wissenschaft, im Bereich der Wirtschaftsförderung, über Existenzgründungen, mit unterschiedlichsten Instrumenten wie Biotechnologiezentren und so weiter, im Umweltbereich das Thema angewandte Umweltforschung, mit unserem Instrument des Wagniskapitals, Beteiligungen an Unternehmen dieser Art und Ähnliches, etliches unternommen haben.

Deshalb, Herr Dr. Käse, einmal zu Ihren Vorwürfen, für die Sie hier diese Große Anfrage nutzen, um dem Wirtschaftsressort, so habe ich es zumindest empfunden, einmal eben dezent ein paar vor das Schienbein zu treten! Ich glaube, da fehlen Ihnen in der Historie einige Dinge, die Sie da nicht mitbekommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe eben mit Herrn Köttgen gesprochen, wie wir vor zehn, zwölf Jahren mehrere Schlüsseltechnologien definiert und übertragen haben und wie wir in Bremen damit umgehen. Transferzentren war damals die Überschrift. Eines hieß Biotechnologie, und der Sturm der Entrüstung kam uns entgegen, weil jeder behauptete, da werde irgendetwas mit Genen gemacht. Ich sehe die Dinge hier viel profaner, das Herstellen von Bier ist einer der ältesten biotechnologischen Prozesse –

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Nach dem deutschen Reinheitsgebot!)

eben, das ist von besonderer Bedeutung! –, und da wissen Sie, dass wir in unserem Hause da ja in diesem Bereich besonders bewandert sind.

Das war der Anlauf mit dem Professor Hildebrand, das war der Zeitpunkt, als Professor Blohm gerade berufen wurde. Dort haben wir ein Transferzentrum eingerichtet, aus dem, so wie ich es dann habe verfolgen können, eine der interessantesten Gründungen hier in Bremen aus dem universitären Bereich heraus passiert ist. Wir haben mit dem Thema angewandte Umweltforschung Projektmittel angeboten, wobei höchster Wert auf die Vernetzung gelegt

(D)

(A) wurde. Herr Käse, das, was Sie kritisieren, was angeblich nicht passiert ist, war hier oberstes Merkmal!

Dann, da blicke ich wieder zu Herrn Köttgen, haben wir mit der Einrichtung des Technologietransferzentrums an der Hochschule Bremerhaven etwas gemacht, was, denke ich, für eine relativ kleine Hochschule schon eine Besonderheit ist und gerade mit dem Institut für Lebensmitteltechnologie schon etwas Besonderes darstellt. Damals haben wir die Frage sehr intensiv diskutiert, wohin wir denn dieses Institut verlagern, wo wir es denn gründen: im direkten Umfeld der Hochschule oder vielleicht doch im Fischereihafen? Das war eine schwierige Frage, eine schwierige Diskussion, die wir geführt haben. Weil aber der Prozess bereits in Gang gesetzt war, aus dem Fischereihafen ein Zentrum für Lebensmittel zu machen, war die Entscheidung, meine ich, richtig. Wenn wir das jetzt im Nachhinein betrachten, war es eindeutig richtig, dass wir das gemacht haben, und auch hier haben wir eben unter dem Stichwort Transfer immer wieder auf Vernetzung gesetzt. Das Biotechnologietransferzentrum ist nichts anderes als eine Fortentwicklung aus dem BILB heraus, kombiniert mit dem, was in Bremerhaven BRIG, in Bremen BITZ heißt, also ein Existenzgründungszentrum, das ist ein interessanter Ansatz.

Ich bin auch nicht bereit, den Vorwurf, wir hätten unendlich lange daran gearbeitet, entgegenzunehmen. Ich lege Wert darauf, wenn wir Ihnen Vorlagen in die Ausschüsse geben, dass sie auch sorgfältig bearbeitet werden. Dies ist ein besonderes Projekt mit hohen Anforderungen, entsprechend sorgfältig haben wir daran gearbeitet. Das Ergebnis für mich ist allerdings, und das finde ich interessant und wichtig, dass in Bremerhaven dadurch schon eine kleine Hochburg – so ein Stichwort fiel vorhin einmal – im Bereich Biotechnologie bereits entstanden ist und weiterentwickelt werden soll.

(B)

Ich möchte jetzt noch einmal kurz auf den Antrag eingehen! Zu dem, was dort unter Ziffer zwei steht, sage ich deutlich, wir haben nicht für jeden Wirtschaftssektor hier ein eigenes Konzept. Ich betone auch, wir brauchen nicht für jeden Bereich ein eigenes Konzept. Viel wichtiger ist es, dass wir Instrumente haben, die für alle Sektoren greifen können, und dass wir mit dem Bereich Wissenschaftsausbau. mit unseren Transferansätzen, mit Fördermöglichkeiten für Existenzgründer und Ähnlichem Instrumente haben, ich denke, das ist deutlich geworden. Wir werden Ihnen das gewünschte Konzept aber selbstverständlich vorlegen, und wir werden es auch nutzen, um unsere Instrumente entsprechend anzupassen beziehungsweise zu verbessern. – Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte kurz auf zwei vorangegangene Beiträge noch eingehen. Einmal zu Herrn Dr. Käse: Ich kann die Aussage natürlich so nicht stehen lassen, dass wir etwas zugestimmt haben, was wir eigentlich prinzipiell nicht mittragen. Die Aussage war, prinzipiell begrüßen wir das Biotechnologiezentrum! Wir finden, es ist vom Grundansatz richtig, aufzubauen auf dem, was uns die Natur an Potentialen bietet, und dies zu benutzen, um Biotechnologie zu betreiben.

Ich habe aber auch gesagt, dass man erstens integriert in solcher Forschung zum Teil natürlich auch Analytik betreibt, das heißt, dass Nachweise, Gensensorik und so weiter auch einer anderen Bewertung bedürfen. Außerdem habe ich gesagt, dass wir Grüne uns wünschen – da haben wir im Moment natürlich nicht den Einfluss, man muss auch sehen, dass in der Politik der Einfluss sowieso begrenzt ist –, dass dieses Biotechnologiezentrum zum Zentrum für sanfte Biotechnologie wird. Das ist wirklich der Weg der Zukunft.

Da komme ich jetzt zum nächsten Beitrag, von Herrn Röwekamp! Das kann ich so auch nicht stehen lassen, hier immer mit den alten Schablonen irgendwelche Vorwürfe verbreiten, man sei nicht auf der Höhe der Zeit. Ich bin der Ansicht, dass Sie absolut nicht auf der Höhe der Zeit sind! Dieses Verwurschteln von Begriffen hat hier ständig wieder stattgefunden. Sie reden auf der einen Seite von Gentechnik, unterstützen aber eine Biotechnologie, die nichts mit Gentechnik zu tun hat. Ich bin vielleicht froh, dass Sie es nicht mitbekommen, aber im Prinzip ist das der Fakt!

Noch einmal zu der Frage Arbeitsplätze! Fakt ist nämlich auch, dass nur ein ganz geringer Anteil von Arbeitsplätzen in der Biotechnologie im Bereich Gentechnik angesiedelt ist. Man muss in der Tat genau schauen, ob auf diesem Zug, auf den viele in dieser Gesellschaft leider aufgesprungen sind, ohne das hinreichend öffentlich zu diskutieren, aber auch entsprechend zu bewerten, es im Moment so aussieht, dass "normale" biotechnologische Verfahren und Forschungsprojekte, die bei weitem einfach insgesamt gesehen die Mehrzahl bilden, in der Förderungspolitik stiefmütterlich behandelt werden. Das ist hier in Bremen Gott sei Dank nicht der Fall, aber nur, weil Sie es scheinbar nicht mitbekommen haben

Ein zweiter Punkt ist noch einmal die Frage der Entwicklung, weil hier immer wieder auf die USA und andere Länder verwiesen wird! Fakt ist auch, dass in den USA die Entwicklung kippt, die Pro-Gentechnikhaltung in den USA kippt. Ein Beispiel ist der Bereich grüne Gentechnik. Da sind die USA vorgeprescht, sie haben zum Beispiel Soja angebaut, die Hälfte des Sojaanbaus ist mittlerweile gentechnisch verändertes Soja. Sie sind hier zurückgekehrt zu einer anderen Haltung. Da wollen sie genau das

(C)

(A) europäische Modell übernehmen, nämlich die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel. Das ist das, was in den USA diskutiert wird. Das ist auf der Höhe der Zeit und nicht das, was Sie hier andauernd darstellen

Das heißt, dass mehrere Regierungen, die bisher für die Gentechnik waren, mit dem Offensichtlichwerden auch der Risiken, die damit verbunden sind, mittlerweile eine kritische Haltung einnehmen. Ich finde, da könnte Bremen sich auch einmal wieder vorn an die Zeit setzen und das reflektieren. Ich sage, Gott sei Dank ist es auch so, dass hier Bremen nie den falschen Weg gegangen ist, und das wollen wir auch in Zukunft nicht haben! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde einige Sachen richtig stellen, weil Sie, lieber Herr Dr. Kuhn, hier wirklich versuchen, die Geschichte ein bisschen falsch zu interpretieren.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin ein bisschen länger dabei!)

Ja, das ist richtig! Sie sind ein bisschen länger dabei, trotzdem ist es umso schlimmer, dass man Sie daran erinnern muss!

(Beifall bei der CDU)

Deutschland war in Bereichen der Gentechnologie und der Biotechnologie führend zu Beginn und Mitte der achtziger Jahre. Dann war es das gesellschaftliche Klima, das insbesondere unter anderem auch durch die Grünen, aber auch durch die SPD in Deutschland erzeugt wurde, das dafür gesorgt hat, dass die Forscher nach Amerika gegangen sind, weil sie dort bessere Forschungsbedingungen gefunden haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Lieber Herr Dr. Kuhn, Sie wissen doch ganz genau, dass ein gesellschaftliches Klima insgesamt von allen politischen Parteien erzeugt wird und nicht nur von den regierungsverantwortlichen. Es war das Klima in dieser Republik, das dafür gesorgt hat, dass die Leute nach Amerika gegangen sind, dort die Forschungsvorhaben größtenteils realisiert haben, und heutzutage sind in Amerika die Arbeitsplätze entstanden. Wir haben sie nicht in Deutschland, und

dafür haben Sie eine gesellschaftliche Mitverantwortung!

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Dr. Kuhn, was war das für ein Kampf für Bundesminister Rüttgers beziehungsweise für die Bundesregierung, zunächst einmal das Gentechnikgesetz entsprechend zu verändern!

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/ Die Grünen]: Zu Recht!)

Was war es denn für eine Auseinandersetzung mit der Opposition, rot und grün, das auf den Weg zu bringen, weil Sie es nicht wollten! Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann hätten wir bis heute im Bereich der Bio- und Gentechnologie noch überhaupt keine Schritte nach vorn gemacht!

(Beifall bei der CDU)

Deshalb finde ich es schon dreist, sich hier hinzustellen und zu sagen nach dem Motto, es liege in der Verantwortung der alten Bundesregierung, dass in diesem Bereich nichts passiert ist.

Übrigens ist der erste Wettbewerb BioRegio zum Beispiel auch unter der alten Bundesregierung ins Leben gerufen worden, und alle im Bereich der Biotechnologie, die dort aktiv sind, die mehr davon verstehen, als wir alle es vermutlich tun, sagen einem, dass das einer der ganz entscheidenden Auslöser war, damit in der Bundesrepublik etwas passiert. Das war ein Ergebnis der alten Bundesregierung, die das auf den Weg gebracht hat, das jetzt mit Bioprofile durch die neue Bundesregierung die Fortsetzung erfahren hat, lieber Herr Dr. Kuhn.

(Beifall bei der CDU)

Ich will es auch ganz deutlich sagen, natürlich gibt es eine Diskussion über die Gentechnologie. Wir wollen auch überhaupt nicht verhehlen, dass es dort auch ganz erhebliche Risiken gibt, und über diese Risiken muss diskutiert werden.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/ Die Grünen]: Genau das tun wir!)

Nein, Sie diskutieren nur über die Risiken, Frau Dr. Trüpel! Das ist die grüne Politik!

(Beifall bei der CDU)

Sie diskutieren nicht über die Chancen, die sich in diesem Bereich entsprechend ergeben. Gerade heute findet in Berlin ein entsprechender Kongress der Bundes-CDU statt zu dem Thema Ethik und Gen(D)

(A) technologie im einundzwanzigsten Jahrhundert. Wer sich das ansieht, sehr wohl ein ausgewogen besetztes Podium, wo auch entsprechend – –.

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/ Die Grünen])

Lieber Herr Dr. Kuhn, ich finde, wir haben als Politiker – und das ist nun einmal meine Überzeugung – die Aufgaben, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen. Ich finde, dass gerade in Bremen zu viel in den letzten 20 Jahren über Risiken diskutiert wurde und wir deshalb nichts vorangebracht haben. Das will ich politisch verändern. Deshalb habe ich mehr über die Chancen als über die Risiken gesprochen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt aber sehr wohl diese Risiken, und mit diesen haben wir uns als CDU, in diesem Fall der Landesverband, vor einigen Wochen auf einer Veranstaltung beschäftigt. Wir werden sehr wohl auch dazu im Februar einen kleinen Landesparteitag machen, an dem wir unsere Vorstellungen über Chancen und Risiken zu Papier bringen werden. Darüber können wir dann auch gern politisch weiter diskutieren. Ich will nur sagen, dass es aber gerade auch bei der Frage der Bekämpfung schwerer Krankheiten, zum Beispiel auch im Bereich der Krebsbekämpfung, einen Schwerpunkt der Gentechnologie gibt und auch der Erforschung.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht in Bremen!)

(B)

Nein, aber Sie haben hier doch auch permanent gesamtpolitisch entsprechend diskutiert. Auch in Bremen gibt es dazu, wenn ich richtig informiert bin, entsprechende Ansätze. Ich bin sehr gespannt, was denn die Mehrheit der Bevölkerung meint, wenn es mit Hilfe von Gentechnologie gelingt, schwere Krankheiten auch entsprechend zu bekämpfen, vielleicht sogar weitestgehend zu beseitigen, ob dann mehr über die Chance oder mehr über das Risiko diskutiert wird. Dann bin ich auch dafür, mehr über die Chancen zu diskutieren, Herr Dr. Kuhn, trotzdem wollen wir die Risiken gar nicht verhehlen!

Wir werden als Landesverband im Februar dazu ein Papier vorlegen, in dem dies entsprechend ausführlich diskutiert wird. Wir wollen dann auch entsprechend unsere Grundlagen definieren. Wir dürfen aber auch nicht verkennen, dass natürlich überall außerhalb von Deutschland über diese Frage genau diskutiert wird.

Sie haben das zugestanden, in Frankreich, Großbritannien – das sind Staaten der EU – wird es anders diskutiert. In Belgien gibt es schon seit längerem viel freiere Bestimmungen. Zum Beispiel in Lett-

land beteiligt sich die gesamte Nation an einem DNA-Analyseversuch, eine Million Letten, die dort freiwillig mitmachen. Das dürfen wir doch nicht alles verdrängen. Die Welt geht doch auch um uns herum weiter. Deshalb müssen wir auch sehen, wie in anderen Ländern, gerade auch innerhalb der Europäischen Union, entsprechend mit dem Thema umgegangen wird. Wir müssen auch dort zu Lösungen kommen. Da können wir unsere eigenen Positionen jeweils definieren, wir müssen aber auch sehen, wie sie im Gesamtkontext stehen.

Deshalb hoffe ich, dass wir, wenn wir zukünftig in den Debatten – deshalb finde ich auch den Antrag richtig, den wir gemeinsam unterschrieben haben, Herr Dr. Käse – zum einen natürlich über die Chancen sprechen, dass wir aber auch über die Risiken sprechen und die nicht vergessen dürfen.

Die Frage ist nur, was wir in den Mittelpunkt stellen und wo wir unsere persönlichen Schwerpunkte setzen. Das ist, glaube ich, deutlicher geworden, dass wir mehr über die Chancen debattieren wollen, weil wir das, was Sie befürchten, Frau Mathes, dass sich alles nur um Blasen handelt, nicht teilen, sondern dass wir erhebliche Fortschritte zum einen im Bereich der Bekämpfung bestimmter Krankheiten und erhebliche Chancen auch im wirtschaftlichen Sektor sehen und dass eine Region, die sich im Aufholwettbewerb befindet, wie es die Region Bremen/ Bremerhaven nun einmal macht, deshalb mehr über die Chancen nachdenken sollte. Das ist, glaube ich, die Verantwortung, die wir als politisch Verantwortliche tatsächlich tragen. Deshalb müssen wir diese Rahmenbedingungen auch entsprechend schaffen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie, dass ich für die SPD-Fraktion noch ein paar Anmerkungen mache zu dem, was hier in der Debatte vorhin zum Ausdruck gebracht worden ist, und vor allen Dingen zu den Vorwürfen gegenüber meinem Kollegen Herrn Dr. Käse!

Ich finde, Herr Dr. Käse hat sich mit der Thematik, so wie sie auch in der Großen Anfrage formuliert wurde – Gentechnik als Teil der Biotechnik birgt Chancen und Risiken –, sehr sorgfältig beschäftigt.

(Beifall bei der SPD)

Dann zu sagen, hier habe jemand für die vierte Fraktion im Haus gesprochen, Herr Kollege Röwekamp,

(A) das weise ich ausdrücklich zurück! Er hat inhaltlich voll für die SPD-Fraktion seinen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte kein Wort von dem, was er gesagt hat, zurücknehmen. Das ist die Haltung in unserer Fraktion, auch in unserer Partei, wie er sie hier ganz klar gesagt hat. Was war der Schwerpunkt seines Vortrages? Der Schwerpunkt seiner Rede war, die Chancen der Biotechnologie zu nutzen, ganz eindeutig die Chancen zu nutzen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und sie nicht ungelöst oder unbehandelt an Bremen und Bremerhaven vorbeigehen zu lassen. Natürlich muss man bei dem Thema auch über Risiken reden. Wir haben auch bei der Atomenergie in den vergangenen Jahren über Risiken geredet und reden heute noch über Risiken.

Wenn man zu sehr in die USA schaut, Herr Eckhoff, wie Sie das gemacht haben: In den USA sind seit Harrisburg keine Atomkraftwerke mehr gebaut worden, um nur einmal darauf hinzuweisen! Die Regierung in Berlin will aussteigen aus der Atomenergie. Sie hat es versprochen, weil die Risiken einfach zu groß sind. Man muss natürlich auch sehen, welche Risiken mit der Gentechnologie verbunden sind.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Ihr wollt immer nur überall aussteigen!)

Nein, wir wollen nicht aussteigen, wir wollen nach vorn blicken! Ich bin Ihnen ja dankbar, das will ich hier auch ganz deutlich sagen, dass Sie das Thema Biotechnologie massiv aufgegriffen haben, das räume ich einmal ein, weil ich den Eindruck bekommen habe, dass dann erst eine entscheidende Bewegung beim Ressort für Wirtschaft und Häfen entstanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist es richtig, Herr Dr. Färber, dass wir – das war noch zu unserer Alleinregierungszeit – das TTZ gegründet haben mit dem BILB in Bremerhaven. Wenn ich aber daran denke, wie lange wir über die Errichtung des Biotechnologiezentrums in Bremerhaven in Bremen diskutiert und gerungen haben, dann sind das verstrichene Monate und Jahre gewesen, meine Damen und Herren von der CDU!

Ihr Kollege Röwekamp, Frau Berk und ich für die SPD haben im Mai 1999 massiv darauf gedrungen, dass das Thema auf die Tagesordnung der Wirtschaftsförderungsausschüsse kam. Es gab eine Vorlage aus Bremerhaven, in Bremerhaven abgestimmt.

Das Ressort wollte es nicht, das war Ihr Vorgänger, Herr Dr. Färber, der das massiv nicht wollte. Wir haben es dann mit politischem Druck geschafft – das kann man hier gegenüber der Öffentlichkeit und der Opposition sagen –, dass zumindest eine schriftliche Vorlage dann auch die Wirtschaftsförderungsausschüsse erreicht hatte mit der Tendenz, so etwas in Bremerhaven aufzubauen. Jetzt sind fast zwei Jahre verstrichen trotz mehrfacher Erinnerungen in Ausschüssen. Vier Gutachten sind auf Veranlassung des Ressorts über dieses Projekt angefertigt worden, wo wir uns politisch alle einig waren, so etwas voranzutreiben. Das nenne ich nicht schnelle Handlungsweise des Senats, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Zuruf des Abg. K as t e n - d i e k [CDU])

Ja, das hat doch der Senat beschlossen! Ich rede jetzt hier für die SPD-Fraktion und will auch noch einmal deutlich machen, dass der Kollege Dr. Käse da nicht allein im Regen steht, sondern dass wir ihn da voll stützen.

Nun lassen Sie uns den Blick nach vorn richten! Man muss bei der Biotechnologie nicht kleckern, sondern klotzen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und ich finde, das, was wir jetzt mit dem Biotechnologiezentrum in Bremerhaven beschlossen haben, ist neben dem BILB erst ein weiterer Schritt, um das auch in dieser Debatte noch deutlich zu machen. Es hat ja keinen Zweck, dass wir uns über Gen- und Biotechnologie auseinandersetzen und wie der eine und der andere das auslegt. Nein, wir richten den Blick nach vorn, und ich sage, das mit dem Biotechnologiezentrum in Bremerhaven ist noch nicht das Ende der Entwicklung, sondern da müssen wir mehr tun.

Ich fühle mich durch den Gründerpreis bestärkt, den ja die Städtische Sparkasse in Bremerhaven gemeinsam mit der Firma Dieckell herausgegeben hat. Es ist einer der bedeutenden Gründerpreise in der Bundesrepublik Deutschland, mit dem ein Existenzgründer kürzlich gerade aus dem Bereich Biotechnologie mit 100 000 DM den ersten Preis bekommen hat. Er hat in seiner Erwiderungsrede davon gesprochen, dass er nirgendwo so gute Ausgangspositionen für die Biotechnologie in Deutschland sieht wie in Bremerhaven, gerade bei dem Thema sanfte und "Blaue" Biotechnologie. Da finde ich es schon merkwürdig, und da hat auch Herr Dr. Käse aus meiner Sicht Recht, dass, obwohl der Wirtschaftssenator die Schirmherrschaft übernommen hatte, dieser Schirmherr dann nicht da war und Dr. Färber einspringen

(D)

(D)

(A) musste. Das ist in Bremerhaven nicht gut angekommen, meine Damen und Herren!

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das klang auch bei den Reden, die dann gehalten worden sind, an.

Wer es ernst meint, auch in diesen Bereichen mehr zu tun, darf bei einer solch wichtigen Gründerpreisverleihung nicht fehlen. Wenn er da gewesen wäre, hätte er das starke Engagement des Senats oder sein Engagement dort zum Ausdruck bringen können.

(Zuruf der Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD])

Nein, aber es wäre gut gewesen, auch für die große Koalition, meine Damen und Herren!

Also, ich fasse zusammen: Die SPD-Fraktion teilt voll und ganz das, was Herr Dr. Käse hier vorgetragen hat. Wir wollen einen mutigen Schritt nach vorn gehen, aber wir wollen den mutigen Schritt in Richtung sanfter Technologie gehen, und die sanfte Technologie ist für uns die Biotechnologie.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

(B)

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es ausgesprochen gut, dass sich an diesem Thema so etwas wie eine Generaldebatte entwickelt hat. Es geht hier nämlich darum, welche Wissenschaftspolitik in Deutschland gemacht wird, in der Tat geht es darum, lieber Jens Eckhoff, wie man es mit Chancen und Risiken neuer Technologien hält, und es geht nicht zuletzt wirtschaftspolitisch darum, wie schnell und auf der Höhe der Zeit wir für Bremen und Bremerhaven neue Vorhaben anschieben.

Ich möchte erst einmal bei Herrn Töpfer gleich beginnen! Ich finde es absolut richtig, wie er das Problem aufgegriffen hat, und es geht darum, dass wir endlich für Bremen und Bremerhaven, wo wir traditionell einen Schwerpunkt in der Lebensmittelindustrie haben, dies mit neuen Forschungsansätzen zusammenbinden. Am Biotechnologiezentrum in Bremerhaven wird seit Jahren daran gearbeitet. Herr Töpfer hat eben noch einmal belegt, was es für ein Affentheater war, bis es endlich jetzt, Ende 2000, so weit ist, dass diese ungefähr 26 Millionen DM für dieses Biotechnologiezentrum auch zur Verfügung gestellt werden.

Was ist denn passiert, lieber Herr Röwekamp? Ich erinnere mich noch gut, als Sie hier vor ein paar Jahren gestanden haben und den Ocean-Park in glorreichen Tönen gelobt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Teiser [CDU]: Nun reißen Sie doch keine alten Wunden auf! – Heiterkeit bei der CDU)

Oh doch, Herr Teiser!

(Abg. Teiser [CDU]: Nicht in der Vorweihnachtszeit!)

Das hat nämlich etwas miteinander zu tun! Wissen Sie, Herr Teiser, was Sie für eine Politik gemacht haben? Jahrelang durfte keine Kritik an diesem Ocean-Park geleistet werden. Sie haben viele wichtige Jahre damit versäumt, weil Sie sich immer mit den bunten Computerbildchen von Herrn Köllmann aufgehalten haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Eckhoff [CDU]: Nachdem Sie sich schon zehn Jahre mit dem von Chermayeff aufgehalten haben!)

Das Biotechnologiezentrum in Bremerhaven genau mit der wirtschafts- und forschungspolitischen Begründung, die Herr Töpfer eben genannt hat, hätte man früher auf den Weg bringen können. Sie haben diese Zeit versäumt, weil Sie auf den Ocean-Park gesetzt haben!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Völliger Quatsch! So ein Unsinn!)

Jetzt, Herr Röwekamp – Sie sind ja hier immer wirklich einer der Giftspritzenredner aus Bremerhaven,

(Heiterkeit)

Sie waren die ganze Zeit nicht bereit, auch andere Projekte parallel mit Volldampf zu entwickeln –, stehen Sie vor dem Trümmerfeld Ihrer Ocean-Park-Politik, nicht wir! Wir haben von Anfang an gesagt, man muss kleinteiliger denken, man muss wirklich modern sein und Projekte entwickeln, die wirklich zu Bremerhaven passen, und nicht solche gigantomanischen Tourismusprojekte planen. Wir wollten früher als Sie das Biotechnologiezentrum mit dem Schwerpunkt sanfte Biotechnologie auf die Schiene bringen.

Jetzt noch einmal zu der Generaldebatte! Lieber Jens Eckhoff – –.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Sag mal, ihr seid ja so intim! – Heiterkeit)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Ja, ausgesprochen! Er ist ja der Einzige von euch, mit dem es sich lohnt, wirklich zu streiten!

(Heiterkeit – Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Röwekamp [CDU]: Das finden wir auch! – Heiterkeit)

Deswegen stütze ich ihn ja so! Ich hoffe ja, dass er irgendwann noch einmal in Ihrem Laden die politische Mehrheit haben wird, dann wird es ja vielleicht noch einmal richtig interessant.

Jetzt zu Herrn Perschau und der Frage zur Gentechnik! Die CDU-Fraktion hat dankenswerterweise hier vor ein paar Wochen im Marriott-Hotel eine Veranstaltung gemacht, um über die Chancen und Risiken der Gentechnik und auch der Genomanalyse zu diskutieren. Genau das, was Herr Eckhoff heute hier versucht hat, hat Herr Perschau da gemacht. Er hat nämlich die wichtige gesellschaftspolitische Diskussion aus Deutschland in den letzten Jahren missbraucht, um alle, die nicht seiner Meinung sind, als Fortschrittsverhinderer hinzustellen. Genau das, Herr Eckhoff, tun Sie hier heute auch. Sie sind nur leider völlig falsch gewickelt.

Herr Dr. Käse und Herr Töpfer haben deutlich gemacht, dass man sehr wohl an modernsten Forschungsergebnissen interessiert sein kann, dass man aber trotzdem in der Lage sein kann und vor allem auch sein muss, Chancen und Risiken, und zwar beides, sehr solide abzuwägen. Sie sagen zwar einmal so kurz in einem Nebensatz, man muss auch die Risiken sehen, und die verhehlen wir nicht, aber wenn es dann zum Schwur kommt, sind Sie doch ein Fortschrittsfundamentalist. Sie sind doch gar nicht bereit, wirklich abzuwägen, was denn die bessere Forschungspolitik auch für Deutschland und im europäischen und weltweiten Kontext sein kann.

Jetzt schauen wir uns einmal konkrete Punkte an! Die Gentechnik ist deswegen wissenschaftspolitisch, forschungspolitisch so sehr in der Kritik, weil es da um die Eingriffstiefe geht. Die sanfte Biotechnologie, die wir wollen, die wir auch wirtschaftspolitisch wollen, weil Bremen und Bremerhaven da ein richtiges Gewicht haben, geht nicht so in die Tiefe des Zellkerns hinein wie die Gentechnik. Das Risikopotential dieser Technik ist gerade da beheimatet, wo es um die Eingriffstiefe geht.

Genauso, und das ist die gleiche Ebene der Argumentation, wenn es um Risikotechnologie geht, ist es bei der Atomtechnik. Ehrlich gesagt, Herr Eckhoff, ist es doch kein Wunder, dass sich jetzt nach der Regierungskonferenz in Nizza die europäischen Länder verständigt haben, das Atomkraftwerk in Tschechien noch einmal einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Das ist doch richtig so, heißt aber auch – gut, das ist ein Atomkraftwerk mit der Technologie aus der früheren Sowjetunion, und die im Westen sind zum Glück technisch gesehen wohl et-

was besser –, dass wir an dem Risiko, das mit der Atomtechnik verbunden ist, doch gemeinsam nicht vorbeikommen. Wenn man das immer wieder hinstellt, als ob das nur die Verhinderer und Blockierer wären, dann ist man nicht auf der Höhe der Zeit.

Ich will Ihnen einmal sagen, und das haben Sie ja selbst gesagt, diese gesellschaftspolitische Debatte, wie man mit Chancen und Risiken umgeht, hat in der Tat viel mit dem Erfolg der Grünen in der Bundesrepublik zu tun. Darauf bin ich auch verdammt stolz. Anders als Sie habe ich einen Begriff von Moderne, der davon ausgeht, dass sie ungeheure Chancen bietet, aber sie bietet ein großes Risikopotential. Nur wenn die Moderne an dem Punkt selbstreflexiv wird und sich überlegt, welche Technologien man wirklich verantworten kann und welche nicht, und dann bereit ist, über Alternativen nachzudenken, dann wird für mich ein Schuh daraus, dass man versucht, wirklich zukunftsfähig zu sein.

Darum möchte ich noch einmal ganz kurz, es hängt ja alles mit allem zusammen, das Thema Affenforschung ansprechen. Es war die SPD, die Sie dazu gezwungen hat, über Parallelforschung und bildgebende Verfahren nachzudenken. Sie waren auch an dem Punkt wieder rein legitimatorisch, haben auf die Affenforschung und die Forschung von Herrn Professor Dr. Dr. Roth gesetzt. Wenn nicht Frau Emigholz und andere in der Koalition so einen Druck gemacht hätten, dass man über bildgebende Verfahren, über Parallelforschung und auch über parallele Forschungsgelder nachdenkt, dann hätten Sie uns auch das als die einzig mögliche Forschung in diesem Bereich verkauft. Da sind Sie leider affirmativ und legitimatorisch und nicht selbstreflexiv im Sinne einer Moderne, die ihre Chancen auslotet, aber auch wirklich vorsichtig mit den Risiken umgeht. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Trüpel, zunächst habe ich mich gefreut, dass Sie das Wort noch einmal ergriffen haben, weil ich es auch gut finde, wenn jemand – und das spreche ich Ihnen nicht ab – mit wirtschaftspolitischem Sachverstand noch einmal versucht, sich der Debatte um die Biotechnolgie zu nähern und nicht versucht, sich in abstrakten theoretischen wissenschaftlichen Diskussionen zu ergehen, sondern sich damit auseinander setzt, was wir davon eigentlich auch für positive Effekte hier im Land Bremen erfahren können.

Ich wundere mich nur immer, und das ist eigentlich ein Grund dafür zu sagen, wir müssten eigent-

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) lich noch länger mit Herrn Köllmann zusammenarbeiten, wie Sie jede, aber auch wirklich jede Debatte auf den Ocean-Park und Herrn Köllmann zurückführen können.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Dr. Trüpel, dann schauen Sie einmal, von wann diese Zitate sind, wann wir uns das letzte Mal – –.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, eben! Und Sie reden noch 1999, 2000 und wahrscheinlich auch 2005 noch vom Ocean-Park, Frau Dr. Trüpel, weil Sie kein anderes Thema haben, das Sie besetzen können! Das ist das einzige Thema!

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/ Die Grünen]: Ihre Fehler sind das!)

Was Biotechnologie mit Ocean-Park zu tun hat, das sind nun wirklich zwei völlig voneinander getrennte Sachgebiete. Sie versuchen nun wieder, irgendwelchen Honig daraus zu saugen, weil Sie sich im Thema Ocean-Park fit fühlen und sich dem Thema Biotechnologie offensichtlich nicht sachgerecht nähern können.

(B) (Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt keinen inhaltlichen Zusammenhang zwischen der Biotechnologie und dem Ocean-Park.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/ Die Grünen]: Das habe ich auch nicht behauptet!)

Sie haben gesagt, wir hätten unseren Blick jahrelang immer nur auf den Bereich Ocean-Park in Bremerhaven fokussiert und alle anderen Projekte abgeblockt. Wann sind Sie eigentlich das letzte Mal in Bremerhaven gewesen, Frau Dr. Trüpel?

(Beifall bei der CDU)

Wann sind Sie das letzte Mal da gewesen und haben gesehen, was wir im Fischereihafen machen, was wir im Bereich Bohmsiel machen, was wir an Gewerbeerschließungen machen? Wann sind Sie einmal im BILB gewesen, Frau Dr. Trüpel? Wann sind Sie einmal durch das stadtbremische Überseehafengebiet gefahren und haben gesehen, was wir an Kajenverlängerungen, an Hinterlandfläche, was wir auf dem Carl-Schurz-Gelände gemacht haben?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das hat jetzt etwas mit Bremerhaven zu tun! – Abg. Teiser [CDU]: Ja, wo waren Sie denn?)

Wann sind Sie einmal in der Innenstadt gewesen, Frau Dr. Trüpel, und haben sich angesehen, was wir im Tourismusbereich gemacht haben mit dem Schifffahrtsmuseum, mit dem Cityport, mit dem Geeste-Wanderweg, mit dem Magazin für das Morgenstern-Museum? Alles Landesmittel, Frau Dr. Trüpel, und Sie haben immer nur Ihren Scheuklappenblick auf das Ocean-Park-Gelände gerichtet!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben von Bremerhaven keine Ahnung, das will ich Ihnen an dieser Stelle sagen! Das ist jetzt nicht als Giftspritze gemeint, sondern als freundschaftlicher Ratschlag unter Kollegen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU)

Ich lade Sie herzlich ein, sich einmal in Bremerhaven umzuschauen. Ich weiß, Sie können sich jetzt nicht wehren, weil Sie leider keine Redezeit mehr haben, Sie haben schon dreimal geredet. Es tut mir schrecklich Leid,

(Heiterkeit)

aber wir können es ja gern draußen noch einmal miteinander besprechen.

Ich würde mich freuen, Frau Dr. Trüpel, wenn Sie mit solch offenen Augen, wie Sie das Musical betrachten, wie sie den Ocean-Park betrachten, wie Sie den Space-Park betrachten, einmal nach Bremerhaven kommen würden. Ich biete mich gern an, dass Sie mit mir statt Herrn Schramm, der Ihnen vielleicht immer nur die etwas verwinkelten Ecken zeigt,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

in Bremerhaven einmal mit offenen Augen und klarem Blick durch die Stadt fahren und schauen, was die CDU gemeinsam mit der SPD für diese Stadt alles bewegt hat. Ich bin sicher, Sie werden erstaunt sein! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/561 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. Tittmann [DVU])

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/545 auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Meine Damen und Herren, eigentlich war jetzt vorgesehen, in der Tagesordnung mit Tagesordnungspunkt sechs fortzufahren. Ich mache Ihnen aber den Vorschlag, dass wir die Viertelstunde bis zur Mittagspause nutzen und die Tagesordnungspunkte ohne Debatte aufrufen und abstimmen.

Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes

Mitteilung des Senats vom 7. November 2000 (Drucksache 15/516)

1. Lesung

2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes, Drucksachen-Nummer 15/ 516, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, die zweite Lesung durchzuführen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten und zur Änderung anderer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2000 (Drucksache 15/490) 2. Lesung

(D)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer Sitzung am 16. November 2000 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten und zur Änderung anderer Gesetze in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 20 vom 21. November 2000

(Drucksache 15/538)

Wir verbinden hiermit:

(B)

(A) Bericht des Petitionsausschusses Nr. 21 vom 5. Dezember 2000

(Drucksache 15/550)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenpobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds des Rechtsausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

(B)

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl eines Mitglieds des Datenschutzausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau

Auch dieser Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wissenschaft

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(A) Wahl dreier Mitglieder und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Auch diese Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

> (Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bau

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

(B)

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit hätten wir die Tagesordnungspunkte ohne Debatte abgearbeitet. Wir treten dann in die Mittagspause ein und treffen uns um 14.30 Uhr wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 12.52 Uhr)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.32 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich eine Gruppe des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses.

Herzlich willkommen in der Bürgerschaft!

(Beifall)

Erwartungen der deutschen Länder an die Regierungskonferenz von Nizza

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24. Oktober 2000 (Drucksache 15/506)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. November 2000

(Drucksache 15/521)

(Unruhe - Glocke)

Meine Damen und Herren, nur zur Information. die Sitzung hat bereits begonnen! – Vielen Dank!

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, ihm beigeordnet Staatsrat Bettermann.

Der Bürgermeister ist noch nicht im Haus, ich wollte ihn fragen, ob er die Antwort noch einmal schriftlich wiederholen will. Ich nehme an, dass das nicht der Fall ist.

Dann frage ich, ob wir in eine Aussprache eintreten wollen.

Das ist der Fall.

Der erste Redner ist der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer den kürzesten Weg hat, kommt immer zu spät, das war schon zu Schulzeiten so!

> (Abg. Focke [CDU]: Manchmal auch gar nicht!)

Ja, oder manchmal gar nicht, das stimmt!

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident des Staates Luxemburg hat am letzten entscheidenden Abend vor der langen Nacht in Nizza ein bisschen genervt und sarkastisch erklärt, es werde wohl eine Einigung auf niedrigem Niveau geben, aber dann würden alle nach Hause fahren und einen großen Erfolg melden.

Er hat Recht gehabt, der Jean-Claude Juncker, aber diejenigen, wie wir, die zu Hause bleiben durf-

(D)

(A) ten, haben da mehr Freiheit in der Bewertung, und insofern werde ich jetzt in meinem ersten Teil eine Bewertung dieser Ergebnisse der Konferenz von Nizza vornehmen, in dem zweiten Teil mich beziehen auf die Position der deutschen Länder, wie sie in der Vor-Nizza-Zeit formuliert worden ist, und im letzten Teil dann zu dem so genannten Nach-Nizza-Prozess übergehen.

> Meine Damen und Herren, das schönste und zukunftsträchtigste Bild bei der Konferenz von Nizza war für mich das Bild, dass die Regierungschefs der 15 EU-Länder gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs der Beitrittskandidaten zusammengetroffen sind, um die Charta der Grundrechte feierlich zu proklamieren. Das bedeutet, dass das Neue, was die Grundrechtecharta bedeutet, auch von Anfang an mit den beitrittswilligen Ländern gemeinsam gemacht werden soll. Das war ein gutes Signal.

> Ein gutes Signal ist auch gewesen, dass der Rat die Hoffnung ausgesprochen hat, dass einige dieser Länder schon 2004 teilnehmen können an den nächsten Wahlen zum Europaparlament. Diese Signale aus Nizza sind jedenfalls in Warschau, Budapest und in anderen Hauptstädten Mittel- und Osteuropas sehr gut aufgenommen, sehr gut verstanden worden. Die Tür zur Erweiterung der EU nach Mitteleuropa, nach Osteuropa ist ein ganzes Stück weiter aufgestoßen worden, und die Überwindung der Teilung Europas ist in Sicht. Das ist ein Ergebnis von Nizza, das wir Grüne sehr begrüßen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Eine andere Frage ist, ob die Europäische Union mit dieser Konferenz selbst sich fit gemacht hat für die Erweiterung, ob sie handlungsfähig geworden ist, und da gehen die Meinungen schon ziemlich auseinander.

Das Europäische Parlament hat gestern sehr kritisch diskutiert, die Kommission ist sehr zurückhaltend in ihren Äußerungen, und auch die Presse hat sich skeptisch, ja enttäuscht über die Ergebnisse, und ich füge hinzu, vor allen Dingen auch über den Ablauf der Konferenz in Nizza gezeigt. Vor allen Dingen die nationalen Borniertheiten, Besonderheiten, die Kurzsichtigkeiten etlicher Regierungschefs, die schwierigen Verhandlungen um Macht, um Stimmengewichte haben ein schlechtes Bild abgegeben, so dass viele gefragt haben, wo bleibt eigentlich Europa auf dieser Konferenz.

Ich will an dieser Stelle aber ausdrücklich festhalten, dass jedenfalls die deutsche Regierungsdelegation, dass Bundeskanzler Schröder und der Außenminister Fischer zu diesem negativen Bild nicht beigetragen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die SPD ist noch nicht so ganz bei der Sache.

(Abg. Töpfer [SPD]: Was haben Sie denn gesagt? Wiederholen Sie noch einmal!)

Ich habe den Bundeskanzler für seine gute Verhandlungsführung gelobt und dass er ein gutes europäisches Bild abgegeben hat. Bitte schön, Ihr Einsatz!

(Beifall bei der SPD)

Beschlossen worden ist, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ganz knapp die Ergebnisse zusammenfassen in den drei so genannten Übrigbleibseln von Amsterdam: erstens eine nicht gerade radikale Begrenzung der Kommission auf maximal 27 Mitglieder, wobei der jeweils zweite Kommissar der großen Staaten wegfällt, zweitens eine kompliziert aussehende, aber doch sehr sinnvolle Abstufung im Verfahren bei Abstimmungen im Rat, eine so genannte dreifache Mehrheit: Zunächst muss die Mehrheit der Staaten zustimmen, dann müssen 71 Prozent der Stimmen, die die Staaten jeweils haben, also eine Gewichtung ähnlich der im Bundesrat, für eine qualifizierte Mehrheit sein, und außerdem müssen hinter den Stimmen und hinter den Staaten 62 Prozent der Bevölkerung stehen.

Im Klartext, weder die kleinen Staaten, die ja in der Zahl mehr werden, noch die großen Staaten können sich gegenseitig überstimmen, es muss eine Balance zwischen beiden Seiten gefunden werden. Das ist auch der Sinn dieses Gremiums, insofern finde ich die Regelung zwar auf den ersten Blick kompliziert, aber im Grundsatz richtig.

Drittens aber, und das ist jetzt der kritische Punkt, der Übergang von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit, hier ist nur ein kleiner Schritt gemacht worden, wo hier gerade ein sehr großer Schritt am dringendsten notwendig gewesen wäre, um tatsächlich die jetzt bestehenden Vetomöglichkeiten aufzuheben, was einen Fortschritt in vielen Fragen gebracht hätte. Denken Sie an die Steuerfrage, die über Jahre hinweg ohne Ergebnis diskutiert worden ist!

Hier war das Bremserhäuschen leider voll besetzt. Jeder hat großzügig erklärt, jawohl, das Veto muss fallen, aber bitte bloß nicht dort, wo es mir gerade besonders am wichtigsten ist. Da konnte es leider keinen wirklichen Fortschritt geben, da ist tatsächlich die Konferenz von Nizza einem Misserfolg am nächsten gekommen. Gut, man kann sich trösten, die Richtung stimmt noch, nur das Tempo ist sehr, sehr langsam gewesen.

Zur Eingangsfrage, ob die Europäische Union damit fit ist, neue Mitglieder aufzunehmen! Na gut, ich glaube, an den Start gehen kann die Union, wie weit sie dann durchhält, wie lange die Puste reicht,

(A) das muss sich dann tatsächlich nach dieser Regelung erst zeigen.

Zum zweiten Punkt, den Erwartungen der deutschen Länder, die ja auch Gegenstand der Großen Anfrage unserer Fraktion gewesen sind, über die wir heute debattieren! Da fällt auf, dass bei der Reaktion aus den deutschen Bundesländern der Punkt, den ich eben angesprochen habe und der in der kritischen Öffentlichkeit auch am kritischsten angemerkt worden ist, nämlich der Schneckengang bei den Mehrheitsentscheidungen, nun gerade die Zustimmung mancher Länderchefs, vor allen Dingen von Herrn Stoiber, voll und ganz gefunden hat. Aus seiner Sicht ist dies tatsächlich auch kein Misserfolg, sondern ein Erfolg, denn die deutschen Länder hatten sich, wie die Antwort des Senats zeigt, auch in das Bremserhäuschen dazu gedrängt, leider, und ich halte noch einmal fest, auch im direkten Gegensatz zu dem klaren Beschluss der Bürgerschaft vom Dezember letzten Jahres, als wir die Einstimmigkeit sehr eng gefasst haben, nur bezogen auf Fragen von Verfassungsrang und Steuerfragen. Eine Begründung für die Abweichung des Senats von dem eindeutigen Auftrag der Bürgerschaft haben wir übrigens nie bekommen.

Für die Länder haben zwei Dinge eine besondere Rolle gespielt, erstens die so genannte Daseinsvorsorge und die Kompetenzverteilung. Die Länder wollten, dass die Kommission im Grunde die Hände von allen Fragen der so genannten Daseinsvorsorge lassen sollte, das wollten sie auch in den Vertrag hineinbekommen. Das haben die Länder, hat die Bundesrepublik Deutschland nicht bekommen, und ich glaube, das werden sie auch nicht bekommen, denn die Kommission hat in einer sehr guten und ausführlichen Mitteilung inzwischen ja präzisiert und ist den Ländern auch insoweit entgegengekommen, welche Rechte dabei die Mitgliedstaaten haben, aber welche Kontrollrechte gleichzeitig die Kommission behalten muss, damit der faire Wettbewerb durch solche Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht gefährdet und nicht berührt ist. Das ist sehr ausgewogen und differenziert, und der Rat hat dies auch ausdrücklich in Nizza so festgestellt.

Wenn man genau hinsieht: Dem Fundamentalismus der Länder läuft die Wirklichkeit ja längst davon. Während der Senat die gegenwärtige Struktur von Landesbank und Sparkassen bis auf zwei Stellen hinter dem Komma noch verteidigt, hat die West-LB, also die führende Bank in dieser Beziehung, kürzlich angekündigt, sich teilen zu wollen in einen öffentlich-rechtlichen und in einen privaten Teil, der ganz normal zu behandeln ist, und der Sprecher der Sparkassen kündigt selbst den Abschied von der Vergangenheit an mit dem Satz: "Wir sind aus eigener Kraft stark am Markt, wir haben nicht, und wir brauchen keine Wettbewerbsvorteile." Na bitte, genau das ist auch das, was wir gesagt haben!

Ich schlage vor, das richtet sich auch an den Senat, Herr Dr. Scherf, wir sollten diese Fragen in Zukunft Punkt für Punkt behandeln, sachlich für jede einzelne Frage, die dort zur Debatte steht, und nicht mehr als die Frage von Sein oder Nichtsein für die Länder, denn das glaubt Ihnen in Europa, auch das hat der Gipfel gezeigt, nun wirklich niemand mehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der dritte Punkt ist nun tatsächlich ein klarer Erfolg der deutschen Länder und auch der Bundesregierung in Nizza, den auch wir von Anfang an gewollt haben, den wir deswegen auch begrüßen, nämlich die Vereinbarung, dass 2004 eine weitere Regierungskonferenz stattfindet, auf der über die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta geredet wird, aber auch über die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen europäischen Gremien und Europa, den Ebenen Nationen und Regionen.

Nur, meine Damen und Herren, die Einhelligkeit der Länderposition wird nicht lange vorhalten. Das sieht man auch schon an der Antwort des Senats, wo auf die Frage, welche Position denn die Länder gemeinsam haben, wie das denn abgegrenzt werden soll, komplette Fehlanzeige ist. Das ist auch klar. Es wird eine Diskussion geben, die wird sehr spannend werden, die wird sehr offen werden, die einen wollen eine Konzentration, die wollen die Kompetenzen einschränken, beschränken, allen voran Herr Stoiber, da gibt es andere, die wollen damit einen Verfassungsprozess in Gang bringen, Dritte, die die Integration kräftig voranbringen wollen, wie die Kommission und das Europaparlament, also, wir werden wirklich eine große Debatte führen, und wir werden uns sicherlich daran beteiligen.

Ich möchte aber hier an dieser Stelle auch den Präsidenten des Senats heute schon auffordern, diese Diskussion nicht wie die vergangene schon von Anfang an mit Vetopositionen des Alles oder Nichts zu belasten und auch nicht, wie das Bayern jetzt schon gemacht hat, zu sagen, das muss geklärt sein, bevor der nächste Beitritt kommt, nein, diesen Fahrplan hat Nizza ausdrücklich abgelehnt. Wir wollen möglichst schon für 2004, dass neue Mitglieder dabei sind, und wir wollen im Laufe des Jahres 2004 diese neue Regierungskonferenz haben. Also bitte kein Veto und kein Junktim in dieser Frage!

Zunächst komme ich einmal zum Schluss! Ich habe wahrgenommen, dass kein Gipfel bisher so intensiv, sowohl öffentlich als vor allen Dingen auch in den politischen Gremien, auch in dieser Bürgerschaft, diskutiert worden ist, ob das die Kompetenzfrage ist, die Daseinsvorsorge, bis hin zur Charta der Grundrechte. Das finde ich eine ausgezeichnete Entwicklung, das sollten wir beibehalten. Streit kann da nicht schaden, sondern Streit wird gerade in den nächsten Jahren notwendig sein, damit wir in der schwierigen Phase des Ganges von der ökonomi-

(C)

(A) schen hin zur politischen Union einen weiteren Schrittvorankommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumeyer.

Abg. Neumeyer (CDU) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Regierungskonferenz von Nizza hatte den Auftrag, entscheidende Weichenstellungen für die zukünftige Gestaltung in Europa vorzunehmen. Die Erweiterung der Europäischen Union um die beitritts- und reformwilligen Staaten in Ost- und Südosteuropa ist die Chance zur endgültigen Überwindung der Teilung unseres Kontinents. Deutschland wird mit der Osterweiterung in die geographische, aber auch in die politische Mitte der Europäischen Union rücken. Die Zeit für diese Zusammenführung Ost- und Westeuropas ist historisch gesehen günstig und bislang einmalig.

Haben nun die Staats- und Regierungschefs in Nizza die Zeichen der Zeit erkannt und als Chance angenommen, oder haben sie mit einer Addition nationalstaatlicher Egoismen ihren Auftrag zur Gestaltung einer Vision des zukünftigen Hauses Europa nicht entsprechend wahrgenommen? Die Ergebnisse des Gipfels sind, das ist durchgängige Meinung, eher als dürftig zu werten. Die notwendigen Voraussetzungen für die Erweiterung der Union sind mit den Beratungsergebnissen nicht ausreichend gegeben. Bestenfalls kann festgestellt werden, dass eine Osterweiterung mit diesem Gipfel weiter möglich ist. Befördert hat der Gipfel das Ziel nur sehr eingeschränkt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wer mit dem Ergebnis zufrieden ist, dass es überhaupt noch die Möglichkeit der Erweiterung geben kann, der kann es mit Bundeskanzler Schröder halten und eine positive Bilanz ziehen. Wir hier in der Bremischen Bürgerschaft befinden uns aber nicht auf dem diplomatischen Parkett und können es uns durchaus erlauben, hier eine ernsthafte Betrachtung der Ergebnisse vorzunehmen. Da muss man eben feststellen, dass die Bilanz negativ ist.

(Beifall bei der CDU)

Einzige Ausnahme ist die Annahme der hier bereits, wie Herr Dr. Kuhn angesprochen hat, sehr intensiv diskutierten Grundrechtecharta, die dort behandelt wurde. Ansonsten ist Nizza nicht mehr als ein Minimalkonsens. Die Entscheidungen werden zukünftig noch intransparenter. Die Kompetenzen

des Europäischen Parlaments wurden nicht etwa gestärkt, sondern im Gegenteil, bestehende Kompetenzen wurden sogar zurückgenommen. Die Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union, den Nationalstaaten und den Bundesländern ist in eine Regelungsebene bezogen auf das Jahr 2004 vertagt. Der deutsche Einfluss ist in Wirklichkeit, wenn man es an den Fakten misst, zurückgegangen. 23 Millionen Menschen, die hier in Deutschland leben, mehr als in Frankreich sind nicht eine Stimme mehr im Ministerrat wert, während hingegen fünf Millionen Menschen in den Niederlanden gegenüber den Belgiern selbstverständlich eine Stimme mehr wert sind. Ist das ein Durchsetzen deutscher Interessen? Ich glaube, eher nicht!

Eine abschließende Begrenzung der Anzahl der Kommissare, so wie wir das ja auch einvernehmlich im Parlament gefordert haben, ist nicht gelungen. Es ist allerdings klar, dass Deutschland in Zukunft nur noch einen Kommissar haben wird. Deutschland ist aus diesem Gipfel aus meiner Sicht als moralischer Sieger hervorgegangen. Gemessen an den Ergebnissen haben sich allerdings die Blockierer durchgesetzt. Ob sie aus Frankreich oder Spanien kommen, sie haben im Grunde genommen das Tempo dieses Gipfels bestimmt und letztendlich auch den zementierten Handlungsrahmen vorgegeben.

Das Ergebnis ist leider auch, dass die über mehr als vier Jahrzehnte entwickelte Motorenfunktion der Staaten Deutschland und Frankreich mittlerweile einen Kolbenfresser hat. Es bleibt zu hoffen, dass hier kein irreparabler Motorschaden entstanden ist und dass Deutschland und Frankreich wieder ihre gemeinsame Rolle wahrnehmen und den Motor in Europa wieder in Gang bringen.

(Beifall bei der CDU)

Die Annahme der Grundrechtecharta ist ausdrücklich zu begrüßen. Hierin liegt ein wichtiger Schritt, zu einem Europa der Bürger zu gelangen. Die Charta wird helfen, die Rechtsstellung der EU-Bürger und die Kontrolle über die europäische Hoheitsgewalt zu verbessern. Die Entwicklung der Grundrechtecharta und auch ihre Debatte zeigen deutlich, dass geschicktes Handeln sehr wohl nationalstaatliche Egoismen in den Hintergrund drängen kann. Zudem zeigt es sich, dass im Konvent das gemeinsame Interesse der Europäer, anders als jetzt beim Gipfel in Nizza bei den Staats- und Regierungschef nie aus dem Blick verloren wurde. Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst von Altbundespräsident Roman Herzog.

Meine Damen, meine Herren, die Frage der Stimmengewichtung hatte ich bereits angesprochen, aber Herr Dr. Kuhn hat auch zu Recht darauf hingewiesen, aus deutscher Sicht ist das zusätzliche Quorum, dass es auch eine repräsentative Mehrheit der EU-Bürger geben soll, natürlich von Vorteil, um die In-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) teressen wahrzunehmen. Es macht allerdings insgesamt die Entscheidungsfindung noch komplizierter, es erhöht die Chance, Blockaden einzuziehen, und letztendlich ist es für die Menschen noch weniger transparent, wer eigentlich wann, wo und weshalb welche Entscheidungen trifft oder möglicherweise auch verhindert.

Im Europaparlament spiegelt sich nach den Entscheidungen von Nizza zukünftig die Bevölkerungsgröße wider, so dass Deutschland mit sehr viel mehr Abgeordneten vertreten sein wird, 99 an der Zahl. Das ist aus deutscher Sicht selbstverständlich zu begrüßen. Schade, muss man einschränkend hinzufügen, dass der Gipfel dabei sein selbstgestecktes Ziel, nämlich die absolute Anzahl von Europaabgeordneten nicht zu steigern, nicht einhalten konnte.

Es ist also einerseits zu begrüßen, man muss allerdings auch hier wieder Wasser in den Wein gießen, wenn man denn feststellt, dass andererseits die Kompetenzen des Europäischen Parlaments, ich erwähnte es bereits, nicht ausgebaut wurden, so wie wir uns das hier wünschen. Also, die Mitgestaltungsund -bestimmungsmöglichkeiten des Parlaments, wie wir sie hier auch in unserem Parlament für das Europäische Parlament immer wieder eingefordert haben, finden nicht statt. Im Gegenteil, wichtige Kompetenzbereiche, wie etwa die Strukturpolitik, die auch für unser Bundesland immer wieder ein wichtiges Kernthema im Zusammenhang mit Europa ist, sind aus der Mitbestimmung des Europäischen Parlaments herausgenommen worden mit der Konsequenz, dass heute rund 80 Prozent des Haushaltes der Europäischen Union in Zukunft nicht mehr vom Parlament zu begleiten sind! Dies kann sicherlich nicht als ein Akt von Demokratisierung bewertet werden.

Sehr negativ ist zu bewerten, dass es zu keinem ernsthaften Durchbruch bei der Rückführung des Einstimmigkeitsprinzips, so wie wir das hier auch wieder sehr einvernehmlich gefordert haben, in Nizza gekommen ist. Aus meiner Sicht ist dies sogar das gewichtigste Manko der Konferenz, da hiermit der Aufnahmefähigkeit gegenüber weiteren Partnern natürlich Grenzen gesetzt wurden. Deswegen muss eigentlich die zentrale Forderung an den nächsten Gipfel im Jahr 2004 sein, dass analog zu der Aufnahme weiterer EU-Staaten das Einstimmigkeitsprinzip konsequent zurückzuführen ist. Nach meinem Eindruck sind heute die meisten beitrittswilligen Staaten sehr viel besser auf ein gemeinsames Leben in der Europäischen Union vorbereitet, als es die Union selbst ist.

Der Gipfel hat hier nur Schlimmeres verhindert. Ich erinnere an den Vorstoß aus Spanien, dass Polen beispielsweise bei der Stimmengewichtung anders zu behandeln sein sollte. Das hätte sehr schnell dazu geführt, dass wir zu einer ersten und einer

zweiten Kategorie von Mitgliedsstaaten gekommen wären. Das würde dem, wie ich finde, positiven Druck, zur Europäischen Union zu kommen, um eben damit auch die Friedensgestaltungsfunktion für Gesamteuropa anzunehmen, entsprechend einen deutlichen Dämpfer verpassen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Die für den nächsten Gipfel in Aussicht gestellte Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten einschließlich der Region zeigt, dass die Forderungen der deutschen Bundesländer ihre Berechtigung haben. Insofern kann Nizza diesbezüglich als Teilerfolg gewertet werden. Wir haben uns in diesem Haus ebenfalls mehrfach mit diesem Thema befasst. Aus bremischer Sicht ist die klare Kompetenzabgrenzung zwischen den Ebenen und die Kompetenzbegrenzung der europäischen Administration eines der wichtigsten Gestaltungsthemen spätestens für das Jahr 2004.

Meine Damen und Herren, wie kann die Europäische Union mit zukünftig bis zu 30 Mitgliedsstaaten, mit 500 Millionen Einwohnern, mit einer enorm wachsenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Heterogenität überhaupt funktionieren? Wie muss die Demokratie in Europa organisiert werden, damit die Europäische Union eben nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gestaltet wird? Die Antwort auf diese Fragen lautet: Wir brauchen ein starkes, handlungsfähiges Europa der Nationen und Regionen, das sich auf Eigenverantwortlichkeit, Vielfalt und Wettbewerb stützt und auf einem gemeinsamen Wertefundament aufbaut. Der Schlüssel dazu liegt zuallererst in einer klaren Verteilung der Aufgaben zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten.

Die Kompetenzen Europas müssen präzise und transparent definiert sein. Wer die Fortsetzung des europäischen Friedens- und Wohlstandsprojektes in ganz Europa wirklich will, muss für eine Aufgabenverteilung nach dem Subsidiaritätsprinzip eintreten. Dies ist die einzige Antwort auf die Frage, wie Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union gleichzeitig realisiert werden können.

(Beifall bei der CDU)

Der EU-Gipfel in Nizza hat uns in diesem Sinne nicht voran gebracht, nun gilt es allerdings auch nicht, in Larmoyanz auf Nizza zurückzublicken, sondern neu durchzustarten, damit der Zeitplan bis zum Jahr 2004 für die Osterweiterung noch erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Kahrs.

(D)

(A) Abg. Frau **Kahrs** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als dieser denkwürdige Gipfel am Montag frühmorgens nach unglaublich schwierigen und langwierigen viertägigen Verhandlungen zu Ende ging, haben die einen, die Ministerpräsidenten, die Ergebnisse als einen großen Erfolg herausgestellt, die anderen, die Europaparlamentarier wie Herr Prodi, haben kritisiert, dass nicht genügend Kompetenzverstärkung für das Europaparlament erzielt worden sei, und die Kommentatoren und die öffentliche Meinung teilen unterschiedlich diese beiden Einschätzungen.

Ich glaube, wer erwartet hat, dass aus diesem Gipfel heraus die Vision, die hier und da im Vorfeld angeklungen ist, sich schon verwirklichen werde, hat die Realitäten falsch eingeschätzt. Man kann nicht eine Vision, ein ferneres Ziel eines vereinten europäischen Staatenbundes umsetzen und festen Grund, den wir alle kennen, wo die Nationen ihre eingespielten Verantwortlichkeiten haben, zugunsten von etwas Neuem aufgeben, das ohne Zweifel Faszination hat, das aber keineswegs eingespielt, verankert oder gewöhnt ist, das die Menschen nicht kennen und dem sie auch noch nicht so recht trauen. Deshalb ist meine Einschätzung die, dass hier mindestens doch etwas sehr Pragmatisches gelungen ist, nämlich kleine Schritte nach vorn hin auf dieses Ziel und diese Vision. Wenn der Fortschritt eine Schnecke ist, dann mag das schneckenmäßig gewesen sein.

Ich glaube, es ist insgesamt ein gutes Ergebnis, nicht, wie die einen gesagt haben, so etwas wie Salade Nicoise, diese schöne Vorspeise, die von allem etwas hat, wohlschmeckend, aber nicht wirklich nahrhaft. Die anderen haben gesagt, Europa ist doch mehr als ein Rechenexempel, mehr als Mathematik, hier ist ja nur nach Mehrheiten und nach Interessen ausgezählt worden. Nein, ich glaube, die Vision war vorhanden, und trotzdem hat man pragmatisch die richtigen Schritte, die kleinen Schritte, voreinander gesetzt.

(B)

Deshalb ist es auch folgerichtig, das ist vielleicht auch ein Erfolg der deutschen Delegation, des Bundeskanzlers, dass man feste Verabredungen für das Jahr 2004 getroffen hat. Dann hat man vier Jahre Zeit, und in dieser Zeit soll ja ein sehr intensiver Dialog mit allen Beteiligten und insbesondere mit den Menschen in den Ländern geführt werden. Die Verabredung, dass im Jahr 2004 dann beispielsweise die EU-Charta Teil einer Verfassung sein soll und dass wir dann wissen möchten, wie die Kompetenzen wirklich verteilt sind, ist doch notwendig und richtig, dass wir wissen, welche Rolle die nationalen Parlamente und das EU-Parlament haben, dass wir wissen, wie die Verantwortlichkeiten wirklich gestrickt sind in all den Lebens- und Überlebensfragen, die uns hier betreffen.

Keine Rolle hat gespielt, das wird in einem Kommentar kritisch angemerkt, dass überhaupt nicht über die Europäische Zentralbank gesprochen wurde. Die Währungsunion, die ja ein Beispiel dafür ist, dass es auch innerhalb der 15 unterschiedlich starke Zusammenarbeit gegeben hat, also Flexibilitäten, die auch ausgeweitet werden sollen, diese Währungsunion wird ja, wenn ab 2004 die ersten Beitrittskandidaten hinzukommen können, einer möglicherweise weiteren Belastung ausgesetzt. Auch wenn Stabilitätskriterien zu erfüllen sind und wenn wie bisher nach den jetzigen institutionellen Vorstellungen mit Wim Duisenberg an der Spitze und um ihn herum ein kleines gewähltes Fachgremium ist, ist es so, dass jedes Land in der Europäischen Zentralbank einen Vertreter hat, könnte möglicherweise die Gefahr entstehen, dass nach Interessengruppen von Ländergruppen europäische Währungs- und Stabilitätspolitik veranstaltet würde. Hier müsste wahrscheinlich bis 2004 auch noch einmal dieses wichtige Gremium EZB in den Blick genommen werden. Die EZB hat nicht einmal, wie ich höre, am Verhandlungstisch in Nizza gesessen, und darüber, denke ich, muss man auch noch einmal nachdenken.

Ich finde es sehr gut, dass hier nicht so die Sprachregelung gewählt worden ist, wir wollen einen inneren Kern bilden, und darum herum gibt es Satelliten, die dann möglicherweise mit minderen Rechten ausgestattet sind, sondern man hat gesagt, alle Länder sind gleichberechtigt nach ihrer Größe, nach ihren Bevölkerungsmehrheiten, und sie können sich alle frei entscheiden, mit wem sie besondere Projekte kooperativ gestalten wollen wie schon jetzt in der Währungsunion und auch in einigen anderen Fragen. Das soll verstärkt werden, das ist gut, weil es nämlich den Einigungsfortschritt fördert, wenn auf diese Weise zusätzliche integrative Vorhaben auch in Ländergruppen gestaltet werden können.

Ich finde es ausgezeichnet, dass das, was schon vorgedacht war, man hat ja für die Kandidatenländer auch schon ihre Gewichtung praktisch beschlossen, dass man den Polen entsprechend ihrer Größe gleich viele Mitglieder zugebilligt hat wie den Spaniern, nämlich 27, und nicht, wie zunächst angedacht worden ist, weniger. Das wäre ein Fauxpas gewesen, wie er vorbereitet worden ist durch das Vorsitzland Frankreich. Das wäre nicht wieder gut zu machen gewesen, und ich glaube, dass das aufgedeckt worden ist, ist auch ein großer Erfolg und spricht auch für die Offenheit und Ehrlichkeit, dass alle wirklich bereit sind, die Beitrittskandidaten, wenn sie denn auf dem Weg der Erfüllung der Vertragsziele sind, zu akzeptieren und mit in das gemeinsame Europa hineinzunehmen.

Es ist schon darüber gesprochen worden, dass das Veto-Prinzip in bestimmten Fragen nicht aufgegeben wurde. Daran wird gearbeitet werden müssen. Ich halte es auch für nachvollziehbar, dass sich je-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) des Land nach eigenen Interessen auch noch bestimmte Türchen offen lässt, bis man wirklich weiß, wohin die Reise geht. Das gehört dann am Ende auch zum Pragmatismus dazu. Insgesamt halte ich es für richtig, dass man, wenn man schon nicht das Europaparlament gestärkt hat, den Präsidenten gestärkt hat, indem man dem Präsidenten die Richtlinienkompetenz zugebilligt hat. Man sagt Lex Prodi, er hat, wie er das ja auch schon praktiziert hat, die Möglichkeit, mehrheitlich Kommissare abzuberufen. Damit wird deutlich, dass dies nicht einfach eine Summe von Nationalveranstaltungen ist, sondern dass hier auch sehr wohl gestaltende Elemente gesehen werden

Sehr hilfreich war für diese Konferenz in Nizza, dass die Kommission im Vorfeld deutlich gemacht hat, dass sie keineswegs beabsichtigt, wie ein zentraler Moloch nun in alle nationalen Besonderheiten hineinzuregieren, dass nämlich klar gemacht worden ist, dass es natürlich den einzelnen Ländern weiterhin überlassen bleibt, wie sie ihre Sozialpolitik ausgestalten wollen. Nicht jedes Ding hat nun europaweite Auswirkungen. Man wird hier mit Augenmaß schauen, und wenn dies bis 2004 auch noch präzisiert ist, können, glaube ich, alle gelassen dem Prozess beitreten. Wir können dann auch gemeinsam die Vorzüge, die vielfach beschrieben sind, die in einem geeinigten Europa liegen, herausstellen und auch als Wertegemeinschaft Standards in der Welt setzen, die dann auch über Europa hinaus ausstrahlen können, nicht nur als Wirtschaftsregion, sondern auch als eine Region, die gemeinsamen Zielen verpflichtet ist und eine Verantwortung in der Welt übernimmt für Regionen, die auch noch ein Stückchen Unterstützung und Entwicklung brauchen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme ausdrücklich dem Satz von Herrn Neumever zu, dass man dieses Ergebnis nicht mit einer gewissen Larmoyanz noch niedriger hängen soll, als es sowieso schon hängt, sondern man muss damit umgehen. Ich höre aus allen drei Reden, die Sie gehalten haben, heraus, dass Sie nüchtern damit umgehen, dass Sie nun nicht durch Euphorie bedingt eine riesige Enttäuschung durch den langsam gewordenen Entwicklungsprozess in Europa entfalten, sondern sagen, immerhin, es war schwer, aber sie haben es in die richtige Richtung entwickelt. Ich finde, genau wie Sie alle drei, dass die Sache mit der Mehrstimmigkeit nicht optimal gelaufen ist, aber das ist ein Einstieg. Das Thema ist auf der Tagesordnung geblieben. Das wird nicht für die nächsten 25 bis 30 Jahre so bleiben,

sondern wir werden das immer wieder aufrufen auf der europäischen Ebene.

Ich würde gern etwas zu Herrn Kuhn sagen, weil wir beide uns immer fröhlich zanken. Die erste Einschätzung teile ich mit Ihnen. Bei der Rolle der Länder habe ich eben sehr genau hingehört. Sie haben früher nicht so freundlich argumentiert und das begleitet wie jetzt im Ergebnis. Die Länder haben sich, das sagen auch alle, die dabei waren, auch der Ihnen nahe stehende Außenminister, mit der Forderung nach einer Fortsetzung der Regierungskonferenz durchgesetzt. Zunächst klang diese Forderung ganz schrill. Die eine Regierungskonferenz war noch nicht zu Ende, und schon wurde die nächste gefordert. Die Kommission wollte aus dem Regierungskonferenzgequäle heraus, weil sie da keine aktive Rolle hat oder mehr zuhören muss.

Es ist schon richtig, dass die Länder in der Vorbereitung und eben immer eng mit der Bundesregierung und der Verhandlungsdelegation verbunden diese Forderung nach einer weiteren Regierungskonferenz hochgehalten haben, und ich freue mich, dass das gelungen ist. Das ist nicht nur Edmund Stoiber, der sich freut, sondern wir alle. Wir haben den Eindruck, dass wir alle an diesem Punkt Europa ein Stück in die richtige Richtung entwickelt haben. Es ist noch nicht unter Dach und Fach, aber die Tatsache, dass sich die Länderchefs auf eine weitere Regierungskonferenz eingelassen haben, die möglicherweise, wenn es gelingt, eine europäische Verfassung schaffen wird, ist doch eigentlich die richtige Richtung.

Dass wir uns mit der Bundesregierung einig sind, dass dabei die Kompetenzfrage im Vordergrund steht, ist auch eine Klärung. Dass die anderen Länder, die eben nicht über eine vergleichbare föderale Erfahrung verfügen wie die Bundesdeutschen, das angenommen und in diese nächste Konferenz hineingezogen haben, ist gut. Es ist auch für die neuen Länder, die Beitrittsländer, keine weitere Hürde, über die sie nun weg müssen, sondern ein Stück Einladung zum Mitarbeiten an der zukünftigen Konstruktion und Struktur Europas.

Wohin ich in diesen ganzen Monaten höre, wächst die Zustimmung zu föderalen Strukturen in Europa. Jetzt am Sonntag war hier eine große französische Delegation mit dem Stadtentwicklungsminister der französischen Regierung, die sich Bremen anschauen, ob sie nicht ein paar Projekte übernehmen können. Er hat mir detailliert erklärt, dass sie in der Auseinandersetzung in Frankreich um Korsika und um die Autonomie in Korsika natürlich einen Schritt auf Europa machen. Sie lernen in diesem zentralistischen Frankreich, und das ist da ja nicht einfach. Der Rücktritt von Chevenement ist symptomatisch. Da gibt es auf der linken wie auf der rechten Seite scharfe Kritiker, aber es geht in die Richtung, dass dieses föderale Beispiel der Bundesrepublik ein friedenstiftendes Beispiel für Europa ist und dass es

(D)

(A) natürlich von anderen Ländern genauso konstruktiv aufgenommen werden kann.

Wenn sogar die Franzosen anfangen, wird verständlich, dass auch die Spanier und die Italiener und die Österreicher das gleiche Interesse haben. Die Briten müssen das ebenfalls haben, weil sie sonst die Schotten, die Waliser und die Nordiren doch nur so vorsichtig differenziert im Lande halten können. Ich glaube, wir 16 sind da an der richtigen Ecke konsequent gewesen, und ich finde das Ergebnis in diesem Punkt richtig erfreulich.

Dass Hermann Kuhn das nun in den öffentlichen Kommentaren gar nicht breit ausgeführte Thema der Weiterbehandlung der Daseinsvorsorge hier thematisiert, auch da, verehrter Kollege, ist es nicht etwa so, dass uns die Sache aus der Hand gerutscht ist und dass das Beispiel der West LB ein Beleg dafür ist, dass sich das sowieso alles nicht gelohnt hat. Nein, Sie sind da auf dem falschen Dampfer, sage ich noch einmal freundschaftlich. Wir sind, auch was die Landesbanken, insbesondere was die Sparkassen angeht, in einer Weise verabredet und entschlossen, dass niemand, auch nicht Hermann Kuhn von den Grünen, uns Länder davon abbringt, dass wir einen Schutz brauchen, ich sage das noch einmal ganz klar, um regionale Strukturen vor zentralistischen Gleichmachereien zu schützen.

Wenn Sie begleiten und verfolgen, was in der bundesdeutschen Öffentlichkeit über die Fläche und die Versorgung in der Fläche zum Beispiel mit Sparkasse und mit Filialen der privaten Banken und anderer passiert, dann müssen Ihnen doch helle Lichter aufgehen, dass, wenn wir da nicht aufpassen, ein Stück bundesrepublikanischer Dienstleistungsstruktur abgeräumt wird. Das kann nicht unser Interesse sein.

(B)

Wir Bremer halten das übrigens länger aus als die Flächenländer. Die haben da viel dramatischere Probleme. Aber natürlich gehören wir an deren Seite. Das ist nicht nur mit Landesbanken und Sparkassen so, sondern das geht ja bei den Öffentlich-Rechtlichen weiter. Da muss doch Ihr Herz schlagen, lieber Hermann Kuhn, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten auf dem Index des Wettbewerbskommissars sind! Genauso geht es weiter bis zu den Opern. Haben Sie das schon einmal gehört? Der Wettbewerbskommissar in Brüssel meint, es sei ein beihilfefähiger und genehmigungswürdiger Zustand, dass wir unsere Opern subventionieren. Er hat offenbar die Phantasie, dass wir das alles privatwirtschaftlich machen.

Lieber Hermann Kuhn von den Grünen, das kann doch nicht in Ihrem Sinn sein, dass wir uns dagegen nicht wehren, sondern da müssen wir, ich finde zu Recht, nicht nur in den Länderkabinetten, das stimmt, sondern da müssen wir breit, über die Landesparlamente und auch über die Öffentlichkeit, uns couragiert vor die bundesrepublikanische Struktur

und Gesellschaft stellen und nicht einfach sagen, da kommt der nächste Fundi, egal ob im Gewand von Chicagoboys oder im grünen Gewand von Hermann Kuhn!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir stehen auch ein Stück davor, dass wir eine schrittweise, schön differenzierte und die Identität nicht verlierende weitere europäische Stärkung und Entwicklung haben. Aber das Heil, lieber Kollege, ich sage das jetzt ganz sanft, friedlich und weihnachtlich gestimmt, liegt nicht in einer weiteren Stärkung der zentralen Bürokratie, sondern das Heil liegt in einer intelligenten Differenzierung, in der sich die Regionen in ihrer Unterschiedlichkeit wieder finden müssen. Dafür kämpfe ich, solange mich die große Koalition in diesem Amt lässt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte gedacht, er schafft das ohne das, aber es war nicht der Fall. Ich muss darauf noch eingehen. Das Heil, Herr Bürgermeister, liegt sowieso weder in dem einen noch in dem anderen. Wir diskutieren in der Politik Gott sei Dank nicht mehr, wo irgendwo das Heil liegt, sondern wir suchen Lösungen, in denen die Tatsache, dass die Dinge vor Ort gemacht werden, gebraucht werden, mit der anderen Tatsache, dass sie grenzüberschreitende Wirkungen, Konsequenzen haben, übereingebracht wird, das heißt, ein politisches Mischsystem, in dem die eine Seite die eine Aufgabe hat und die andere Seite die andere.

In Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge hat jetzt die Kommission noch einmal eine sehr gute und differenzierte Stellungnahme vorgelegt, wo sie sagt, die Regionen und die Länder sollen selbst festlegen, was öffentliche Daseinsvorsorge ist. Sie sollen selbst die Form festlegen, wie es gemacht wird, privat oder staatlich. Sie können aber nicht erwarten, dass die Kommission aufgrund ihres Auftrages nicht sieht, ob dadurch Wettbewerbsregeln verletzt werden.

Sie sind ja genau wie der bayerische Fraktionsvize Protzner, der uns hier Märchen auftischen will, jetzt nicht nur auf CD, sondern in der Bürgerschaft, was die Kommission alles vorhat. Herr Protzner hat hier im Parkhotel erzählt, auf Einladung von Karin Jöns, dass Brüssel an unsere Krankenhäuser heran will. Ich meine, da kann man doch nur lachen! Wenn Sie jetzt alles aufzählen, was Brüssel will: Die Kommissionsmitteilung sagt klipp und klar, dass Einrichtungen, die keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgen und stattdessen kulturelle Zwecke verfolgen,

(A) sowieso außen vor sind und dass nur Einrichtungen, die grenzüberschreitend überhaupt wettbewerbsrelevant sind, in Frage kommen für Beihilfekontrollen. Also, das steht alles darin, und ich lese Ihnen einmal vor, was der Rat in Nizza mit den Stimmen Deutschlands und unter Begleitung der Ländervertreter beschlossen hat:

"In diesem Zusammenhang" – ich darf zitieren – "ist die neue überarbeitete Mitteilung der Kommission über die Leistungen der Daseinsvorsorge sehr positiv aufgenommen worden." Da ist genau diese politische Arbeitsteilung dargelegt, und darüber, glaube ich, werden Sie wirklich nicht hinauskommen. Es hat auch keinen Zweck, wenn Sie da weiterhin diese Märchen auftischen, was Brüssel und die "Bürokratie" alles wollen.

Mit der WestLB! Ich wiederhole das noch einmal. In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage haben Sie noch einmal wirklich auf zwei bis drei Stellen hinter dem Komma gesagt, es muss alles ganz genauso bleiben, wie wir das hatten über 30 Jahre. Es waren noch keine zwei Wochen vergangen, als die WestLB selbst gesagt hat, jawohl, um diesen Streit zu beenden, teilen wir uns auf in einen öffentlich-rechtlichen Teil und einen privaten Teil, und zwar macht das die WestLB unter Begleitung und Federführung der sozialdemokratisch geführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

(B) Da macht das doch keinen Sinn, wenn Sie sich hier noch hinstellen wollen und das alles bis auf das Komma verteidigen! Das finde ich unproduktiv und nicht mehr an der Sache orientiert, sondern fundamentalistisch, und wenn hier irgendwo ein Fundamentalist ist in dieser Frage, dann nicht dort, sondern dort!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was die Frage der Kompetenz angeht, darüber brauchen wir uns gar nicht zu streiten. Die Bürgerschaft hat auf Grundlage eines Vorschlags, den die grüne Fraktion eingebracht hat im Dezember 1999, erklärt: Wir erwarten, dass die nächsten Schritte auch eine klare Abgrenzung der Kompetenz bringen.

Wir haben erstens aber nicht das in Verbindung gebracht wie einige Länderchefs mit der Erweiterung der EU, die wollten ein Veto daraus machen. Gott sei Dank konnten sie nicht dabei bleiben. Wir haben zweitens keine Töne darin gehabt, die von vornherein diese Kompetenzabgrenzung mit einer Kompetenzbeschränkung der europäischen Ebene verbinden. Das ist doch das, wogegen wir uns gewehrt haben, dass diese Diskussion gleich immer nur in die Richtung geht, Kompetenzabgrenzung gleich Kompetenzbeschränkung, mehr haben wir gar nicht gewollt. Sie haben das immer gemacht mit untergründigen polemischen Bezeichnungen über die Brüsseler Eurokratie und so weiter.

Dann möchte ich noch eines zu mehreren Beiträgen sagen, weil das genau das ist, woran Europa krankt. Sowohl Herr Neumeyer wie auch der Bürgermeister haben erklärt, jawohl, das mit den Mehrheitsentscheidungen geht ihnen nicht weit genug. Im gleichen Atemzug, praktisch im gleichen Satz haben sie dann die Punkte genannt, wo sie auch meinen, ja, das darf man allerdings auf gar keinen Fall hineinbringen. Die Länder haben ja weiß Gott sehr weitgehend klipp und klar gesagt, was alles nicht in die Mehrheitsentscheidung darf, die hatten einen kleinen Katalog von zwölf Punkten, der nicht mehr einstimmig sein darf, alles andere sollte einstimmig bleiben. Das war die Position der Länder. Kaum einer hatte eine so weitgehende Bremserposition formuliert, was den Übergang zum Mehrheitsprinzip angeht.

Deswegen finde ich es ein bisschen neben der Sache, wenn Sie heute sagen, ich freue mich, wenn Sie das sagen, Sie hätten gern mehr Mehrheitsentscheidungen, aber die Position der Länder und die Vorbereitung der Konferenz durch die Länder war nicht so.

Letzter Satz, das gehört in die gleiche Richtung, Herr Neumeyer, das mit den deutschen Interessen! Man kann nicht beklagen, dass in Nizza zu wenig europäisch gedacht und gehandelt worden ist und im gleichen Atemzug sagen, aber die deutschen Interessen werden nicht ausreichend berücksichtigt. Ich finde, es ist im größten deutschen Interesse, dass an der Frage, ob Deutschland oder Frankreich ein paar Sitze mehr oder weniger hat, nicht irgendetwas in die Brüche geht. Das, finde ich, ist weiß Gott erstens europäischer gedacht, förderlicher und zweitens auch im deutschen Interesse. Man muss auch einfach zur Kenntnis nehmen, dass in bestimmten Ländern Westeuropas die Frage des Verhältnisses zu Deutschland historisch noch mit so viel Symbolwert belastet ist, dass das dort sehr hochrangig gesehen wird.

Wir müssen das Gott sei Dank nicht, ich finde, das ist ein sehr kluger Kompromiss, Deutschland hat ausreichend Gewicht, und durch diese Gewichtung, durch die doppelte und dreifache Mehrheitsprozedur jetzt im Rat besteht wirklich nicht das Risiko, dass ausgerechnet Deutschland im europäischen Prozess untergebuttert würde. Der Kanzler und der Außenminister haben sich da klug verhalten, keineswegs die deutschen Interessen verletzt, sondern klugerweise die deutschen mit den europäischen Interessen verbunden, und insoweit bin ich auch einverstanden, wenn ich auch einige Punkte Ihrer negativen Bilanz durchaus teile. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

(D)

(A) Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/521, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abschließen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. November 2000 (Drucksache 15/537)

Wir verbinden hiermit:

Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abschließen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000 (Drucksache 15/564)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Herr Dr. Güldner.

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich an dieser Stelle nicht nur für einen Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen sprechen kann, sondern für einen Antrag, der von allen drei Fraktionen hier im Hause eingebracht worden ist. Für das Protokoll: Selbstverständlich ziehen wir den Antrag der Grünen, den wir ursprünglich eingebracht hatten, an dieser Stelle zurück.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Lassen Sie mich kurz noch einmal eingehen auf die Vorgeschichte und worum es in dieser Frage überhaupt geht! Zwölf der 16 Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland haben bisher einen Staatsvertrag mit den jeweiligen Jüdischen Gemeinden des Landes abgeschlossen. Auch in Bremen gab es diese Diskussion, und die Jüdische Gemeinde hat schon sehr früh den Senat darum gebeten, auch einen Staatsvertrag abschließen zu können. Bereits im März 1996 hat die Jüdische Gemeinde dem Senat einen ersten Entwurf für einen solchen Staatsvertrag vorgelegt, und es gab danach eine ganze Reihe von Gesprächen. Allerdings, das mussten wir leider hier im Hause anlässlich mehrerer Debatten in diesem Jahr feststellen, ist aus diesen Gesprächen nichts geworden, und zwischenzeitlich war die Idee Staatsvertrag schon für eine ganze Weile auf Eis gelegt und kam nicht voran.

Wir haben hier im Hause anlässlich der grässlichen antisemitischen Ausschreitungen und Ereignisse eine gemeinsame Resolution zur Bekämpfung des Antisemitismus gefasst und gemeinsam verabschiedet, und in diesem Rahmen haben wir Grünen noch einmal darauf hingewiesen, dass ein, allerdings nur ein Element in der Frage der Bekämpfung des Antisemitismus in unserem Land sein kann, einen solchen Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abzuschließen. Es gibt allerdings auch noch eine ganze Menge mehr Gründe, um einen solchen Staatsvertrag abzuschließen. Ich werde einige nennen.

Wir haben daraufhin noch einmal die Initiative ergriffen, und ich bin, wie gesagt, sehr dankbar und glücklich, dass das heute von allen drei Fraktionen hier im Haus mitgetragen wird. Ich finde auch, dass das ein Thema ist, das sich am allerwenigsten für parteipolitische Polemik oder Auseinandersetzungen eignet, sondern ein Thema, bei dem wir an einem Strang ziehen sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal kurz, weil das ja nicht allen geläufig ist, zum Zweck eines solchen Staatsvertrages ein paar Worte sagen! Es geht zunächst darum, das gegenseitige Verhältnis zwischen der Jüdischen Gemeinde des Landes und dem Land Bremen, der Freien Hansestadt Bremen, zu regeln, das ist der eine Aspekt. Der zweite Aspekt, und das steht wieder im Kontext dieser Debatte um diese grässlichen Ereignisse, die wir hier leider zu beklagen haben, es ist natürlich auch ein Zeichen der speziellen Anerkennung in einer bestimmten Zeit, also auch ein sehr symbolischer und demonstrativer Akt, der, glaube ich, sehr positive Wirkungen haben wird, wenn wir dies in der nächsten Zeit hier tun.

Lassen Sie mich einfach, damit Sie noch einmal eine Vorstellung davon bekommen, worum es bei einem solchen Staatsvertrag geht, weil wir auch mit der Frage konfrontiert waren, warum man einen solchen Staatsvertrag braucht und was darin stehen soll, kurz mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Entwurf zitieren, den die Jüdische Gemeinde im Jahre 1996 bereits dem Senat vorgelegt hatte! In der Präambel dieses Entwurfs zu einem solchen Staatsvertrag heißt es unter anderem:

"Im Einklang mit der historischen, politischen und moralischen Verantwortung des deutschen Volkes für seine jüdischen Mitbürger und die Jüdischen Gemeinden fühlt sich Bremen der Gemeinde auf besondere Weise verbunden. Es ist deshalb der Wunsch Bremens, unter Beibehaltung des Grundsatzes der Trennung von Staat und Kirche und unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes im Verhältnis zu anderen Religionsgemeinschaften" – das

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) ist sicher ein wichtiger Punkt im Lande Bremen – "die Stellung der Jüdischen Gemeinde als Nachfolgerin eines ehemals blühenden jüdischen Glaubens im Lande Bremen, die in der Zeit von Gewaltherrschaft und Rassenwahn vernichtet wurde, dauerhaft zu sichern und die Gemeinde bei der Erfüllung ihrer traditionellen, gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben zu unterstützen. Bremen und die Gemeinde lassen sich beim Abschluss dieses Vertrages auch vom Wunsch und dem Bedürfnis leiten, das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Land und der Gemeinde zu fördern und zu festigen."

Das ist der Grundgedanke, wie er in diesem Entwurf in der Präambel festgehalten ist. Ich glaube, das ist ein Grundgedanke, den, vielleicht bis auf einen Abgeordneten hier im Hause, zumindest die übergroße Mehrheit des Hauses sicher mittragen kann, und diesen Geist wollen wir auch durch diesen Antrag fördern.

Von der praktischen Seite her, denn das Ganze soll natürlich nicht nur den Geist der Freundschaft und der Beziehung beleben, sondern hat auch eine praktische Seite, nenne ich nur ein paar Stichworte: Es geht um die allgemeine Förderung der Gemeinde, der religiösen, kulturellen, sozialen Betreuung ihrer Mitglieder. Es geht zum Beispiel auch, das ist ein wichtiges Thema für die Jüdische Gemeinde, um die Pflege der jüdischen Friedhöfe, deren Erhalt und deren weiteren Ausbau. Es geht um den Erhalt der Gebäude, der Synagoge und der Anlagen der Gemeinde, und es geht nicht zuletzt, da die Gemeinde in den letzten zehn Jahren ja um das Zehnfache in ihrer Mitgliederzahl durch den Zuzug von jüdischen Menschen aus Osteuropa angewachsen ist, auch um die Erfüllung der sozialen und wohlfahrtsrechtlichen Aufgaben der Gemeinde.

Ich hatte an dieser Stelle schon mehrfach geschildert, dass ja vom Kindergarten über den Hort, die Jugendclubs bis zu den Seniorenclubs die Gemeinde heute ein ganz breites Spektrum von sozialen Aufgaben erfüllt. Das ist in etwa der Rahmen, den ein solcher Staatsvertrag abstecken kann. Die Beispiele aus den anderen Bundesländern liegen vor und gehen im Wesentlichen in eine ähnliche Richtung, das heißt, dass wir uns hier auch an dem Vorbild anderer Staatsverträge orientieren können.

Wie gesagt, ich begrüße sehr, dass wir dies heute gemeinsam hier verabschieden wollen. Es hat leider in den letzten Wochen im Rahmen der Beratung über diesen Staatsvertrag einige Misstöne gegeben, die ich etwas überflüssig fand. Es wurde kolportiert, es wäre gar nicht das Problem der staatlichen Instanzen, sondern das Problem der Jüdischen Gemeinde gewesen, warum die Verhandlungen über diesen Staatsvertrag gestockt hätten, vor allen Dingen ein Problem zwischen Bremen und Bremerhaven bei den Jüdischen Gemeinden.

Ich finde sehr schade, dass das in Umlauf gesetzt worden ist, weil die Jüdische Gemeinde Bremen gerade die Jüdische Gemeinde Bremerhaven sehr massiv unterstützt hat bei dem Aufbau einer eigenen kommunalen Gemeinde und weil die Jüdische Gemeinde durch Vorlage dieses Entwurfs eines Staatsvertrages bereits im März 1996 ja ihre Hausaufgaben gemacht hatte. Von daher sollte man sich sicherlich nicht in Schuldzuweisungen an die Jüdische Gemeinde ergehen, sondern man sollte jetzt zügig verhandeln, das sagt auch dieser Antrag.

Ich weiß, dass Gespräche aufgenommen worden sind. Ich bin guter Hoffnung, dass dadurch, dass die Gespräche wieder aufgenommen worden sind, der Schub aus diesem Hause noch einmal kommt, auch mit diesem Antrag, aber auch mit vielen anderen Initiativen aus den verschiedenen Fraktionen, dass wir in der ersten Hälfte nächsten Jahres zu einem Abschluss eines solchen Staatsvertrages kommen, und ich würde mich freuen, wenn wir uns alle noch vor der Sommerpause 2001 bei der feierlichen Unterzeichnung eines solchen Staatsvertrages wiedersehen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Ravens.

Abg. Ravens (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, Sie haben ja zum Verfahren, zum bisherigen Ablauf im Vorfeld des Staatsvertrages einige Ausführungen gemacht. Lassen Sie mich zum Geist oder zum Inhalt eines solchen Staatsvertrages einiges sagen! Sie haben schon gesagt, wie bedeutend dieser Staatsvertrag jedenfalls für die drei großen Fraktionen in diesem Hause ist, also für 99 Abgeordnete, dem pflichte ich bei!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zurückkommen auf die Geschichte, warum ich den Abschluss eines Staatsvertrages für so wichtig halte! Sie alle wissen, es ist nicht viel mehr als ein halbes Jahrhundert her, dass sich durch die Verbrechen des Holocaust und die Vernichtung der europäischen Juden Ungeheuerliches mit dem deutschen Namen verbunden hat. Zugleich ist der immense kulturelle Beitrag, mit dem jüdische Bürger unser Land bereichert haben, weitgehend verloren gegangen. Beides, meine Damen und Herren, ist uns Mahnung und legt uns zugleich eine dauerhafte Verpflichtung auf!

Leo Baeck hat nach seiner Befreiung aus dem Getto von Theresienstadt noch bitter feststellen müssen, dass die Epoche jüdischen Lebens in Deutschland ein für alle Mal vorbei ist. Heute wissen wir, dass er nicht Recht behalten sollte, und wir sind froh darüber, dass es doch anders gekommen ist!

> (Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, neues jüdisches Leben ist in Deutschland entstanden und meines Erachtens wieder ein unverzichtbarer Teil unserer Kultur geworden. In den vergangenen Jahren ist in Deutschland eine Vielzahl jüdischer Gemeinden entstanden. Dies ist Ausdruck des Vertrauens in unsere Demokratie und vor allem in die jungen Generationen. Das Entstehen und Wachsen jüdischer Gemeinden ist für unser Land eine große Bereicherung. Meines Erachtens werden zugleich neue Chancen eröffnet, in einem vereinten Deutschland gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Ich darf daran erinnern, am 27. November konnte die Jüdische Gemeinde in Bremerhaven ihre Synagoge einweihen, Herr Dr. Güldner hat darauf hingewiesen. Ich glaube, dass das ganze Haus zu diesem Ereignis gratulieren darf, und ich glaube, wir sollten es mit dem Wunsch verbinden, dass auch in Bremerhaven eine möglichst lebendige und große Gemeinde entstehen möge! Das sollen und müssen wir fördern, dies ist uns ein großes Anliegen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir müssen alle Bemühungen unterstützen, die dazu beitragen, dass jene Männer und Frauen jüdischen Glaubens, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland, nach Bremen zurückgekehrt sind und hier wieder ihre Heimat gefunden haben, sich in ihrer Entscheidung bestätigt fühlen können! Wir müssen und werden alles tun, damit dieses Vertrauen nicht enttäuscht wird! Nirgendwo, so eine Studie des Jüdischen Weltkongresses aus dem Jahre 1998, wachsen die jüdischen Gemeinden so schnell wie in Deutschland. Immer mehr auch nichtjüdische Mitbürger interessieren sich für die jüdische Kultur, und ich finde, dies ist eine positive Entwicklung.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die außerordentliche Entwicklung der Philosophie, der Wissenschaft insgesamt, der Kultur seit dem achtzehnten Jahrhundert bis heute wäre in unserem Land ohne die großartigen Beiträge jüdischer Mitbürger nicht möglich gewesen. Die Namen Moses Mendelsohn, Ludwig Börne, Heinrich Heine, Kurt Tucholsky, Lion Feuchtwanger, Martin Buber, Leonard Cohen oder Walter Rathenau mögen nur stellvertretend für viele genannt sein. Wir wollen und müssen alles tun, damit diese Kultur ihren Reichtum auch in Zukunft weiter und wieder entfalten kann. Alle Tendenzen von Antisemitismus, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz gegenüber Menschen, Minderheiten, müssen wir mit deutlichem Protest

hier in diesem Hause, aber auch in unserem Lande, zurückweisen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Angriff auf jüdische Einrichtungen, meine Damen und Herren, zielt nicht nur auf die hier lebenden Mitbürger, er zielt nicht nur auf die Minderheit der deutschen jüdischen Bürger, er zielt auf uns alle! Wir alle müssen wissen, die Grundsätze der Demokratie, meine Damen und Herren, werden nicht vererbt, nein, sie müssen von jeder Generation neu erlernt werden! Wir müssen gerade auch mit dem Blick auf die jungen Menschen in unserem Land vermitteln, dass niemand vor menschlicher Vielfalt Angst haben muss, wohl aber vor menschlicher Einfalt!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht nicht darum, Taten zu ächten, sondern wir müssen auch das Gedankengut ächten und bekämpfen, das in solche Taten wie Anschläge auf Synagogen mündet! Nur da, wo Antisemitismus, Rassismus und Fremdenhass im Denken vorhanden sind, kommt es doch zu solchen Taten. Denken und Handeln bilden im Zusammenhang, vor allem bei Rechtsextremen, solche Agitationen. Deswegen müssen wir all dies zugleich bekämpfen, das ist meine volle Überzeugung!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist wichtig, geistigen Entwurzelungen durch geistige Orientierung zu begegnen. Deswegen müssen wir all die Gemeinschaften stärken, in denen demokratische Werte und zivile Handlungen eingeübt werden sowie Unwissen und Vorurteile abgebaut werden. Ich meine die Familien, die Schulen, die Ausbildungsstätten, die Jugendeinrichtungen und eben auch die Glaubensgemeinschaften. Ich bitte, aber ich kann es auch für die Mehrheit des Hauses sagen, wir bitten die jüdischen Mitbürger, trotz aller Verunsicherung die Taten Einzelner und kleiner Gruppen nicht für die Einstellung unserer Gesellschaft zu halten! Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger will das Zusammenleben mit Bürgern jüdischen Glaubens. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Glaubens, meine Damen und Herren, muss in unserer Gesellschaft endlich als selbstverständlich gelten!

> (Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der religiöse Dialog zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften kann meines Erachtens

(B)

(A) auch dazu beitragen, dass Toleranz, Achtung und Wertschätzung wachsen.

Die CDU-Fraktion stimmt mit denjenigen überein, die sagen, es müssen überzeugende Zeichen gesetzt werden, dass die Mehrheit der Gesellschaft Schulter an Schulter steht mit den jüdischen Gemeinden. Mit dem Abschluss eines Staatsvertrages zwischen dem Land Bremen und der Jüdischen Gemeinde, so wie es Herr Dr. Güldner ausgeführt hat, setzen auch wir ein Zeichen der staatlichen Anerkennung und stellen die Arbeit der Jüdischen Gemeinde im Land Bremen auf eine langfristige, verlässliche Basis.

Lassen Sie mich bitte zum Abschluss noch eine Anmerkung machen! Ich glaube, nach Abschluss eines Staatsvertrages mit der Jüdischen Gemeinde sollten wir dem Senat auch empfehlen, Gespräche mit der katholischen und evangelischen Gemeinde aufzunehmen, um auch mit diesen Kirchengemeinden einen Staatsvertrag abzuschließen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Böhrnsen das Wort.

Abg. **Böhrnsen** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen meiner Vorredner anschließen, danke insbesondere Herrn Ravens für seine Ausführungen und will mich auf wenige ergänzende Worte beschränken.

Ich glaube, man darf sagen, es gibt keinen Zweifel, dass die Freie Hansestadt Bremen und ihre Bürgerinnen und Bürger schon bisher mit großer Verlässlichkeit zur Jüdischen Gemeinde stehen, und wir können ja seit einiger Zeit mit Freude sagen, zu den Jüdischen Gemeinden stehen und selbstverständlich auch weiterhin stehen werden.

Wir wissen, und Herr Ravens hat davon gesprochen, um die besondere historische, politische und moralische Verantwortung für unsere jüdischen Mitbürger und für die Jüdischen Gemeinden. Ein Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und den Jüdischen Gemeinden kann ein weiterer, ein zusätzlicher Ausdruck für diese Verlässlichkeit und für diese Verbundenheit sein.

Wir wollen – Herr Dr. Güldner hat auf den möglichen Inhalt eines solchen Staatsvertrages hingewiesen – die Jüdischen Gemeinden dauerhaft sichern. Wir wollen sie unterstützen bei ihren religiösen, sozialen und kulturellen Aufgaben. Ich kann deswegen auch für die SPD-Fraktion sagen, wir unterstützen nachdrücklich, dass entsprechende Gespräche mit den Jüdischen Gemeinden geführt werden, und

wir hoffen, dass es sehr bald zum Abschluss eines Staatsvertrags kommen kann. – Vielen Dank!

(C)

(D)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese drei bewegenden Reden! Es geht uns im Senat genauso. Wir geben uns Mühe, das schon Begonnene zu Ende zu bringen. Ich gehe davon aus, dass wir schon ab dem nächsten Monat den konkreten Vertragsentwurf verhandeln können, und wenn es dann gut geht, kann Ihnen das im nächsten Jahr auch vorgelegt werden.

Herr Ravens hat eben gesagt, wir sollten so etwas Ähnliches mit den beiden großen christlichen Kirchen verhandeln. Auch das läuft schon seit langem, gerade mit der evangelischen Kirche, mit vielen Formulierungsvorschlägen.

Dahinter verbirgt sich immer die Hoffnung, dass wir mehr für die Religionsgemeinschaften ausgeben können, als wir gegenwärtig ausgeben. Sie sind also nicht einfach nur dankbar, wenn wir einen schönen, sympathischen Vertrag machen, sondern sie wollen auch in ihren finanziellen Zuwendungen jedenfalls eine Sicherheit haben und auf keinen Fall Kürzungen. Da der Haushalt von uns gemeinsam beraten und gemeinsam verantwortet wird, darf man diese Delikatesse nicht übersehen.

Natürlich erklären wir uns für die Jüdische Gemeinde, und natürlich wollen wir den Vertrag und natürlich auch für die beiden großen Kirchen. Wahrscheinlich kommen demnächst dann auch noch die Muslime. Aber all diesen lieben und hoch geschätzten Religionsgemeinschaften müssen wir sagen, dass wir nicht Krösus sind und Geld zu verteilen haben, sondern dass das alles leider nur auf einem sehr, sehr schmalen und sehr kostenbewussten Niveau geht.

Ich hoffe trotzdem, dass das geht, dass das nicht in erster Linie ein finanzielles und haushaltsrechtliches Problem, sondern in erster Linie ein die Kultur und die Minderheiten schützendes und verlässliche Arbeit in diesem Lande möglich machendes verfassungsrechtliches Arbeiten wird, was wir da vor uns haben. Wir müssen aber bitte auch die Kraft aufbringen, unseren Freunden und Partnern zu sagen, dass wir so etwas nicht aus der Fülle angehen können, sondern nur aus ganz knapp bemessenen Ressourcen.

Ich will bei dieser Gelegenheit sagen, dass es eine richtig beglückende Erfahrung gewesen ist, dass wir in Bremerhaven die Synagoge eingeweiht haben. Da war ich dabei, einige von Ihnen auch. So stelle

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) ich mir das vor! Das ist die richtige Antwort auf all das, was in den letzten Monaten und Jahren die Leute verunsichert hat. Nicht nur die in den Jüdischen Gemeinden Lebenden, sondern auch viele Gutwillige im Lande haben gefragt: Was ist eigentlich mit diesem Land los? Wenn man dann merkt, wie wir uns alle um eine lebendige jüdische Gemeinde stellen können, die dann am Schluss singt "Wir leben ewig, wir sind da", dann ist das richtig. So soll es auch in Zukunft bleiben! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Da der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/537 inzwischen zurückgezogen ist, lasse ich über den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/564 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/564 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) (Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

BSE: Verbraucherschutz stärken, ökologische Landwirtschaft fördern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Dezember 2000 (Drucksache 15/558)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2000 (Drucksache 15/560)

1. Lesung

2. Lesung

Aufhebung des Verfütterungsverbotes für Fischmehl und Fischöl

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000 (Drucksache 15/566)

Umgehend Maßnahmen zum Schutz vor BSE ergreifen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. Dezember 2000 (Drucksache 15/567)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf.

Wir kommen zur ersten Lesung des Gesetzes.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst den Antrag der Grünen vorstellen. Der Antrag lautet "BSE: Verbraucherschutz stärken, ökologische Landwirtschaft fördern". Seit langem ist bekannt, dass die BSE-Seuche nicht auf Großbritannien beschränkt blieb, sondern sich als ein europäisches Problem darstellt. Was zu befürchten war, ist jetzt leider zur Gewissheit geworden. Die Mär, Deutschland sei BSE-frei, ist jetzt widerlegt. Viel zu lange war aber Zögern, Zaudern und Verharmlosung auf der Tagesordnung, die Folgen: eine heimliche Ausdehnung der Rinderseuche und ein Inkaufnehmen von Gefahren für die Gesundheit von Menschen, zudem eine hohe Verunsicherung in der Bevölkerung und drastische Einbrüche beim Rindfleischkonsum.

Die Skandale brechen nicht ab. Wie Sie der Tagespresse entnehmen können, versuchen nun Viehhändler, die BSE-Tests zu umgehen. Die Folgen industrieller Landwirtschaft, vor denen wir Grünen lange gewarnt haben, treten nun mit aller Deutlichkeit zutage. Wo Massentierhaltung und Industrialisierung zu Prinzipien geworden sind, da bleiben Verbraucherschutzinteressen, Umweltschutz und Arbeitsplätze auf der Strecke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz)

Auf EU-Ebene und Bundesebene wurde reagiert, und verschiedene Maßnahmen sind bereits umgesetzt worden. Es ist bekanntlich schon seit 1994 verboten, Tiermehl an Wiederkäuer zu verfüttern. BSE-Risikomaterialien wie Gehirn und Rückenmark dürfen nun auch nicht mehr in die Nahrungskette gelangen. Weitere europa- und bundesweite Maßnahmen sind auch noch erforderlich, auf diese möchte

(A) ich an dieser Stelle nicht n\u00e4her eingehen, der Antrag von CDU und SPD wird sie darstellen. Ich k\u00fcndige hier schon an, dass wir diesem Antrag zustimmen werden.

Es hat sich einiges getan. Ich behaupte sogar, wenn jetzt die Kontrollen umfassend funktionieren und somit auch Missbräuche von der Geburt bis zur Ladentheke ausgeschlossen werden, dann sind demnächst Fleisch- und Wurstprodukte sicherer, als sie es in den letzten Jahren waren. Aber, und darauf kommt es an, sie werden nicht risikolos. Es muss jedoch darum gehen, auch das Restrisiko so klein wie möglich zu halten! Hierzu gehört auch eine generelle Umsteuerung in der Landwirtschaft, und zwar hin zum ökologischen Landbau. Gerade hier ist der Senat in der Pflicht.

Gegensteuerungsmaßnahmen auf Landesebene bestehen vor allen Dingen darin, ökologische und umweltgerechte landwirtschaftliche Produktion und regionale Vermarktung zu fördern. Der Schwerpunkt von unserer Seite ist hier auf dem Punkt der regionalen Fleischverarbeitung und Fleischvermarktung, denn, das möchte ich hier auch betonen, was ich einleitend gesagt habe zur Frage der agrarindustriellen Produktion, das gilt nicht für Bremen.

Bremen zeichnet sich nämlich dadurch aus, dass es eine weitgehend umweltgerechte Landwirtschaft hat. Charakteristisch für die Landwirtschaft in Bremen ist der Grünlandanteil von 80 Prozent. Demzufolge ist der Futterbau – und hier fast ausschließlich die Milchviehhaltung – bei weitem der wichtigste Betriebszweig. Hinsichtlich der Viehhaltungsintensität weist auch hier das Land Bremen extrem niedrige Werte auf, sie liegen ein Drittel niedriger als in Niedersachsen.

Der wesentliche Grund für diese auch unter Umweltgesichtspunkten günstige Situation besteht darin, dass in Bremen und Bremerhaven die Veredlungswirtschaft fast keine Rolle spielt. Den aus Naturschutzsicht wichtigen Feuchtgrünlandgürtel um Bremen gäbe es ohne die Landwirtschaft nicht, und nur mit ihr kann er auch erhalten werden. Hier gilt es, an diese günstigen Potentiale anzuknüpfen und diese weiterzuentwickeln in Richtung ökologischen Landbau.

Projekte und Maßnahmen zur Realisierung dieser Ziele wurden im Rahmen des lokalen Agenda-21-Prozesses seit 1996 erarbeitet. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, diesen erforderlichen Strukturwandel in der Landwirtschaft zu unterstützen, wurde von der großen Koalition im Dezember 1999 abgelehnt.

> (Abg. Frau Hammerström [SPD]: Ja, warum?)

Wir bringen ihn heute noch einmal ein, und ich werde das gleich begründen.

Doch zunächst zu dem zweiten Punkt unseres Antrags, nämlich der Forderung, dass alle Schlachtrinder im Land Bremen, auch die jüngeren, auf BSE getestet werden sollen! Dies fordert leicht modifiziert auch die große Koalition in ihrem Antrag, und ich freue mich auch darüber, dass wir hier einer Meinung sind. Wir werden das ja auch, wie gesagt, unterstützen. Es kommt ein bisschen spät, aber immerhin, es kommt, denn wir Grünen hatten bereits im Mai dieses Jahres den Antrag gestellt, die Voraussetzung zu schaffen, um ein BSE-Verbraucherschutzsonderprogramm durchführen zu können. Entsprechend kam es auch jetzt nicht zu dem erforderlichen Aufbau der Untersuchungskapazitäten, und es gab Engpässe, die auch hinreichend bekannt sind. Unser Antrag wurde von der Bürgerschaft abgelehnt. Vielleicht ein Beleg, dass man nicht immer Anträge der Grünen mit der Begründung, dass sie zu früh kommen, ablehnen sollte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, an dieser Stelle an die letzte Bürgerschaftssitzung erinnern, neun Tage bevor der erste deutsche BSE-Fall bekannt wurde. Auf unsere Frage hat der Senat es abgelehnt, BSE-Schnelltests durchzuführen und behauptet, das sei überflüssig, da Deutschland BSE-frei sei. 14 Tage später waren Sie dann, Frau Senatorin, anderer Meinung und haben sich für solche Rindertests ab 30 Monate ausgesprochen. Diesmal bitten wir Grünen Sie, wir werden da ja auch unterstützt von der CDU und der SPD, hier nicht zu zögern, sondern so schnell wie möglich zu gewährleisten, dass alle Rinder getestet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Selbst wenn die Nachweiswahrscheinlichkeit mit dem Alter der Tiere sinkt, es müssen alle Möglichkeiten der Früherkennung genutzt werden! Das wird im Übrigen auch einen beschleunigten Einfluss auf die Testentwicklung haben.

Somit bleibt jetzt als einzige Forderung des Antrags der Grünen im Vergleich zu dem der großen Koalition, für die Umsetzung der im Rahmen des lokalen Agenda-21-Prozesses zu entwickelnden Maßnahmen zur Umsteuerung in der Landwirtschaft, hier insbesondere mit Schwerpunkt auf der Vermarktung, Sorge zu tragen. Welche Maßnahmen das im Einzelnen sind – es ist ein komplettes Programm –, haben wir an Ihren Tischen ausgelegt, und dort ist es im Detail geschildert.

Ein Baustein ist das Ziel, zehn Prozent Ökolandbau zu erreichen. Der Ökolandbau schafft erwiesenermaßen Arbeitsplätze und schont die Umwelt nachhaltig. Im ökologischen Landbau war und ist die Verfütterung von Tierkörpermehlen nicht zulässig, genauso wie die immer noch nicht verbotene

(D)

(A) Verfütterung von Antibiotika als Mastbeschleuniger. Der Einsatz von gentechnisch hergestellten Produkten in Erzeugung und Vermarktung ist verboten. Das, denke ich, sind klare Gründe, die für den ökologischen Landbau sprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dem gesundheitlichen Verbraucherschutz ist oberste Priorität einzuräumen. Der immer wiederkehrende Ablauf, schlechte Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln, das Bekanntwerden von skandalösen Zuständen und Gefährdung der menschlichen Gesundheit und dann erst Reaktionen, muss durchbrochen werden. Das bedeutet, zur Ökologisierung der Landwirtschaft gibt es keine Alternative. Zentral für das vorgeschlagene Umsteuerungsprogramm ist der Ausbau regionaler Verarbeitung und Vermarktung. Das trägt im Übrigen auch zur Wertschöpfung in der Region bei, und es erschwert Missbräuche. Also, in Summe gibt es eigentlich keinen Grund, warum man dies ablehnen könnte. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Imhoff.

(B)

Abg. Imhoff (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, auf Ihre Äußerungen gehe ich später ein, aber vieles ergibt sich auch aus meinem Vortrag. Seit Menschengedenken gibt es Krankheiten und Seuchen, die die menschliche Zivilisation begleiten, von Grippe, Cholera und Pest bis hin zu Krebs und Aids. Diese Krankheiten haben vielen tausend Menschen das Leben gekostet.

Nun wird in den Medien der Anschein erweckt, dass BSE als Ursache einer neuen Version der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit in einem Atemzug mit den von mir eben genannten Krankheiten zu nennen ist. Meine Damen und Herren, das ist bis zum heutigen Tag jedenfalls noch nicht der Fall. BSE ist ein von Menschenhand gemachtes Problem, und das Schlimme daran ist, dass wir über die Übertragungswege und Ansteckungsmöglichkeiten sehr wenig wissen.

Auf jeden Fall wissen wir, dass es eine neue Form der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit gibt. Sie tritt vornehmlich bei jüngeren Personen auf. Die Krankheit ist oft langsamer und weist ein anderes klinisches Bild auf als die klassische Creutzfeldt-Jakob-Krankheit. Zusammenhänge mit BSE sind zwar wissenschaftlich noch nicht bewiesen, aber alles spricht dafür, dass es dennoch einen solchen Zusammenhang gibt. Gott sei Dank gab es, seitdem die Meldepflicht für diese Krankheit besteht, noch keinen Fall in Deutschland!

Doch kommen wir noch einmal zu den Anfängen von BSE zurück! Angefangen hat alles im November 1986. In Großbritannien wird eine bis dahin völlig unbekannte Rinderkrankheit beobachtet, eine schwammartige Hirnkrankheit des Rindes, in Kurzform BSE genannt. Ursache ist die Verfütterung von Tiermehlen an Rinder, nachdem 1980 das gelockerte britische Tierkörperbeseitigungsverfahren eine Abtötung des Scrapie-Erregers beim Schaf nicht mehr sicherstellte. Die an BSE erkrankten Rinder wiesen ähnliche Symptome auf wie die an Scrapie erkrankten Schafe.

Ab dann nahm der Wahnsinn seinen Lauf, denn britisches Tiermehl wurde in verschiedene europäische Staaten exportiert. In Großbritannien schlug sich das bis heute in über 180 000 registrierten BSE-Fällen nieder. In anderen europäischen Staaten gab es dann, wenn auch in wesentlich geringeren Zahlen, ebenfalls BSE-Fälle. Davon betroffen sind Irland, Portugal, die Schweiz, Frankreich, Belgien und Holland sowie Liechtenstein, Dänemark und Luxemburg, nach heutigen Erkenntnissen auch Deutschland. Das erste in Deutschland geborene Rind mit deutschen Vorfahren, das BSE hat! Ich möchte hier noch einmal wiederholen: ein Tier!

Jetzt fragt man sich trotzdem, warum wir in der Zeit der offenen Grenzen so lange verschont geblieben sind. Die Antwort liegt auf der Hand, denn in Deutschland wurde Tiermehl bei höherem Druck und einer höheren Gradzahl produziert, bei dem der BSE-Erreger abgetötet wird. Außerdem gibt es seit 1994 ein Gesetz, das verbietet, dass das Tiermehl an Wiederkäuer, sprich Rinder, verfüttert wird. Was sagt uns das jetzt? Hätten wir nach unserem Standard Tiermehl produziert, hätten wir heute wahrscheinlich kein BSE-Problem.

Doch für das Gewesene gibt man ja bekanntlich nicht viel, deshalb muss von der Politik, der Wissenschaft und der Forschung alles Mögliche getan werden, um in Zukunft einen höchstmöglichen Schutz vor verseuchten BSE-Rindern zu gewährleisten, denn schon 1986 erklärte die damalige britische Regierung, dass ein Zusammenhang zwischen BSE und der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit nicht ausgeschlossen werden kann. Das heißt also, dass Zusammenhänge zwar nahe liegend sind, aber nicht bewiesen!

Wir müssen jetzt auch ein Signal ausgehen lassen, dass wir in dieser Frage alle gemeinsam auch über Parteigrenzen hinweg an der Risikominderung zusammenarbeiten. Wenn mich persönlich jetzt jemand anspricht, ob ich noch Rindfleisch esse, dann kann ich nur sagen: Ja, das mache ich! Ich gehe nämlich davon aus, dass alle Vorschriften eingehalten werden und heute besser als früher überprüft werden.

(Abg. Töpfer [SPD]: Sie kennen Ihre eigenen Kühe!)

(A) Ja, ich esse auch Wurst, und die kaufe ich beim Metzger. So ist das ja nun nicht! Seit dem 1. Oktober dieses Jahres müssen Risikomaterialien bei der Schlachtung entfernt und extra entsorgt werden. Zum Risikomaterial zählen Schädel einschließlich Gehirn und Augen, Mandeln sowie Rückenmark und ein Dünndarmabschnitt. Außerdem wird bei Tieren, die über 30 Monate alt sind, ein BSE-Schnelltest durchgeführt. Im Rahmen der Vorsorge wurde ebenfalls ein Tiermehlverfütterungsverbot erlassen, und zwar für alle Tiere. Alles Punkte, die zur Risikominderung beitragen!

Für viele Menschen stellt sich dennoch die Frage: Was darf ich vom Rind verzehren? Laut Verbraucherzentrale zum Beispiel das schiere Muskelfleisch vom Rind, alle Molkereiprodukte, Kalbfleisch aus der Mutterhaltung, denn die Kälber sind mit reiner Vollmilch aufgezogen! Wenn ich jetzt noch weiter aufzählen würde, was Verbraucherzentralen als minder, wenig oder gar nicht bedenklich eingestuft haben, könnte man auf den Gedanken kommen, dass ich das Problem verharmlosen wollte. Das ist auf keinen Fall zutreffend. Bei genauer Betrachtung fällt also auf, es ist alles eine Frage der Akzeptanz und der Risikoabwägung.

Jetzt kann ich noch einmal zu den Medien überleiten! Bei manchen Berichterstattungen kommt es mir vor, als wenn nach dem Motto geschrieben wird: Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht, Hauptsache, die Verkaufszahlen der Zeitschriften stimmen! Zum Beispiel der "Spiegel": Auf dem Deckblatt vom 4. Dezember dieses Jahres wird groß getitelt "Die hysterische Republik", und in dem dazugehörigen Artikel wird das Verhalten der Deutschen angeklagt. In der gleichen Ausgabe wird im hintersten Teil auf 13 Seiten die momentane Hysterie über Nahrungsmittel und deren Qualität noch geschürt. Schon ziemlich paradox, wie ich finde!

Meine Damen und Herren, ich möchte hier keine Ängste schüren. Ich möchte zum Nachdenken anregen, auch zum Nachdenken über die Landwirtschaft, denn wir wissen, dass die Landwirte in Deutschland leiden,

(Abg. Töpfer [SPD]: Seit 500 Jahren schon!)

dass sie teilweise mit dem Rücken zur Wand stehen, dass die Existenzen bedroht sind und dass ein Stück Kulturlandschaft in Deutschland kaputtgehen kann. Deshalb fordere ich den Senat auf, dass er sich für die Landwirte, die Schlachtereien und alle anderen betroffenen Betriebe einsetzt, damit ein Stück Kulturlandschaft, das sich hier in Deutschland in vielen Grünlandschaften widerspiegelt, nicht kaputtgeht.

In diesem Zusammenhang stößt mir auch noch einiges andere sauer auf, zum Beispiel dass da plötzlich nur von den industriellen Agrarfabriken die Rede ist. Schauen Sie sich den Betrieb in Schleswig-Holstein doch einmal an! Das ist bestimmt keine Agrarfabrik. Überhaupt: Die Rinderviehhalter, die jetzt in der Hauptsache Probleme haben, sind keine Agrarindustrie oder Agrarfabriken, sondern es sind meistens mittelständische Familienbetriebe ohne Angestellte, deren Existenz erheblich gefährdet ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es einfach ungerecht, wenn da jetzt schon wieder die alternative gegen die konventionelle Landwirtschaft ausgespielt wird und die konventionelle Landwirtschaft wieder auf der Anklagebank sitzt, obwohl sie da nicht hingehört, denn Landwirte haben meiner Meinung nach in Deutschland das Tiermehl legal verfüttert, und zwar nicht an Wiederkäuer, sondern an Schweine und Hühner, was ja auch gesetzlich erlaubt war. Warum kommt jetzt die Landwirtschaft so massiv in die Kritik? Wenn sich dann der Bundeskanzler hinstellt und sagt, dass die landwirtschaftlichen Betriebe, die bäuerlichen Agrarstrukturen in Deutschland industriell wären, halte ich das für höchst ungerecht! Die Landwirte stehen nicht nur finanziell mit dem Rücken zur Wand, sondern auch psychologisch. Dabei sollten wir sie nicht allein lassen!

Meine Damen und Herren, mir ist auch noch aufgefallen, dass unser Landwirtschaftsminister eher ein schwaches Bild abgibt, denn ich höre meist nur den Bundeskanzler oder die Grünen, die natürlich gleich von einer neuen Leitkultur des ökologischen Landbaus sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Doch dann, bitte schön, mit den entsprechenden Absatzmöglichkeiten und der dann erforderlichen höheren Bezahlung! Dann würden auch mehr Landwirte ihre Produktion umstellen, davon gehe ich fest aus. Festzuhalten ist jedenfalls, dass nicht alles, was konventionelle Landwirtschaft heißt, gleich schlecht ist.

In diesem Zusammenhang muss ich noch einmal sagen, dass auch bei vielen Verbrauchern ein Umdenkprozess stattfinden muss.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wer mehr Sicherheit und mehr Qualität fordert, muss auch bereit sein, einen höheren Preis zu bezahlen!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Dann können in Zukunft auch vernünftige Strukturen erhalten und weiterentwickelt werden, denn die Hauptkritiker sollten nicht vergessen, dass in Deutschland jeder neunte Arbeitsplatz an der Landwirtschaft hängt!

(D)

(A) Zu dem Antrag der Grünen möchte ich sagen: Meine lieben Kollegen von den Grünen, wenn Sie meinem Vortrag aufmerksam zugehört haben, dann wissen Sie, warum wir Ihren Antrag ablehnen. Er ist einfach nur tiefgrün gestrickt, das Problem wird einfach nicht behandelt, Verbraucherschutz wird hier nicht groß geschrieben, und das können wir nicht gutheißen!

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wollen einfach nur Ihre ideologischen Betriebe, Ihren ökologischen Landbau hochhalten. Ich bin selbst der Meinung, ökologischer Landbau muss sein in Deutschland, und ökologischer Landbau ist auch gut. Aber wir können doch nicht allen Menschen vorgeben, dass sie ökologischen Landbau machen sollen!

(Beifall bei der CDU)

Das können wir nicht, und das vor allen Dingen nicht von der CDU-Fraktion!

Meine Damen und Herren, was heißt das jetzt also alles zusammengefasst? Die CDU-Fraktion nimmt das BSE-Problem sehr ernst. Nichts darf unterschlagen oder verharmlost werden. Der Verbraucher und dessen Gesundheit stehen im Vordergrund, aber bitte immer auf der Basis von Ergebnissen und Fakten, denn Hysterie hat noch niemanden weitergebracht! – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist doch schon seit langem bekannt, dass die BSE-Seuche nicht nur auf England zu beschränken ist. Diese Gefahr aber wurde auf Kosten des Verbraucherschutzes von maßgeblichen etablierten Politikern verantwortungslos über Jahre hinweg verharmlost oder einfach totgeschwiegen. Diesbezüglich kommt also dieser so genannte Dringlichkeitsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen um mindestens fünf bis zehn Jahre zu spät!

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn unsere Bauern vernünftige Erlöse für ihre Tiere und Produkte bekämen und nicht die ganze Gewinnspanne im Zwischenhandel hängen bliebe, dann hätten wir die jetzige Situation hier nicht. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bevölkerung bereit ist, etwas mehr für gesunde und einwandfreie Produkte zu bezahlen. Hinzu kommt, dass unsere deutschen Bauern durch unsinnige EU-Beschlüsse auf dem europäischen Markt stark benachteiligt werden. Tatsache ist auch, dass die gewinnorientierte industrielle Agrarpolitik und Produktion die Gesundheit un-

serer Bevölkerung erheblich bedrohen. Darum ist ein schnelles und rigoroses Handeln des Senats dringend erforderlich.

Um es gleich vorwegzunehmen, ich werde dem Dringlichkeitsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/558 zustimmen, da der Punkt eins, für eine umgehende Realisierung des im Rahmen des lokalen Agenda-21-Prozesses entwickelten Programms zur umweltgerechten und ökologischen Erzeugung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten Sorge zu tragen, und der Punkt zwei, zu gewährleisten, dass alle Schlachtrinder im Lande Bremen – auch die jüngeren – auf BSE getestet werden, inhaltlich vernünftige und richtige Vorschläge sind.

Ich frage mich allerdings, meine Damen und Herren, warum die Grünen meinen Antrag hinsichtlich der grausamen Schlachttiertransporte und der Tierversuche und meine Anträge zum Tierschutz hier abgelehnt haben, denn es gehört von der Thematik her hier auch mit dazu. Insofern glaube ich Ihnen nicht, dass Sie es mit diesem Antrag hier wirklich ernst meinen.

Meine Damen und Herren, das Thema BSE zeigt wieder einmal deutlich, dass die Aufgabenverteilung der Ministerien in der Regierung schlecht geregelt ist. Hier sind insbesondere die Grünen als mitverantwortliche Regierungspartei gefordert. Darum sage ich Ihnen: Sie müssen als politisch Verantwortliche den Verbraucherschutz aus dem Landwirtschaftsministerium herausnehmen und ihn dem Gesundheitsressort übertragen, denn jeder Anschein einer Vermischung von Verbraucherschutz und wirtschaftlichem Interesse sollte hier unbedingt vermieden werden!

Wer wie Minister Funke die Bauern im Kabinett vertritt, sollte nicht gleichzeitig Anwalt der Verbraucher sein. Darum ist es wichtig, dass der Verbraucherschutz in einem Ministerium angesiedelt wird, bei dem wahrscheinlich wirtschaftliche Überlegung und Überschneidungen nicht so im Mittelpunkt stehen. Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, sorgen Sie also erst einmal dafür, dass eine solche richtige und wichtige Verbraucherschutzmaßnahme in der Regierung effektiv umgesetzt wird, denn ansonsten werden die Grünen politisch noch unglaubwürdiger, als sie es jetzt schon sind!

Für die Deutsche Volksunion, meine Damen und Herren, war es schon immer eine Selbstverständlichkeit, den Verbraucherschutz effektiv zu stärken, die ökologische Landwirtschaft mit zu fördern und den nachteiligen EU-Einfluss auf Kosten und zu Lasten der deutschen Landwirtschaft zu verhindern. Dazu bedurfte es keiner schrecklichen BSE-Seuche. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hammerström.

(A) Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war eigentlich selten bei einer Debatte so hilflos wie heute, weil uns, glaube ich, alle ein Stück Aktionismus begleitet. Das sieht man bei dem einen wie auch dem anderen Antrag, ich bin davon auch nicht ganz frei.

Ich habe heute Morgen noch einmal ins Internet geschaut und mir all das heruntergeladen, was das Bundesgesundheitsministerium, was das Bundeslandwirtschaftsministerium, was der Bundeskanzler zu diesem Thema gesagt haben. Ich habe gedacht, vielleicht gibt es ja noch irgendwelche erhellenden Nachrichten oder irgendetwas, was wir übersehen haben. Ich glaube, das Thema BSE hätte uns vor acht, neun Jahren hier viel mehr beschäftigen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wir alle, alle Politiker haben diesen Fehler gemacht. 1992, auf der Höhe der BSE-Krise in England, haben wir uns zurückgelehnt und gesagt, wir haben kein Problem, hier gibt es kein BSE. Der Kollege ist eben darauf eingegangen, wir haben ja unsere Futtermittel, das Risikomaterial, bei 133 Grad und drei Bar zumindest 23 oder 28 Minuten – das wird ja alles geregelt – sterilisiert. Insofern konnten wir mit unseren Futtermitteln diese Probleme nicht haben.

(B) Ich glaube aber auch, jeder wusste im Grunde genommen, dass uns dieses Thema eines Tages einholt, und es hat uns ganz grausam eingeholt. Wir haben die ersten BSE-Fälle, auch wenn es bisher nur ein einziger BSE-Fall ist, die Tests werden aber sicherlich noch etwas anderes zeigen. Insofern halte ich überhaupt nichts von diesem Schwarzer-Peter-Spiel, dass wir nun dem Herrn Borchers Vorwürfe machen, und ich fand das im Grunde genommen schade von Ihnen, Herr Kollege, dass Sie zum Schluss dem Kanzler nun noch die Schuld gegeben haben.

(Abg. I m h off [CDU]: Ich habe ihm nicht die Schuld gegeben, ich habe nur seine Ausdrucksweise kritisiert!)

Erlauben Sie mir, Herr Präsident, mit Ihrer ganz besonders ausdrücklichen Genehmigung, doch noch einmal ganz kurz zu zitieren, was der CDU-Kollege aus Mecklenburg-Vorpommern zum Thema BSE gesagt hat! Wirklich, noch einmal, mit ausdrücklicher Genehmigung: "Ich kann doch nicht hinter jeden Kuharsch einen Veterinär oder Polizisten stellen!"

(Heiterkeit)

Das ist genau das Thema gewesen, mit dem wir Probleme gehabt haben. Wir haben gesagt, mit Veterinären oder mit Polizei oder mit Überwachung können wir das Thema ad acta legen. Aber es ist auch, Frau Dr. Mathes, von Ihnen zu kurz gegriffen, wenn Sie sagen, jetzt machen wir keine konventionelle Landwirtschaft mehr, jetzt machen wir das alles ökologisch. Ich frage mich immer, was ökologisch ist. Wenn Sie einen Landwirt fragen, der sagt auch, ich verstehe manchmal mehr von Ökologie als irgendwelche spinnerten dahergelaufenen – –.

(Zurufe von der CDU: Grünen! – Heiterkeit)

Nein! Das habe ich nicht gesagt!

Ich zitiere nur einmal eben aus dem Bericht des Lebensmittelchemikers aus dem "Spiegel"-Artikel, da geht es um Därme von Kühen. "Auch Darm ist infektiöses Material, folglich auch der Kot der Tiere. Das bedeutet, dass die Biomöhre riskanter ist als das Hollandgemüse, das nie Erde gesehen hat." Das ist doch das Problem, das wir haben! Mit der Diskussion, Frau Dr. Mathes, die Sie eben versucht haben zu eröffnen, streuen wir uns selbst Sand in die Augen, wenn wir sagen, wir machen das nun alles ganz anders als die Landwirte Hunderte von Jahren vor uns, und dann haben wir keine Probleme mehr.

Was wollen wir denn? Wir hatten ja im Mai die Debatte, als wir über den Grünlandgürtel gesprochen haben. Insofern könnten wir alle unsere Reden aus dem Mai hier noch einmal wiederholen. Solange der Verbraucher für 3,33 DM ein Kilo Schnitzelfleisch bei Kafu bekommen kann und nicht bereit ist, es für 7,77 DM beim Ökolandwirt zu kaufen, werden wir dieses Problem haben. Wir kaufen Lebensmittel, die eben in der Masse erzeugt werden.

Wir werden aber als Politiker nicht dafür sorgen können, dass nun alle auf ökologischen Landbau umstellen, so gern ich das auch möchte. Ich bin Vorsitzende des Vereins Ökologiestation, wir haben eine Verkaufsstelle, wo die Landwirte bei uns die Möglichkeit haben, ökologisches Fleisch zu verkaufen, biologisch angebautes Gemüse. Die Leute sind aber immer noch nicht bereit, diesen Preis dafür zu zahlen, und ich glaube auch, diese Debatte ist hier zu kurz gegriffen, wenn wir nun sozusagen das Kind mit dem Bade ausschütten.

Meines Erachtens tun wir jetzt genau das Richtige, das, was wir eigentlich 1992 schon hätten tun müssen. Deshalb lobe ich die Bundesregierung ganz ausdrücklich, weil, nachdem der erste BSE-Fall auftrat, innerhalb einer Woche ein Gesetz erlassen worden ist. Das Gesetz hat Lücken und muss auch nachgebessert werden. Mein Kollege Hoyer wird gleich noch zum Thema Fischöl und Fischmehl etwas sagen. Diese Schizophrenie, dass wir Fischöl in Margarine für den Verzehr durch Menschen verwenden, es aber nicht an Tiere verfüttern dürfen, muss auch im Gesetz ganz schnell wieder zurechtgerückt werden!

(Beifall bei der SPD)

(D)

(A) Ich möchte hier auch das Schwarzer-Peter-Spiel nicht weiterführen. Ich glaube, wir haben als Koalition einen guten Antrag vorgelegt, der all das beinhaltet, was zurzeit gemacht werden kann. Ob es genügend ist, das wird sich hinterher zeigen. Das Thema BSE ist ja nur die Spitze des Eisbergs. Wir kaufen alle momentan Puterfleisch, weil wir glauben, Puter ist cholesterinfrei, ist fettarm. Schauen Sie sich einmal die Puter an, wie die gemästet werden! Ich weiß nicht, ob Sie einmal so ein Vieh gesehen haben. Übrigens nur in Deutschland, ein Puter in Dänemark sieht ganz anders aus! Wirklich!

(Heiterkeit und Zurufe)

Ja, Sie geben das Stichwort, Antibiotika! Warum zum Beispiel ist das deutsche Rind nicht so beliebt wie das dänische? Das dänische Rind wird auch nicht anders gehalten, das wird auch nicht artgerecht auf der Wiese gehalten, aber es wird eben anders gehalten. Es wird nicht hochgejagt mit Hormonen, es wird nicht behandelt mit diesen fürchterlichen – –.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Es werden doch nicht alle Rinder mit Hormonen hochgejagt!)

Nein, alle nicht! Ich will ja gar nicht dieses Schwarzer-Peter-Spiel, auch nicht gegen die Landwirtschaft! Aber warum wird denn das deutsche Rindfleisch beispielsweise nicht so gern genommen wie das dänische? Das muss doch irgendeinen Grund haben!

(Zurufe von der CDU)

Noch einmal, ich esse nach wie vor Steak!

(B)

Ganz zum Schluss lassen Sie mich noch zu einer Sache kommen, weil ich ja auch sagte, dass wir Politiker ein großes Stück mit Schuld haben. Wir betreiben teilweise einen blinden Aktionismus. Wir haben in der Sitzung am 1. Februar, das ist noch kein Jahr her, eine Vorlage in der Deputation für Arbeit und Gesundheit bekommen. Ich zitiere ganz kurz daraus:

"Skandal" – so kam es aus den Reihen der Referenten, da geht es um Futtermittel –, "Dioxin in brasilianischen Zitruspellets, Dioxin in Futtermitteln aus Belgien, Dioxin in Trockengrün, Klärschlamm in Futtermitteln, Dieselöl im Palmöl aus Indonesien. Igitt, war die treffende Reaktion des Verbrauchers und der Presse, als nun auch noch Klärschlamm in Futtermitteln auftauchte. Angeblich bestätigte ein interner Bericht des Betrugsdezernats im französischen Industrieministerium die Verunreinigung der Futtermittel durch Klärschlamm aus Fäkalien. Das Bundesgesundheitsministerium fasste die dann folgende Mitteilung der französischen Botschaft so zusammen, dass in einigen Tierkörperbeseitigungsanlagen Produkte aus der betriebseigenen Wasserauf-

bereitung den Rohstoffen für die Herstellung von Mehlen für die tierische Ernährung beigefügt worden sind. Danach seien sie aber ordnungsgemäß behandelt worden." Hygienisch einwandfrei ist auch ein Haufen Kot, wenn er sterilisiert wurde. Das bekommen wir in die Futtermittel, die dann anschließend verfüttert werden.

Wir haben diese Vorlage bekommen, meine Damen und Herren, aber ich kann mich nicht erinnern, dass einer von uns diesen Skandal zum Anlass genommen hat, hier einmal nachzuhaken.

(Abg. Herderhorst [CDU]: Das haben wir von Ihnen erwartet!)

Insofern müssen wir den Fehler doch in vielen kleinen Dingen auch schon ein bisschen mehr bei uns suchen, aber nicht nur dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, um dann zu sagen, ich habe den Stein des Weisen gefunden. Ich sage ganz ausdrücklich, unser Antrag, den wir hier eingebracht haben, ist nicht der Stein des Weisen, aber er versucht, das umzusetzen, was wir zum jetzigen Zeitpunkt politisch für richtig halten. – Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Hoyer.

Abg. **Hoyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Damit das eindeutig ist, ich rede zum Antrag 15/566, weil wir ja hier parallel vier verschiedene Anträge behandeln! Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat haben aufgrund eines BSE-Falles in Schleswig-Holstein ein Gesetz beschlossen, welches das Verfüttern von - und das ist jetzt ein wörtliches Zitat - "proteinhaltigen Erzeugnissen und von Fetten aus Gewebe warmblütiger Landtiere und von Fischen sowie von Mischfuttermitteln, die diese Einzelfuttermittel enthalten, an Nutztiere verbietet. Proteinhaltige Erzeugnisse und Fette aus Geweben von Fischen, die zur Verfütterung an Fische bestimmt sind, fallen nicht unter dieses Verbot." So ist das in Deutschland geregelt. Die Europäische Union hat dagegen keine Bedenken, wenn Fischmehl an Allesfresser verfüttert wird.

Also, Fischmehl darf in Deutschland nicht an Wiederkäuer, und das geht aus meiner Sicht völlig in Ordnung, aber auch nicht an so genannte Allesfresser verfüttert werden. Das leuchtet mir nicht ein, aber mir muss ja nicht alles einleuchten. Dann wiederum darf Fischmehl an Fische verfüttert werden. Dazu fällt mir nur ein, weil Weihnachten vor der Tür steht: Karpfen blau! Den dürfen wir dann essen!

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Aber die Fische fressen doch auch Fische!)

Ja, das ist ja auch ein bisschen die Crux!

(A) Ich habe großes Verständnis dafür, dass tierisches Eiweiß nicht an Wiederkäuer verfüttert werden darf, das ist aber schon seit 1994 verboten. Ich habe großes Verständnis dafür, dass nun auch kein tierisches Eiweiß mehr an Allesfresser verfüttert werden darf, denn damit wird die Möglichkeit, und das haben wir hier heute auch schon gehört, beide Sorten miteinander zu vermischen und an Wiederkäuer zu verfüttern, also die Möglichkeit des Betruges, auf null gedrückt, ich hoffe, ganz auf null, aber ich bezweifle das.

Es geht hier schließlich auch um ein hohes Gut, die Gesundheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Dahinter hat der Kommerz, haben wirtschaftliche Interessen zurückzustehen. Wo aber der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und wirtschaftliche Interessen der betroffenen Firmen, wie beim Fischmehl, sich nicht konträr gegenüber stehen, bedarf es meiner Meinung nach auch keiner besonderen Regelung.

Ich möchte jetzt mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer Mitteilung der Senatorin für Gesundheit zitieren, da ist das sehr genau beschrieben. "Wissenschaftlich völlig unbegründet ist jedoch die Erweiterung des Verbotes auf Fischmehl. Dieses gilt als eines der am gründlichsten untersuchten Einzelfuttermittel. Die bremische Veterinärbehörde zählt sicherlich zu denjenigen Fachbehörden, die mit über die größten Erfahrungen für Importkontrollen von Fischmehl verfügen. In der Literatur ist kein Fall beschrieben worden, in dem Fische als BSE-infiziert oder als Überträger genannt wären. Nach Auffassung der Bundesforschungsanstalt für Fischerei ist wegen der sehr großen genetischen Unterschiede zwischen Landsäugetieren und Fischen bei letzteren ein BSE-Geschehen ausgesprochen unwahrscheinlich. Hinzu kommt, dass labortechnisch eine Trennung von Tier- und Fischmehl zweifelsfrei erfolgen kann, so dass von der amtlichen Futtermittelüberwachung das strikte Verbot des Einsatzes von Tiermehl kontrolliert werden kann." Soweit meine Informationen aus dem Hause der Senatorin für Gesundheit!

Am 7. Dezember hat die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, den Magistrat aufzufordern, den Senat zu bitten – das kann man auch anders herum machen, man bittet den Magistrat, den Senat aufzufordern –, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die europäische Ausnahmeregelung bezüglich des Fischmehls in der Tiermehlverbotsverordnung auch unverzüglich in nationales Recht umgesetzt wird. Nur damit können Wettbewerbsverzerrungen für die deutsche Fischwirtschaft innerhalb der Europäischen Union vermieden werden.

Dem habe ich hier nichts mehr hinzuzufügen, außer noch einer kleinen persönlichen Anmerkung, das haben aber auch schon Frau Hammerström und Herr Borchers gesagt. Es hat wenig Zweck, wenn wir im-

mer nur auf die Politik zeigen, sondern es geht auch darum, dass wir, die wir alle Verbraucher sind, an der Kühltheke nicht nur nach Schnäppchen Ausschau halten, sondern uns da auch einmal ein bisschen am Riemen reißen und ein paar Mark mehr auf den Tisch legen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hannken.

Abg. Frau **Hannken** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hoyer hat eben schon gesagt, dass das Fischmehl eben auch Bestandteil dieser Debatte ist und durch das Tiermehlverfütterungsverbotsgesetz Bestandteil geworden ist, dass es weder verfüttert noch importiert und exportiert werden darf.

Es ist zwar auf nationaler Ebene eingeführt worden, auf europäischer Ebene jedoch nicht. Dies könnte den Schluss zulassen, dass es dadurch, dass es auf der europäischen Ebene nicht eingeführt worden ist, aufgrund der Geltung des europäischen Rechts auch für Deutschland keine Geltung mehr hat. Darüber streiten sich zurzeit die Juristen. Ich denke allerdings, dass wir, und dazu soll auch dieser Antrag dienen, eine Klarstellung für die hier ansässigen Im- und Exportunternehmen brauchen, insbesondere für die in Bremerhaven ansässige Fischwirtschaft, und zwar unabhängig davon, ob man vielleicht aufgrund des europäischen Rechts trotzdem weiterhin das Tiermehl verfüttern beziehungsweise im- und exportieren könnte. Somit soll der Senat auch noch einmal aufgefordert werden, das auf nationaler Ebene klarzustellen.

Es wurden schon kurz die Auswirkungen dieses Tiermehlverfütterungsverbotsgesetzes angesprochen, insbesondere für die Bremerhavener Fischwirtschaft. Sie steht vor dem Problem, dass sie nicht weiß, wohin mit den Fischabfällen, und bei Fischabfall handelt es sich nicht, wie viele vielleicht denken, um irgendwelche Gräten, die da herumliegen, sondern hier geht es um Abschnitte, die beim Filetieren frisch geschlachteter Fische übrig bleiben. Diese Abfälle werden auch als so genannte Low-risk-Abfälle bezeichnet, das heißt, wenn sie nicht zu Fischmehl verarbeitet werden, können sie zum Beispiel zur Schweinefütterung verwendet werden.

Dadurch entsteht die Schizophrenie, dass die Firmen zum Beispiel ihre Abfälle direkt an die Landwirte geben könnten, die könnten sie verfüttern, wenn aber genau die gleichen Abfälle zu Fischmehl verarbeitet werden, dürfen sie nicht mehr zur Verfütterung verwendet werden. Ich denke, daran sieht man schon, dass dieses Gesetz nicht wirklich aus-

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) gereift ist, wie Frau Hammerström es schon vorhin genannt hatte.

Diese Probleme, die die Fischwirtschaft hat, beziehen sich aber nicht nur darauf, dass die Firmen nicht mehr wissen, wohin mit ihren Fischabfällen, sondern es sind auch finanzielle Probleme, und zwar nicht zu geringe finanzielle Probleme. Vorher wurden die Fischabfälle an die Fischmehlfabrik verkauft. Dies ist jetzt nicht mehr in der Form möglich, weil der Fischmehlfabrik einfach der Absatzmarkt fehlt. Damit stehen viele Firmen in Bremerhaven vor großen Problemen.

Ich denke, dass wir uns dieser Probleme annehmen müssen, deshalb haben wir als CDU-Fraktion zusammen mit der SPD hier den Antrag sowohl in die Bürgerschaft als auch in die Fischereihafendeputation und in Bremerhaven in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Ich bin sehr froh, dass in der Fischereihafendeputation ein einstimmiger Beschluss und auch in der Stadtverordnetenversammlung ein Beschluss diesbezüglich gefasst wurde

Ich möchte noch ein Problem ansprechen, weil Herr Hoyer darauf nicht eingegangen ist, und zwar den Im- und Export von Fischmehl. Insbesondere betrifft es die bremischen Häfen, denn Bremen ist der Hafenumschlagplatz für Fischmehl. Jährlich werden dort 350 000 Tonnen Fischmehl umgeschlagen. Wenn dieser Umschlag, also der Im- und Export von Fischmehl, nicht mehr erlaubt werden sollte, bedeutet das, dass zukünftig 100 Arbeitsplätze gefährdet sind. Ich denke, das kann sich eine Stadt wie Bremen nicht erlauben.

(B)

Mit den Gründen, die dafür sprechen könnten, dass man das Fischmehl als Futtermittel verbietet. müssen wir uns schon differenziert auseinander setzen. Wenn Gefahren für Menschen bestehen, bin ich auch dafür, dass man sehr klar darüber redet, allerdings gibt es bisher keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, dass diese Gefahren oder dieser Zusammenhang mit BSE besteht, und daher denke ich, dass das Gesetz, das ja dieses Futtermittel Fischmehl verboten hat, zu weit gegangen ist. Ich weiß, dass dies wohl insbesondere auch auf Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen in das Gesetz hineingenommen wurde. Ich frage mich allerdings manchmal, ob es bei Ihnen wirklich aus Gründen des Verbraucherschutzes und nicht aus anderen Gründen geschehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Dafür, dass es keinerlei Gefahren für die Menschen birgt, spricht zum Beispiel auch, dass auf EU-Ebene, wenn man sich damit ausführlich auseinander gesetzt hat, beschlossen wurde, dass das Fischmehl nicht unter das Verfütterungsverbot fallen soll. Es spricht auch dafür, dass das Fischmehl weiterhin für das Fishfarming benutzt werden kann, das heißt, es dürfen zum Beispiel keine Schweine und kein Geflügel mehr damit gefüttert werden, aber Fische werden weiter damit aufgezogen, und diese gezüchteten Fische essen wir weiterhin, das heißt, dass damit ja eigentlich auch schon ein Widerspruch in sich vorliegt. Auf das Argument, dass diese Fische in reiner Form verfüttert werden dürfen und in Fischmehlform nicht, habe ich schon hingewiesen. Auch dies spricht dafür, dass keinerlei Bedenken aus Verbraucherschutzgründen bestehen.

Die Folge des Fischmehlverfütterungsverbots sowie des Im- und Exportverbots ist, dass Deutschland auf europäischer Ebene isoliert ist, dass die Deutschen, und hier nenne ich eben insbesondere die Bremerhavener Firmen, in der Fischwirtschaft großen Wettbewerbsverzerrungen entgegensehen, dass sie in ihrer Möglichkeit gebremst sind.

Ich hätte mir gewünscht, das sage ich jetzt hier auch ganz offen, obwohl ich weiß, dass es jetzt diese Initiativen auch auf Senatsebene gibt, dass der Senat, insbesondere unser Bürgermeister Scherf, dies vielleicht schon etwas früher erkannt hätte und bei der Beschlussfassung über das Gesetz schon eingebracht hätte, welche Probleme sich daraus für Bremen und Bremerhaven ergeben, darauf hingewiesen hätte, um damit vielleicht schon im Vorwege das Feld zu bereiten, damit es uns jetzt leichter fallen wird, auf Bundesebene das Fischmehl aus dem Tiermehlverfütterungsverbotsgesetz herauszunehmen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte um das BSE-Problem hat noch einmal deutlich gemacht, in welcher Art und Weise wir uns ernähren. Es wird auch langsam deutlich, wie schlecht wir uns durch die industrialisierte Landwirtschaft ernähren. Ich denke, dass die Verbraucher endlich die Nase voll davon haben, sich von schlechten Nahrungsmitteln ernähren zu müssen.

Die Bundesregierung hat dieses Problem erkannt und hat mehr oder weniger schnell reagiert unter dem Motto "Safety first", meine Damen und Herren, also lieber im Moment zu viel als zu wenig regulieren. Aus diesem Grund ist auch die Überlegung angestellt worden, Fischmehl in dieses Tiermehlfütterungsverbot einzubeziehen. Das geschah nicht einfach so aus dem Bauch heraus, sondern natürlich, Frau Hammerström, in Absprache und nach Anhörung der Argumente der Verbraucherschutzverbände, die diesem ja eindeutig zugestimmt haben. Das war also keine isolierte grüne, sondern eine abge-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) stimmte und wohl überlegte Entscheidung, auch das Fischmehl in dieses Verbot einzubeziehen.

Zur Erinnerung muss man auch noch einmal sagen, dass sich natürlich der Bundesrat mit dieser Frage ausführlich beschäftigt hat und dieses Gesetz einstimmig und mit den Stimmen Bremens so beschlossen hat, wie es vorliegt. Das schließt die Fischmehlverfütterung ein.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Das Verbot der Verfütterung!)

Das schließt das Verbot der Verfütterung von Fischmehl mit ein, ausgenommen natürlich die Fische selbst. Das hat meines Erachtens eine gewisse Logik.

Eine Logik hat es auch, Tiermehl nicht an Wiederkäuer zu verfüttern. Das ist aber sowieso verboten. Problematisch ist die Wiederverfütterung an Schweine und Hühner. Darüber kann man langfristig noch einmal diskutieren. Aber im Moment denke ich, das Verbot wieder durch eine Ausnahmeregelung in diesem Fall aufzuheben wäre in der gegenwärtigen Situation das falsche Signal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. I m h o f f [CDU]: Das ist doch nur vorgeschoben!)

Sie sagen, es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass Fischmehl BSE erzeugt. Das ist wohl richtig. Aber genauso richtig ist, dass es auch den Gegenbeweis nicht gibt, dass es keine überzeugenden Beweise dafür gibt, dass Fischmehl kein BSE zur Folge hat. Wir wissen es nicht, die Debatte ist offen. Deswegen sagen wir: Bevor das nicht letztendlich geprüft und entschieden ist, darf man diese Verbotsregelung, die von der Bundesregierung sozusagen in Vorreiterfunktion übernommen worden ist, nicht im Nachhinein wieder aufweichen.

Das Problem dabei ist ja auch, dass die große Gefahr der Reimporte von Futtermitteln wieder auf uns zukommt, wenn man es auf europäischer Ebene wieder aufweichen würde. Wer will kontrollieren, ob Futtermittel aus der Europäischen Union dann nicht hier widerrechtlich verfüttert werden? Es ist also besser, ein generelles Verbot auszusprechen, das nicht nur für Deutschland Wirkung hat, sondern eben im Gegensatz zu dem Antrag, der hier vorliegt, ausgedehnt wird auf die Europäische Union insgesamt. Das ist eigentlich die Richtung, die richtig wäre in dieser Debatte. Langfristig, wenn der Beweis erbracht ist, kann man sich dann wieder über Ausnahmetatbestände unterhalten. Ich denke, das ist der richtige Weg für einen Verbraucherschutz und ein Umdenken in Richtung richtige Ernährung.

Der Antrag der großen Koalition, jetzt diese Ausnahmeregelung einzuführen, ist auch unkritisch in

der Richtung – das muss ich auch Herrn Hoyer als Vorsitzenden der Fischereihafendeputation noch einmal sagen –, weil er insgesamt das Problem der Fischmehlproduktion gar nicht im Auge hat. Man muss, finde ich, unter ökologischen Gesichtspunkten noch einmal gesondert betrachten, dass natürlich die Fischmehlproduktion an sich schon eine unökologische Produktionsweise ist, weil sie einen Anreiz dafür bietet, Beifänge oder kleinere Fische, so wie andere europäische Länder das machen, mit dem Ziel zu fangen, sie zu Fischmehl zu verarbeiten. Das kann, glaube ich, nicht im Sinn unserer Politik sein, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weiterhin ist ein Verbot der Fischmehlverfütterung auch ein geeignetes Instrument, strukturpolitisch einen Anreiz zu bieten, darüber nachzudenken, die Fischabfälle auch in Bremerhaven sinnvoller zu verwerten, als sie in die Fischmehlproduktion zu stekken. Auch das ist gängiges Gedankengut der Leute, die sich mit Biotechnologie, Nahrung und Genuss und so weiter beschäftigen. Wir hatten heute Morgen sehr lebhaft, ausführlich und kontrovers diese Debatte. Wir haben ja gesagt, dass gerade hier für Bremerhaven gewisse Potentiale liegen. Es ist eigentlich nicht einzusehen, warum zwei Drittel eines gesunden Fisches als Abfall in die Fischmehlfabrik wandern und nur ein Drittel verarbeitet wird.

(Abg. Tittmann [DVU] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Hier gibt es mindestens noch, ich glaube, ein Drittel – ich kenne die Prozentzahlen nicht ganz genau – an Potentialen, die zusätzlich in eine Verwertung eingeführt werden können. Das, finde ich, ist auch eine gute Basis für diese Entwicklung in der Biotechnologie, neue Produkte – –.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Abgeordneter, machen Sie doch einfach einmal einen Punkt, und lassen Sie sich fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tittmann annehmen!

Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Tittmann!

Abg. **Tittmann** (DVU): Das ist aber nett, das hat man ja auch nicht oft. Können Sie mir denn sagen, warum die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt hat, wenn Sie den hier ablehnen wollen?

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe doch, glaube ich, sehr sachgemäß, einleuchtend und

(D)

(A) durchdringend dargelegt, aus welchen Gründen wir der Argumentation, wie sie in diesem Antrag vorliegt, nicht folgen können. Ich würde Sie bitten, diesen Argumentationsstrang zu verfolgen, dann würden Sie auch in der Schlussfolgerung dazu kommen können, dass wir in der Lage sind, eigenständig, unabhängig und gedankendurchdrungen diesen Antrag ablehnen zu können, ohne unbedingt jetzt darauf Rücksicht zu nehmen, was in der Stadtverordnetenversammlung debattiert worden ist.

(Abg. Tittmann [DVU]: Ich finde es etwas zwiespältig und unehrlich! – Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Tittmann, Sie haben nicht das Wort! Zwischenfragen sind kein Dialog, es wird eine Zwischenfrage gestattet, damit ist die Sache erledigt. – Bitte, Herr Schramm!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Insgesamt möchte ich als Fazit noch einmal darlegen, dass wir den Antrag der großen Koalition ablehnen und meinen, er würde zu einer Aufweichung des Verbots führen, was in der gegenwärtigen Situation nicht hilfreich erscheint.

Die Einschnitte in der Fischwirtschaft in Bremerhaven muss man problematisieren und anerkennen. Hier muss man noch einmal den Senat auffordern zu prüfen, ob es nicht günstig und sinnvoll ist, durch die Bundesregierung über europäische Programme Kompensationen einzufordern, die dann die Fischwirtschaft wieder in die Lage versetzen, ihre Verluste auszugleichen. Diese Debatte muss geführt werden, weil sie ja insgesamt sowieso durch die Landwirtschaftsverbände eingefordert wird. Ich finde, man muss in diese Kompensationsforderungen die Fischwirtschaft einbeziehen, und dann sehen wir später einmal weiter, wie es letztendlich ausgehen wird. – Danke!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fange jetzt noch einmal mit dem speziellen Bremerhaven-Problem an beziehungsweise mit diesem Antrag. Es ist kein Bremerhaven-Problem, ich nehme das auch zurück. Es ist ein Landesproblem!

Ich knüpfe aber an dieser Stelle an und möchte erst einmal klarstellen, dass die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven nicht zugestimmt haben. Das ist keine richtige Aussage, die hier getroffen wurde. Der zentrale Grund ist der – und da vielleicht ergänzend, warum es im Moment nicht sinnvoll ist, hier wieder eine Rolle rückwärts zu machen –, dass man ansonsten das Tiermehlver-

bot nicht kontrollieren kann. Uns nützen keine Regelungen, die wir nicht kontrollieren können. Die Argumentationen, die dann gebracht werden, sind der zentrale Punkt. Es geht nicht, es dann zu kontrollieren!

Vielleicht können Sie sich an Ihren anderen Antrag der großen Koalition erinnern, der besagt, dass wir dringend eine europaweite Deklaration sowohl von Futtermitteln als auch von Geburts-, Aufzucht-, Mast-, Schlacht- und Zerlegungsort brauchen. Erst wenn das alles einmal zusammen mit der Futtermitteldeklaration gewährleistet ist, können wir auch über Ausnahmetatbestände reden, aber erst dann, denn sonst machen wir das wieder auf Kosten des Verbraucher- und Verbraucherinnenschutzes. Das lehnen wir grundsätzlich ab!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme jetzt noch einmal zurück auf Frau Hammerström mit der Aussage, und das sehe ich auch so, dass zu lange gezögert und nicht reagiert wurde. Ich möchte aber erst einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir Grünen sehr wohl das Problem wahrgenommen haben. Wir haben das hier debattiert im Zusammenhang mit der Frage der amtlichen Lebensmittelüberwachung und mit Ihren Haushaltsbeschlüssen, diese herunterzufahren, sowohl personell als auch finanziell. Wir haben gesagt, bei einem Zusammenwachsen Europas im Zusammenhang mit dem europäischen Binnenmarkt, einer verstärkten Globalisierung auch der Nahrungsmittelindustrie ist das, was wir machen müssen, Kontrollen verstärken und nicht reduzieren. Sie können, das glaube ich Ihnen, ich bin wirklich einmal gespannt, ohne Geld nichts machen. Wie lange können Sie Stroh zu Gold spinnen? Das und dass man hier massiv ein BSE-Verbraucherschutzsonderprogramm machen muss, war unsere Aussage.

Der wichtigste Punkt ist, dass es nicht so ist, dass das die Menschen nicht erkannt haben. Ich möchte das wirklich noch einmal eindringlich sagen, und ich weise Sie noch einmal auf dieses Ding hin! Das hat zwar jetzt sozusagen einen grünen Untergrund, ist aber nicht von Grünen entwickelt. Es ist im Rahmen des lokalen Agenda-21-Prozesses mit Landwirten, Verbraucherschützern, der Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft und so weiter entwickelt worden und ist ein ganz breites gesellschaftliches Bündnis.

Wir haben da wirklich eine große Chance. Wir haben eine Chance, in dieser Gesellschaft hier und jetzt, wo diese Sensibilisierung stattfindet, diese neuen Allianzen, die sich lange bevor Sie das registriert haben, gebildet haben, umzusetzen. Wir haben vier Jahre an Programmen gearbeitet, was wir machen können, um eine höhere Wertschöpfung in der Region zu halten, die Verbraucher zu schützen, gesunde Nahrungsmittel zu erzeugen und die Umwelt zu

(A) schonen. Wie können wir all dies zusammenbringen?

(Abg. Frau Tuczek [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Das, meine Damen und Herren, geht hier in Bremen hervorragend. Wir haben die besten Voraussetzungen, und das ist die zentrale Stelle, wo der Senat auch in der Verpflichtung ist.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung der Kollegin Tuczek?

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Tuczek!

Abg. Frau **Tuczek** (CDU): Frau Dr. Mathes, Sie sagen, der Verbraucherschutz steht für die Grünen ganz oben. Da wundere ich mich, dass die grüne Partei einem Antrag der CDU-Bundestagsfraktion auf Wiedereinführung eines Importverbotes zum Beispiel für britisches Rindfleisch nicht zugestimmt hat. Wie stehen Sie denn dazu? Das wäre Verbraucherschutz gewesen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist eine Komponente. Das ist der Teil, bei dem wir Bedingungen gestellt haben. Sie wissen ganz genau, dass das immer eine Abwägung zwischen europaeinheitlichen Regelungen und nationalen Alleingängen ist. Wir haben damals die Bedingung gestellt, dass es für uns nur in Frage kommt, wenn britisches Rindfleisch auch gekennzeichnet ist und der Verbraucher oder die Verbraucherin selbst entscheiden kann, es zu konsumieren. Das war die Bedingung, und dass der Importstopp nur dann aufgehoben wurde, als auch die Kennzeichnungsregelung in Kraft getreten war, ist durchaus auch ein grünes Verdienst.

Ich wollte jetzt noch meine letzten Gedanken weiterführen. Ich war ja bei der Frage, was hier in der Zuständigkeit der Landes ist und was das Land tun sollte. Ich habe darauf hingewiesen, dass es da entsprechende Ausarbeitungen gibt.

Ich möchte jetzt auch noch einmal ein kurzes Wort an Frank Imhoff richten und auf seinen Beitrag eingehen, weil es doch wichtig ist, die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten. Mittelständische Betriebe sind doch zentral! Das ist auch unser Ziel, und wenn das hier im Nachhinein so dargestellt wird, als würden wir jetzt in einem Schritt alles über die Landwirtschaft hinweg ökologisieren, dann stimmt das auch

nicht. Es geht um freiwillige Angebote und um Unterstützung, dass man das an der Stelle gemeinsam macht und hinbekommt.

Abschließend komme ich jetzt noch einmal zu dem Antrag. Frau Hammerström, Sie haben auch die Aussage getroffen, der Antrag der großen Koalition – dem wir auch zustimmen, der ist richtig, den unterstützen wir auch – würde alles beinhalten, was gemacht werden kann. Das stimmt eben nicht so! Deswegen halten wir unseren grünen Antrag aufrecht, nämlich genau hier vor Ort auch tätig zu werden und nicht immer nur global zu fordern und lokal selbst nicht zu handeln. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. Imhoff (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Mathes, Sie sprechen hier von einer Allianz, die gegründet werden muss, und von einer Zusammenarbeit zwischen konventionellem und ökologischem Landbau. Ich möchte hier anführen, dass uns zum Beispiel ja auch groß die Öko-Regio-Tüte angepriesen wurde, die von konventionellen Landwirten und Ökobaulandwirten zusammen bestückt und dann gemeinsam aus der Region für die Region verkauft werden sollte. Große Klasse! Dem habe ich zugestimmt, das war auch mit allen so abgesprochen.

Dann lese ich vor ungefähr zwei, drei Wochen in der Zeitung: "Öko-Regio-Tüte" – so heißt das nicht mehr, das heißt jetzt "Tüte von hier" oder so –, und darauf steht dann: Rein ökologische Produkte. Ich frage mich: Wo sind die konventionellen Landwirte da geblieben? Die sind auf der Strecke geblieben, und dann sagen Sie, Sie wollen hier eine Allianz gründen. Bitte schön, dann müssen Sie auch einmal die konventionelle Landwirtschaft akzeptieren und nicht immer Ihre Landwirtschaft als die bessere darstellen, denn beide haben eine Berechtigung, hier in Deutschland Landwirtschaft zu betreiben! Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn man es dann nicht auch noch essen muss!)

Es ist ja jedem freigestellt, was er essen will! Der Verbraucher hat ja letzten Endes die Entscheidung. Der Verbraucher bestimmt doch den Markt, Angebot und Nachfrage regeln den Preis, und danach richtet sich auch der Markt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Na eben, dann ist es ja gut!)

(D)

(A) Das haben Sie vielleicht noch nicht ganz so verinnerlicht.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Landwirtschaft ist natürlich das Beispiel für funktionierende Marktwirtschaft überhaupt!)

Eines ärgert mich jedenfalls trotzdem, darauf muss ich noch einmal eingehen, obwohl ich dazu schon in meinem letzten Beitrag etwas gesagt habe: Hier wird immer wieder das Wort Agrarindustrie in den Mund genommen, und wir reden hier über BSE. Ich will nicht abstreiten, dass es Agrarindustrie gibt, aber bei BSE sind die Rindviehhalter betroffen. Da können wir doch einmal – ich lade Sie alle gern ein – eine Rundfahrt machen, und dann zeigen Sie mir die Betriebe, wo die Agrarindustrie der Rindviehhalter ist. Das möchte ich sehen! Jedenfalls hoffe ich, dass wir alle im Sinne des Verbraucherschutzes eine vernünftige Lösung finden. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hammerström.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch einmal kurz darauf eingehen, was Frau Dr. Mathes gesagt hat! Frau Dr. Mathes, Sie haben ja vollkommen Recht, dass wir große Probleme mit der Finanzierung des Landesuntersuchungsamtes haben. Ich gebe Ihnen hier heute mein Wort, zur Privatisierung, die ja im Raum steht, ist noch nicht das letzte Wort gesprochen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage das einfach einmal, das ist mit meiner Fraktion nicht abgestimmt, auch nicht mit unserem Koalitionspartner, wir sind da noch in der Diskussion. Ich glaube aber, vor dem Hintergrund von BSE und auch vor dem Hintergrund, dass man eben in dieser Stadt nicht alles privatisieren kann, müssen wir uns diese Frage sehr sorgsam stellen. Ich verspreche Ihnen, dass wir diese Frage auch öffentlich gemeinsam diskutieren. Wenn es um Verbraucherschutz geht, sollten das hier keine Fensterreden sein, sondern auch wenn es um das Landesuntersuchungsamt geht, sollten wir es ernst meinen. Ich hoffe, Sie glauben mir da!

Ganz kurz noch eben, weil Frau Linnert eben sagte, die Entscheidung über den Fleischverzehr liege bei jedem Verbraucher! Das sagt auch Ihre Gesundheitsministerin, sie sagt auch nicht, dass wir alle Ökofleisch kaufen sollen, wie Sie es eben zu Herrn Imhoff sagten. Das zentrale Thema ist: Wir sollten alle in unserem Freundes- und Bekanntenkreis dafür

werben, dass Fleisch eben auf eine andere Art und Weise erzeugt werden muss, dass man das Schnitzel nicht mehr für 3,33 DM kauft oder dass man auch dem Wert von Fleisch wieder etwas anderes beimisst. Die meisten Kinder wissen schon gar nicht mehr, was Kühe sind. Sie glauben, Kühe sind lila.

Ich will Ihnen noch erzählen, dass wir in Vegesack ein großes Problem hatten, eine Genehmigung zu bekommen, um dort auf dem Weihnachtsmarkt ein Muli oder einen Esel und ein Schaf hinzustellen. Diese Tiere sollten da nicht hingestellt werden dürfen, weil sie dort nicht artgerecht gehalten werden können. Wenn das das zentrale Problem dieser Stadt ist, dann frage ich mich, ob wir nicht einfach auch anfangen müssen, ein anderes Verhältnis zu Tieren zu bekommen. Dazu gehören auch solche Sachen, wenn einmal auf so einem Weihnachtsmarkt ein Esel ausgestellt wird, dass dann nicht einige gleich wieder zum Veterinäramt laufen und sagen, stopp, diese Tiere werden da gequält. Wir können auch alle in unseren Bereichen noch das eine oder andere dazu beitragen.

Zu den amtlichen Lebensmittelprüfungen habe ich etwas gesagt. Es bleibt uns aber noch der letzte Antrag, den wir überhaupt noch nicht angesprochen haben, die Kostenordnung. Ich habe bei dieser Kostenordnung begriffen, dass es hier nicht nur um Rindviecher geht, sondern auch um Bisons und Wasserbüffel. Ich weiß nicht, Frau Senatorin, ob es diese Tiere auch auf dem Schlachthof gibt, oder ob wir das nur vorsorglich gemacht haben. Für meine Fraktion erkläre ich, wir stimmen dieser Kostenordnung heute zu, und damit, glaube ich, haben wir dann alle Anträge, die heute vorliegen, abgearbeitet. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Hoyer.

Abg. **Hoyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Imhoff, ich meinte natürlich Sie und nicht Herrn Borchers, ich habe das ein bisschen durcheinander bekommen, damit das einmal klar ist!

(Abg. I m h o f f [CDU]: Schön, dass Sie sich deshalb noch einmal gemeldet haben!)

Nein, deswegen nicht!

(Abg. Focke [CDU]: Sie haben aber zugegebenermaßen keine Ähnlichkeit!)

Frau Dr. Mathes, die Grünen im Stadtparlament in Bremerhaven haben dem Antrag, den ich hier vorgelesen habe, so zugestimmt, wie ich ihn hier vorgelesen habe.

(Abg. Tittmann [DVU]: Richtig!)

(A) Ihr Kollege Pletz hat ihn begründet, das hat mir ein sozialdemokratisches Mitglied dieses Stadtparlaments erst gestern Abend noch einmal erzählt, den ich, weil wir hier heute diskutieren wollten, gefragt habe. Wenn er mich falsch informiert hat, dann stelle ich das hier auch im Parlament klar, aber für mich bleibt erst einmal stehen, Sie haben dort so zugestimmt!

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/ Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Hoyer** (SPD): Das bringt doch nichts! Sie fragt mich, ob das wirklich stimmt, und ich sage, meiner Meinung nach ja, und dann sind wir wieder da, wo wir vorher waren.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Dr. Mathes, ich frage nach in Bremerhaven, ob das wirklich, endgültig und gesichert so stimmt, und wenn ich mich geirrt habe, nehme ich das hier vor Ihnen zurück.

Herr Kollege Schramm, Sie sind schon sehr lange in der Fischereihafendeputation. Ihnen muss doch so langsam der Unterschied zwischen der Beifangregel und Fischdampfern, die nur losfahren, um Fisch zu fangen und ihn zu Fischmehl zu verarbeiten, klar sein. Wenn Ihnen das allerdings bis heute noch nicht klar ist, dann tut es mir Leid, dann kann ich Ihnen das auch zukünftig nicht mehr klarmachen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind zwei grundverschiedene Schuhe. In Deutschland wird diese Fischerei nicht betrieben, die Dänen machen es, das ist die einzige Nation in der EU, von der ich das zurzeit weiß. Die Isländer mit ihrer Lodde sind nicht in der Europäischen Union. Herr Schramm, wir waren auf Island und haben zugeschaut.

(Heiterkeit)

Die Behauptung, es wäre ein Anreiz, die so genannte Gammelfischerei zu betreiben, wenn es erlaubt wäre, Fischabfälle zu Fischmehl zu verarbeiten, ist falsch. Ich erkläre Ihnen das vielleicht doch noch einmal! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war eine lange Debatte, und sie spiegelt das wider, was in den letzten Wochen ja auch heftig zum Thema BSE und Themen, die sich darum herum ranken, debattiert worden ist. Ich stelle für mich zunächst einmal hier fest, dass ich mich freue, dass wir offensichtlich hier im Hause eine große Verständigung darüber haben, wie wir mit dem Thema BSE insgesamt für Bremen umgehen und was wir an Handlungsbedarfen sehen. Ich sehe da einmal vom Thema Fischmehl ab, dazu ist vieles gesagt worden, da gibt es gegensätzliche Standpunkte. Ich weiß auch nur von einstimmigen Beschlüssen in der Fischereihafendeputation und in der Stadtverordnetenversammlung, aber es wird sich ja aufklären lassen.

Abgesehen vom Thema Fischmehl ist aber der Antrag der großen Koalition mittlerweile auch von den Grünen so mit beeinflusst worden, dass er jetzt für alle Fraktionen offensichtlich zustimmungsfähig ist. Darüber freue ich mich sehr, weil ich glaube, dass gerade zu einem sehr schwierigen Thema wie BSE, das ja auch mit vielen Ängsten einhergeht, bei jedem von uns, auch bei Verbrauchern und Verbraucherinnen, das sind wir auch, große Ängste da sind und wir uns vornehmen müssten, diese Ängste nicht noch zu schüren durch Debatten, die wir führen. Ich freue mich, dass wir da einer Meinung sind und in Bremen gemeinsam einen Weg finden wollen, wie wir mit diesem Thema umgehen. Ich will deswegen auch ganz ausdrücklich hier die einzelnen Punkte des Beschlusses noch einmal ansprechen, um auch klarzustellen, was jetzt passieren soll.

Wir wollen uns auf Bundesratsebene dafür einsetzen, und das erkläre ich auch für den Senat, dass wir das tun werden, weil nur das Sinn macht, dass auf EU-Ebene dieser befristete Beschluss des Tiermehlverfütterungsverbotes – das ist ja da zunächst nur für ein halbes Jahr beschlossen worden – unbefristet gestaltet wird entsprechend der deutschen Regelung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Für mich ist dieser Beschluss auf EU-Ebene auch ein Beleg dafür, dass es überhaupt keinen Sinn macht, Alleingänge auf nationaler Ebene oder sogar auf Bundeslandsebene zu machen, sondern dass wir Beschlüsse, Regelungen brauchen, die EU-weit gelten, damit wir einheitlich in diesem Europa ein Maximum an Sicherheit und die Möglichkeit von Repressalien, aber auch von Prävention haben und nicht zu unterschiedlichen Regelungen und damit zu unterschiedlichen Ängsten oder Situationen in den einzelnen Ländern kommen. Vor dem Hintergrund, sage ich dann noch einmal, würde ich auch Fischmehl vielleicht etwas anders beurteilen, weil da die deutsche Regelung weiter geht als die EU-

(D)

(A) Regelung. Auch Herr Schramm hat davon gesprochen, dass wir einheitliche Regelungen anstreben sollten. In diesem Zusammenhang würde ich also auch Bewegungsnotwendigkeit in Richtung einheitlicher europäischer Regelungen sehen.

Wir werden uns auf Bundesebene für die Entwicklung von Testverfahren auf BSE-Erreger auch an lebenden Tieren einsetzen. Bisher können wir nur an toten Tieren testen. Wir sind da sehr eingeschränkt und können das deshalb auch nur an Schlachthöfen realisieren oder bei Tieren, die auf andere Weise als im Schlachthof verenden oder notgeschlachtet werden müssen. Wir brauchen da Testverfahren – die muss die Wissenschaft uns liefern –, die auch Tests an lebenden Tieren ermöglichen, darauf müssen wir, auch EU-weit, hinarbeiten.

Wir wollen, und das machen wir bereits, Tiere ab einem Alter testen, ab dem eine wissenschaftliche Aussage über das Vorhandensein von BSE möglich ist. Wir testen bereits länger, als es auf Bundesebene zwingend vorgegeben ist. Ich kann die Zahlen für die erste Testwoche nennen, wobei Sie berücksichtigen müssen, dass die Schlachtzahlen wegen der BSE-Diskussion zurückgegangen sind. Sie haben vielleicht auch gelesen, dass inzwischen ja von hier aus auf niederländische Schlachthöfe ausgewichen wird. Auch das spricht für mich ganz eindeutig dafür, dass wir einheitliche Regelungen auf EU-Ebene brauchen, sonst nützt uns unsere ganze nationale Regelung nichts.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B)

Wir haben in der ersten Testwoche 215 Tiere an bremischen Schlachthöfen, also in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven, getestet, die älter waren als 30 Monate. Wir haben keinen Fall von BSE gefunden. Das vielleicht hier als kurzer Sachstandsbericht!

Da greift dann auch das, was eben am Schluss noch angesprochen worden ist, nämlich die Kostenordnung, die wir hier heute vorlegen. Wir brauchen eine Regelung, die die Kosten für diese Tests auch denen auferlegt, die diese Kosten zu tragen haben. Das kann nicht der Staat sein, sondern das muss aus meiner Sicht – und so regeln das wohl auch die norddeutschen Länder, wir sind da im Einklang – über die Schlachthöfe organisiert werden und wird sich dann am Ende an der Ladentheke wiederfinden. Ich glaube aber, wir sind uns ja alle einig, dass wir den mündigen Verbraucher wollen, und dann muss der Verbraucher auch solche Dinge in sein Verhalten einbeziehen, und solche Kosten, die sich dann auf Preise auswirken, sind dann eben auch mit zu tragen.

Wir werden uns in Brüssel für eine sofortige europaweite obligatorische Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischprodukten in Bezug auf Geburts-, Mast-, Schlacht- und Zerlegungsort des Rindes einsetzen. Das werden wir über die Bundesebene machen müssen, werden das aber tun, weil nur das dann dem vorbeugt, was Frau Tuczek angesprochen hat, nämlich dass wir als Verbraucher und Verbraucherinnen nicht genau wissen, was wir denn da eigentlich kaufen und was wir dann auch verzehren.

Wir werden in Bremen die Einhaltung der bereits geltenden Vorschriften zum Schutz vor BSE bei der Bremer Futtermittelindustrie überprüfen und dauerhaft sicherstellen, das ist selbstverständlich. Wir werden gewährleisten, dass ab sofort bei der Lieferung von Futtermitteln eine offene Deklaration der verarbeiteten Einzelkomponenten schriftlich beigefügt wird. Wir sind alle darauf angewiesen, nicht nur wir in Bremen, sondern europaweit, vielleicht weltweit, dass verstärkt über die Ursachen des bislang nicht auszuschließenden Zusammenhangs zwischen BSE-Erregern und der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit geforscht wird sowie nach Behandlungsmöglichkeiten, die wir für die Menschen dringend brauchen, die diesem Krankheitsbild zum Opfer fallen.

All das werden wir von hier aus tun. Ich bin froh, dass dieses Haus uns auf diesem Weg offensichtlich ein einstimmiges Votum mitgeben wird, damit wir wirklich auch diese Debatte und diese schlimme Tatsache BSE, die nun da ist, für die Zukunft nutzen können für eine verbesserte Verbraucherinformation, für verbesserten Verbraucherschutz und für die Entwicklung von Gegenmaßnahmen, wenn denn der schlimmste Fall eingetreten ist, nämlich das Krankheitsbild aufgetreten ist. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir tragen das Problem Fischmehl beziehungsweise die Folgen aus der nationalen und europäischen Gesetzgebung, was das Tiermehl angeht, auf zwei Schultern, insofern habe ich mich hier heute auch noch einmal zu Wort gemeldet.

Selten ist in den letzten Jahren ein Gesetz, das zugleich die landwirtschaftlichen Betriebe, das Wirtschaftszweige wie zum Beispiel die Fischereiindustrie und den Handelsstandort, insbesondere Bremen, betrifft, so hektisch auf den Weg gebracht worden. Ohne jeglichen Zweifel, und darin sind wir alle uns hier einig, war ein schnelles Verbot von Tiermehl zum Schutz vor BSE dringend notwendig. Nur, man kann auch des Guten zuviel tun.

Zu diesem Zuviel gehört nach unserer Einschätzung und auch nach meiner Einschätzung und nach dem Stand der Wissenschaft das Verbot von Fischmehl und Fischöl. Das sehen wir mit dem Gesundheitsressort gleichermaßen. Herr Hoyer hat die Si-

(A) tuation dargestellt, hat auch die Kontrollmechanismen dargestellt, die es gibt. Das sieht auch die überwiegende Zahl der europäischen Länder so. Dieses Zuviel ist nach meiner Überzeugung entstanden, weil die allgemeine Hektik im Verfahren für eine ideologische Debatte genutzt wurde, und das haben Sie letztendlich, Frau Mathes und Herr Schramm, auch bestätigt.

Fragen der Überfischung der Meere haben innerhalb der BSE-Diskussion nichts zu suchen. Vieles hat Frau Adolf bereits gesagt, auch dass wir nur mit einer einheitlichen EU-weiten Regelung den Verbraucher wirklich werden schützen können. Die Alleingangspolitik der Bundesregierung, besonders im Hinblick auf das Fischmehl, ist in Nizza auf deutliche Kritik gestoßen. Dennoch wird der Fehler nicht korrigiert und für Fischmehl keine Ausnahmegenehmigung zugelassen. Bremen wird sich daher weiter für die Aufhebung des Fischmehlverbotes einsetzen, für das, ich kann das nur wiederholen, nach wissenschaftlicher Meinung keine Grundlage besteht.

Die Fischwirtschaft und der Hafenstandort Bremen dürfen nicht unter der kurzfristigen isolierten Politik der Bundesregierung leiden. Dazu hat der Wirtschaftssenator ein Schreiben an den Bundeslandwirtschaftsminister verfasst, an die Gesundheitsministerin und an den Bundeskanzler und hat um Aufhebung gebeten. Der Wirtschaftssenator steht im engen Kontakt sowohl mit der Fischwirtschaft als auch mit den Umschlagsbetrieben.

Welche Folgen der nationale Alleingang bei Fischmehl hat, ist, Frau Hannken, von Ihnen auch beschrieben worden. Die Auswirkungen und die finanziellen Folgen für die Fischindustrie sind heute noch gar nicht absehbar. Die Auswirkungen für den Handelsstandort kann ich Ihnen in ein paar Zahlen darstellen: 350 000 Tonnen Fischmehl gehen jährlich über Bremer Häfen, und verbunden mit diesem Umschlag sind 120 Arbeitsplätze. Schon jetzt werden Schiffe nach Rotterdam umgeleitet, und es könnte mit der Gesamtproblematik verbunden sein, dass die hier ansässigen Firmen ihre Aktivitäten in Richtung Niederlande verlagern, um ihre Geschäfte abwickeln zu können.

Ein kurzes Wort noch zum ökologischen Landbau! Frau Mathes, Sie haben Gegenmaßnahmen gefordert. Ich frage mich, Gegenmaßnahmen wogegen, denn die in Ihrem Antrag beschriebenen Strukturen gibt es in Bremen überhaupt nicht! Die bremische Landwirtschaft zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass weder eine Massentierhaltung noch eine Industrialisierung im Bereich der Landwirtschaft je stattgefunden hat oder stattfinden wird.

(Beifall bei der CDU)

Die bremische Landwirtschaft zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass eine Massentierhaltung, dass die Flächenbewirtschaftung unter rechtlich hohen Vorgaben steht. 100 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen unterliegen dem Landschaftsschutz, zirka 1830 Hektar sind als Naturschutzgebiet ausgewiesen, davon sind 1300 Hektar mit Gewässern und Feuchtgrünland durchzogen, Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kommen noch hinzu.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Das war unsere Debatte vom Mai!)

Die geforderten Gegensteuerungsmaßnahmen, die Landwirtschaft in Bremen flächendeckend zu extensivieren, müssen deshalb gar nicht erst eingeführt werden.

In der Vergangenheit haben wir bereits Förderprogramme im Bereich ökologischer landwirtschaftlicher Produktion durchgeführt, und durch die natürlichen Bodenverhältnisse im Land Bremen, überwiegend Grünland mit einem hohen Grabenanteil, ist es den bremischen Landwirten nicht möglich, eine intensive Landwirtschaft zu betreiben.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Das war die Rede vom Mai, die Sie hier halten! Das passt doch nicht zum Antrag!)

Natürlich passt das zu dem Antrag! Ich bin hier gefragt worden, aber Sie können gern eine Frage stellen, das nebenbei. Wir diskutieren hier über ökologischen Landbau und Landwirtschaft, und darauf komme ich jetzt sofort noch.

Wir haben Ihnen den Plan zur Entwicklung des landwirtschaftlichen Raumes vorgelegt, und dort haben wir alle Möglichkeiten und Chancen diskutiert, die gerade hier in Bremen auch für den ökologischen Bereich bestehen. Dieser Plan, den wir debattiert haben, wird mit 21 Millionen auch noch von Brüssel gefördert. Einer der ganz wichtigen Bestandteile dieses Planes besteht darin, Zuschüsse an die Landwirtschaft und den Gartenbau für den Ausbau der Direktvermarktung oder zum Einstieg in den Ökolandbau zu gewähren. Insoweit deckt es sich zum Teil mit der Debatte aus dem Sommer, aber dies sind die Ansatzpunkte im Antrag der Grünen gewesen, insofern denke ich, musste hier noch einmal gesagt werden, was wir bereits machen.

(Zuruf der Abg. Frau Hammerström [SPD])

Frau Hammerström, würden Sie bitte eine Frage stellen, wenn Sie eine Antwort von mir haben möchten? Wenn das nicht der Fall ist, bedanke ich mich für das Zuhören. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/558 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/558 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung, Drucksachen-Nummer 15/560, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Da der Senat um Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und interfraktionell dies vereinbart wurde, lasse ich nun darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen! Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die zweite Lesung.

(Einstimmig)

Wir kommen dann zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung der Bremischen Kostenordnung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/566 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/566 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. Tittmann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Zum Schluss lasse ich über den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/567 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/567 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Güterverkehr wettbewerbsgerecht organisieren

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Dezember 2000 (Drucksache 15/557)

Als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben hier viele Debatten über den öffentlichen Personennah-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) verkehr und die Deutsche Bahn geführt. Wir haben aber selten in diesem Hause über die Bedeutung des Güterverkehrs und die Entwicklung des Güterverkehrs im Land Bremen und in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Bündnis 90/Die Grünen hat diesen Punkt ausdrücklich auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir glauben, dass die Frage des Güterverkehrs in der exportorientierten deutschen Wirtschaft eine große Rolle spielt und gerade in einer Stadt wie Bremen, die als Hafenstadt zugleich Eisenbahn- und Speditionsstadt ist, Eisenbahnknotenpunkt und Logistikzentrum ist, eine bedeutende Rolle spielt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben gerade gestern gehört, dass die Exportleistung der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr um 28 Prozent gestiegen ist, und das nicht nur wegen der Euroschwäche, weil der größte Teil dieses Exports sich innerhalb der Europäischen Union abspielt. Auch das weist darauf hin, dass der Verkehr, insbesondere der Güterverkehr, eine bedeutende und zunehmende Rolle spielt. Wir wissen das von den Umschlagszahlen der Bremer Häfen, auch Bremen profitiert wirtschaftlich von den wirtschaftspolitischen Erfolgen der rotgrünen Regierung im Exportgeschäft.

Meine Damen und Herren, das ist aber nicht der einzige Grund, warum wir uns mit diesem Thema beschäftigen müssen. Der zweite Grund liegt sozusagen vor unserer Haustür: Das ist das Wetter, das wir haben. Sie sind heute Morgen alle aufgestanden und konnten mit Freude entnehmen, wenn Sie das Radio gehört haben oder vor die Tür getreten sind, dass wir 13 Grad am 13. Dezember hatten

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Sturm!)

und, Frau Hövelmann, ganz richtig, dass wir Sturm hatten. Beides kommt einmal zu dieser Jahreszeit vor, aber so häufig wie in den letzten Jahren kommt es eben nicht vor. Das hat in der Tat etwas mit der Veränderung unseres Klimas zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Veränderung des Klimas – ich meine, wir leben ja jetzt nicht mehr auf dem Standpunkt wie vor zehn oder 15 Jahren, wo jeder sagt, nichts ist nachgewiesen – hat mittlerweile wissenschaftlich unbestritten etwas mit dem Treibhauseffekt zu tun, und der wiederum hat unter anderem etwas mit CO_2 -Ausstoß zu tun.

Diese Zusammenhänge sind mittlerweile völlig klar, und wer regelmäßig die Lokalpresse liest, konnte vor etwa drei Wochen im "Weser-Kurier" einen großen Bericht sehen, wie das Klima an der Unterweser, in Bremerhaven, in Brake, in Bremen, in Verden in etwa 50 Jahren sich gestalten wird, weil auch heute aktive Maßnahmen zum Klimaschutz in den nächsten Jahren nicht so viel bewirken können, dass sie den gegenwärtigen Trend umkehren können. Ich glaube, das müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass das, was wir jetzt an Wetter erleben, eigentlich nur der Beginn dessen ist, was an Erwärmung und Veränderung des Klimas hier auf uns zukommt.

Das ist nichts, was umsonst ist, nichts, was uns geschenkt wird und uns freundliche Weihnachten mit Glühwein in Sonnenstrahlen beschert, sondern es beschert uns hohe Kosten, wenn wir hier weiter leben wollen. Es wird uns viel Geld für den Deichschutz kosten, es wird uns wahrscheinlich einige ostfriesische Inseln kosten, die wir überhaupt nicht retten können. Das wird in ganz Europa noch vieles kosten. Die Vorstellung, dass vor Madrid Wüste ist und sich dort die Sahara ausdehnt, können Sie sich heute noch nicht machen, aber wer gestern gesehen hat, wie es vor Pekings Toren aussieht, der weiß, was auf uns zukommen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich sage das einleitend, weil über 20 Prozent in Westeuropa dessen, was an CO_2 in die Atmosphäre geht, unmittelbar mit dem Verkehr und auch direkt mit dem Güterverkehr zu tun hat. Das muss man sich vor Augen führen, und wir alle müssen das Ziel haben, dafür zu sorgen, dass sich das ändert.

Der Umweltgipfel, Klimakonferenz von Den Haag, ist nun auch erst drei Wochen her und war gerade in dieser Beziehung kein Erfolg. Die europäische Konferenz in Nizza, das muss man sagen, war auch nur ein beschränkter Erfolg. Zwar kann künftig im wirtschaftlichen und sozialen Bereich das Einstimmigkeitsprinzip in weiten Teilen aufgehoben werden, und das hat auch für unser Thema eine große Bedeutung, im steuerpolitischen Bereich ist aber nach wie vor die Einstimmigkeit erforderlich, und gerade der Verkehrsbereich lebt in weiten Bereichen von Subventionen steuerlicher Art in Europa, die Ungleichheiten und Wettbewerbsverzerrungen auch in der EU, international will ich gar nicht darüber reden, herbeiführen, und das ist ein zusätzliches Problem.

Meine Damen und Herren, wir haben den Antrag, der Ihnen vorliegt, nicht gestellt, weil wir glauben, ein Beitrag zum Umweltschutz ist der Wettbewerb im Verkehrsbereich, und zwar der Wettbewerb, wenn er staatlich reguliert ist und allen Verkehrsträgern gleichberechtigte Möglichkeiten gibt, daran teilzunehmen. Verkehrsträger sind die Lastkraftwa-

(D)

(A) gen und Autos, und das ist auch die Eisenbahn. Über Schiffe und Flugzeuge reden wir heute nicht, da haben wir einen extra Tagesordnungspunkt.

Wir haben in diesem Herbst in der Ökosteuerdebatte und mit den Aktionen der Spediteure auf der Straße gesehen, dass ganz offensichtlich die deutschen gegenüber ausländischen Spediteuren große Probleme haben. Ich will jetzt nicht sagen, dass Lkw-Spedition schon ein Beitrag zum Umweltschutz ist, aber wir werden lange Zeit nicht über den Lkw in weiten Bereichen des Verkehrsgewerbes hinauskommen, und dann muss man dafür sorgen, dass auch in diesem Bereich die bestmöglichen umweltschützenden Standards herrschen. Das geht unseres Erachtens in der Tat nur über einen gleichberechtigten Wettbewerb.

Solange die EU nicht in der Lage ist – das wäre eigentlich dringend nötig –, dafür zu sorgen, dass gleiche soziale und ökologische Standards im Lkw-Verkehr grenzüberschreitend herrschen, eine so genannte Harmonisierung entsteht, müssen wenigstens nationale Maßnahmen getroffen werden, die erreichen, dass das deutsche Speditionsgewerbe auf einem einigermaßen erträglichen Standard konkurrieren und ökologische Rücksichten nehmen kann.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Das deutsche Transportgewerbe, nicht die Spediteure!)

(B) Ja, Herr Beckmeyer hat Recht, das Transportgewerbe! Ich habe das jetzt vermengt. Die Spediteure sind diejenigen, die das Transportgewerbe nutzen, damit wir hier nachher nicht semantische Streitereien haben.

> Ein wichtiger Beitrag dazu ist, die Kostenwahrheit herzustellen. Ein Teil der Kostenwahrheit sind die Kosten für den Straßen- und Verkehrswegebau. Es gibt aber noch ganz andere Kosten, die so genannten externen Kosten, die durch den Verkehr an Luftverschmutzung, Bodenverunreinigung verursacht werden, machen alle Verkehrsträger in unterschiedlicher Weise. Was wird an Unfällen, Krankheiten, Lärm und so weiter produziert? Das alles passiert ietzt nicht und ist auch nicht über Nacht erreichbar. Zumindest aber die Kosten für die Verkehrswege kann man den Verkehrsmitteln anlasten und auch den Lkw und Speditionen. Deshalb halten wir es ausdrücklich für richtig, dass die Bundesregierung eine streckenabhängige Straßenbenutzungsgebühr für alle Lkw, egal woher sie kommen, einführen will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir halten es auch für richtig, dass, solange steuerliche Subventionen in der EU möglich sind und holländische oder künftig polnische Lkw noch zu günstigsten Steuerbedingungen – Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und was es alles so gibt – fah-

ren können, das deutsche Transportgewerbe steuerlich insofern begünstigt wird, als zum Beispiel die Kraftfahrzeugsteuer dafür entfallen kann, damit es eine Entlastung und Besserstellung gegenüber dem ausländischen Unternehmen gibt und nicht die Preise dafür auch noch steigen.

Das ist die grüne Position, und ich hoffe, wir setzen das auch in den Debatten um. Wir haben den Senat aufgefordert, gegenüber der Bundesregierung aktiv zu werden oder es auch zu bleiben, wenn Sie es schon waren – das weiß ich jetzt nicht im Detail, Herr Dr. Färber! –, die Harmonisierungsbestrebungen in der EU und auch die Einführung einer streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühr durch Ausbildung einer Komponente, die die deutschen Spediteure wettbewerbsfähig macht, zu unterstützen.

Ich will darüber hinaus noch sagen, dass das allein natürlich nicht reicht. Es gehört genauso gut dazu, dass, wenn diese Straßennutzungsgebühr nun tatsächlich eingeführt wird, sie nicht etwa benutzt wird, um im großen Zug die Autobahnen auszubauen, sondern um auch Geld in konkurrierende Verkehrsträger zu stecken, damit die Wettbewerbsgleichheit zwischen Wasserstraße, Schiene und Straße überhaupt hergestellt werden kann. Deshalb schlagen wir ja auch vor, die Kosten aus der Straßennutzungsgebühr nicht allein in den Autobahnbau zu stecken, sondern auch die Schienennetze der Bahn zu verbessern, weil das dringend für den Güterverkehr nötig ist. Ich weiß, die Bundesregierung denkt in die gleiche Richtung. Deshalb fordern wir Sie auf, auch diese Richtung zu unterstützen.

Das ist aber mehr als nur Investitionen in das Netz der Deutschen Bahn, sondern es ist genauso notwendig, Gelder auszugeben für Forschung und für Anreize dafür im Transportgewerbe, wo mit Dieselmotoren gefahren wird, zum Teil auf der Bahn, aber vor allen Dingen bei den Lkw dafür zu sorgen, dass künftig andere Antriebsstoffe möglich sind. Die Perspektive in der Wasserstofftechnologie ist eigentlich die Einzige, die uns mittelfristig davor schützen kann, dass durch die Abgase der Pkw und Lkw die Umwelt noch weiter zerstört wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das ist der Punkt, Wettbewerbsbedingungen zugunsten des Lkw in der EU und Wettbewerbsbedingungen zwischen Schiene und Straße bundesweit zu verbessern. Wir hoffen, dass Sie das unterstützen, aber das allein reicht nicht

Gerade das Land Bremen als Hafenstadt und Verkehrsknotenpunkt sollte unserer Meinung nach einen Beitrag zum Wettbewerb leisten. Die Bahn AG, und das Konzept ist im Grunde von den Grünen, aber auch vom Senat begrüßt worden, hat vor, künftig

(A) den Güterverkehr nur im Langstreckenbereich durchzuführen. Das heißt aber nicht, dass Güterverkehr auf der Bahn im Kurzstreckenbereich nicht funktioniert und nicht funktionieren kann. Über 50 Prozent der jetzigen Anschlussstellen der Bahn AG wollen schon heute gern Kleinunternehmen, Kleinbahnen – sie sind nicht klein, sondern sie haben bisher nur kleine Strecken – auf dem heutigen technischen Standard übernehmen. Sie sind dazu bereit.

Um aber einen neuen Wettbewerb auch auf der Schiene zu organisieren, brauchen diese Unternehmen natürlich Anschubfinanzierungen, Unterstützungen, modernes Material, moderne Verlademöglichkeiten, moderne, geräuscharme Waggons, eine moderne Logistik, die erlaubt, schnell zu rangieren, elektronische Fahrten zu organisieren, Züge zu bilden und zu entkoppeln und anders als heute die Bahn AG nicht Tage zu brauchen, um an das Ziel zu kommen. Das ist alles technisch möglich. Die Schweiz und Österreich machen das vor, in Deutschland ist das Neuland, weil der Monopolist Bahn über allem geherrscht hatte. Um das und Firmen zu unterstützen, die bereit sind, von der Straße auf die Bahn zu gehen, möchten wir gern, dass über das Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm entsprechend Mittel für umweltfreundlichen Verkehr - sowohl für die Technologie als auch für Unternehmen, die bereit sind, so zu transportieren und zu fahren bereitgestellt werden.

Jetzt, weil ich mit meiner Redezeit am Ende bin, sage ich nur noch einen kurzen Satz dazu: Ich weiß, dass es auch jetzt schon in den Wirtschaftsförderprogrammen viele Möglichkeiten zur Förderung der Logistik gibt, das ist unbestritten. Es gibt aber keine ausdrückliche und auch keine positive Werbung für das, was für die Zukunft nötig ist, nämlich einen Wettbewerb auch auf der Schiene für kleine Unternehmen herzustellen, die die Schiene benutzen wollen, und solche, die selbst auf der Schiene fahren wollen, damit sie die Chance haben, künftig den Güterverkehr ökologisch zu organisieren. Meine Damen und Herren, das ist das Ziel unseres Antrags.

Ich habe gehört, dass die Koalition, aus welchen Gründen, werden wir gleich noch hören, den Antrag ablehnen wird. Das macht ihn nicht schlechter, und ich hoffe, dass wenigstens mit dieser Debatte ein erster Anstoß gegeben wird, auch in Bremen für einen ökologisch organisierten Güterverkehr zu werben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Mützelburg, es ist richtig, dass

wir diesem Antrag heute nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen wollen, aber nicht, weil wir dagegen sind, dass weniger Abgase und Umweltverschmutzung durch die Lkw entstehen, sondern weil wir insbesondere der Meinung sind, dass wir die Punkte, die Sie fordern, das sind nämlich die bremischen Dinge, nicht mitmachen können.

Sie wollen im Rahmen eines besonderen Fonds Projekte fördern, dabei wird vieles in Bremen schon gemacht. Wir haben die Roland-Umschlagsanlage, die leider überhaupt nicht richtig genutzt wird, weil es keine Interessenten dafür gibt. Dort sind enorme Freiräume vorhanden. Ähnlich ist es mit Bahngleisen: Wir haben sehr viele Bahngleise, die den Unternehmen zur Verfügung stehen, in der Hemelinger Marsch, und viele Privatanschlüsse, die ebenfalls nicht richtig genutzt werden. Es ist, glaube ich, dann nicht sinnvoll, ein wirtschaftliches Programm für Leute aufzulegen, die nicht da sind.

Der erste Absatz des Antrags kann ja auch nur allen gefallen, allerdings wird es dann beim zweiten und dritten schon etwas anders, weil wir uns nämlich klar machen müssen, dass selbst, wenn wir viel mehr Mittel einsetzen für den Schienen- und Wasserverkehr, der Güterverkehr auf unseren Straßen in den nächsten Jahren trotz aller Anstrengungen, wenn man sie denn machen würde, weiter zunehmen wird, auch wenn wir eine Straßennutzungsgebühr bekommen, wie wir es ja hoffentlich auch irgendwann einmal hinbekommen. Aber das ist, wie gesagt, die Aufgabe der Bundesregierung in Verhandlung mit den europäischen Partnern und wird ja schon die ganze Zeit auch von Bremen unterstützt. Wir sind uns da ja einig, deswegen ist das ein Punkt, der im Grunde genommen der Vergangenheit angehört. Er muss nur immer wieder einmal erwähnt werden, aber er ist nichts Neues.

Es ist aber natürlich so, dass dieses Geld auch für die Bahn mit ausgegeben werden soll. Die Straßen müssen aber ebenfalls ausgebaut werden, um dem unweigerlich auf uns zukommenden steigenden Güterverkehr, nämlich mehr Lkw, auch begegnen zu können. Sonst wäre es für die Umwelt noch schädlicher, weil nämlich viel mehr Abgase durch Staus und so weiter entstehen würden. Deswegen muss auch die Straßennutzungsgebühr dazu dienen, den Autobahnausbau und die -sanierung weiter voranzutreiben. Das sind die Hauptgründe, ich will mich auch kurz fassen, weswegen wir diesem Antrag nicht zustimmen können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Jägers.

Abg. **Jägers** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben ja schon ein paar Fakten genannt, die ich nicht zu wiederholen (D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) brauche. Zu dem, was Herr Mützelburg gesagt hat:
Das CO₂-Reduzierungsprogramm ist ein wichtiges
politisches Projekt der Bundesregierung. Es ist ja
auch vereinbart worden, um das Klima zu schützen,
25 Prozent CO₂-Reduzierung zu erzielen. Da gibt es
eigentlich nur zwei große Blöcke, wo man das leisten kann: Der eine ist der Verkehrs-, der andere der
Wohnungsblock, also die Heizenergie, die aufgewendet wird und die auch CO₂ erzeugt. Der zweite
Block wird im Übrigen gerade durch das Bündnis
für Arbeit in Berlin behandelt. Auch da wird es eine
Entwicklung geben, die dieses Feld bearbeitet, was
wir sehr begrüßen.

Vielleicht muss man auch einmal ein wenig mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern reden. Es macht eigentlich wenig, ökologisch gar keinen Sinn, Wasser, Mineralwasser aus aller Herren Länder nach Bremen zu bekommen, weil das vielleicht schick ist oder weil die Flaschen besonders schön geformt oder blau eingefärbt sind, wenn das Wasser, das hier direkt vor Ort aus der Erde kommt, genauso gut ist!

(Abg. Pietrzok [SPD]: Besser!)

Auch da muss man sehen, ob das alles Sinn macht, was da gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

(B) Es geht darum, was mit dem Antrag passieren soll. Ich sage ganz offen, ich hätte einer Überweisung an die zuständige Deputation gern zugestimmt, meine Genossinnen und Genossen von der Fraktion auch, weil man da hätte weiter diskutieren können. Eine Zustimmung zum Antrag wäre aus unserer Sicht nicht in Frage gekommen, weil die Programme, die hier angesprochen sind, nicht direkt genug sind. Ich kann nicht genug damit anfangen, da hätte man erst noch ein wenig überlegen müssen, das hätte man dann in der Deputation tun können. In Ordnung!

Es geht darum, bessere Rahmenbedingungen für eine sozial und ökologisch orientierte Verkehrspolitik zu schaffen. Wir begrüßen die im Antrag genannten Ansätze der Bundesregierung, die auf eben diese Verbesserungen hinzielen. Es ist eben ein wenig schwierig für Herrn Focke, dem zuzustimmen, wenn die Bundesregierung so gelobt wird, aber manchmal muss man über seinen Schatten springen. Besonders gut ist das Sechs-Milliarden-Programm, das das Bestandsnetz der Bahn erneuern und mithelfen soll, die Bahn wieder flotter zu machen. Das ist der richtige Weg, um Versäumnisse der Vergangenheit wenigstens etwas wieder auszugleichen.

(Beifall bei der SPD)

Der Einsatz von sechs Milliarden DM schafft im Übrigen auch jede Menge Arbeitsplätze. Das ist ja auch ein Aspekt, der gerade Sozialdemokraten immer umtreibt, wir sehen es gern, wenn Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommt das Antistauprogramm der Bundesregierung, kombinierte Ladungsverkehre und so weiter, also, es bewegt sich etwas!

Klar ist, dass die tatsächlichen Nutzer und Verbraucher von Verkehrswegen, der Lkw-Verkehr, an den Wegekosten stärker beteiligt werden müssen. Der Lkw-Verkehr verbraucht die Straßensubstanz am deutlichsten und bezahlt zu wenig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dazu möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer gemeinsamen Erklärung der SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Transnet Gewerkschaft GdED Bremen/Bremerhaven zitieren: "Ein weiterer wichtiger Schritt ist die von der Bundesregierung vorgenommene Schwerpunktsetzung für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern. Eine adäquate Belastung aller Verkehrsträger mit den von ihnen verursachten volkswirtschaftlichen Kosten ist dringend geboten. Eine Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr für Güterkraftverkehr beinhaltet eine Anlastung von Wegekosten unter Heranziehung der tatsächlichen Nutzer und ist hierfür beispielhaft. Für die gesamte Transportwirtschaft auf Schiene, Straße und Wasser ist es von hoher Bedeutung, dass innerhalb der EU gleiche steuerliche Rahmenbedingungen, Mineralöl-, Öko- und Kraftfahrzeugsteuer geschaffen werden, um ebenfalls einen fairen internationalen Wettbewerb zu ermöglichen." Das spricht für sich!

(Beifall bei der SPD)

Es gibt Wettbewerbsverzerrungen. Das ist hier auch ganz klar gesagt worden. Es gibt auch Wettbewerbsverzerrungen, die aus meiner Sicht ein Riesenproblem sind, und zwar im Lohn- und Sozialbereich. Diese Wettbewerbsverzerrungen müssen auch abgestellt werden. Es kann nicht sein, dass diejenigen Aufträge bekommen, dass diejenigen Wettbewerbsgewinner sind, die am besten die Löhne drücken oder sich am besten nicht um die sozialen Belange der Arbeitnehmer kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Lohndumping verzerrt den Wettbewerb. Dem muss abgeholfen werden.

Wir brauchen Wettbewerb in Qualität, das ist der entscheidende Punkt, worin wir den Wettbewerb sehen. Aber auch die Bundesbahn, meine Damen und

(A) Herren, muss ihr Angebot deutlich verbessern. Es gibt im Lande Bremen deutliche und gute Ansätze. Die Firmen Eurogate und Acos haben eine Gesellschaft gegründet, eine Logistik GmbH. Diese fährt täglich von Bremerhaven über Bremen nach Hamburg neuerdings einen Ganzzug mit 60 Containern. Sie spart jeden Tag 60 Lkw-Ladungen ein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ganz ohne Förderung, glaube ich, ich weiß es nicht, zumindest hat sich da etwas getan! Also, wir lernen, im Logistikbereich steckt noch eine Menge, um Verkehre zu vermeiden. Da kann noch einiges getan werden.

Wir haben das in der Stadt auch gemacht. Ich erinnere an das Projekt City-Logistik. Wir haben hier an dieser Stelle schon des Öfteren darüber gesprochen. Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, die sich in kommunaler Zuständigkeit befindet, bieten weitere Spielräume, um den Verkehrsinfarkt zu vermeiden, das, was Herr Focke sagt, 60 Prozent Zunahme des Lkw-Verkehrs in den nächsten paar Jahren. Wer einmal ab und zu auf der Autobahn unterwegs ist, das muss ich leider manchmal, meistens fahre ich mit der Bahn, der weiß, was sich da abspielt. Fahren Sie einmal von Bremen nach Hamburg! Sie können vor lauter Lkw die Autobahnschilder nicht mehr sehen. Das ist wie eine Wand, an der Sie entlangfahren. Da muss eigentlich jeder auf die Idee kommen, daneben muss eine Bahnlinie hin, und dann muss man die Dinger auf die Bahn stellen.

Vielleicht muss man auch einmal in die Schweiz schauen, die geht da ein bisschen rigoroser vor. Sie sagt, wer hier durch unser Land Güter transportieren will, schiebt die hinter der Grenze auf die Bahn, und vor der nächsten Grenze kommen die wieder von der Bahn herunter. Das wäre vielleicht auch für uns ein Modell.

Ich meine, dass wir uns qualifiziert mit diesen und weiteren Gesichtspunkten der Kostenanlastung bei den Verkehrsträgern und einer Förderpolitik zugunsten eines ökologisch vertretbaren Güterverkehrs auseinander setzen müssen. Eine klare Positionierung Bremens als Handels- und Hafenstadt und international bedeutender Logistikstandort erscheint in dieser Diskussion geboten. Lassen Sie uns deswegen die Chance für eine eingehende Auseinandersetzung mit der zweifellos drängenden Angelegenheit nutzen! Die Arbeitsplätze des Güterkraftverkehrs, der Eisenbahn, der Binnenschifffahrt sollten wir in der anstehenden Diskussion zu einer zentralen Angelegenheit machen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin nicht überrascht über das, was sich jetzt hier abgespielt hat, aber ein bisschen enttäuscht bin ich doch, insbesondere von Ihnen, Herr Kollege Focke. Man hätte sich mit diesem Thema einen Hauch ernsthafter beschäftigen können

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

als mit ein paar allgemeinen Deklarationen und dann zu sagen, na ja, der Güterverkehr auf der Straße wächst, dann müssen wir Straßen bauen.

Wir haben einen Antrag vorgelegt, der sich nicht mit dem Straßenbau beschäftigt, auch nicht vorrangig mit dem Neubau von Gleisen, sondern mit der Frage des Wettbewerbs. Ich greife nur noch einmal zwei Punkte dabei heraus. Das eine ist der Wettbewerb zwischen Schiene und Straße. Der hat zwei Aspekte.

Der ökologische Aspekt, lassen Sie mich das noch einmal verdeutlichen, ist auch ein Wettbewerb. Wenn ein bekannter Bremer Bananenimporteur einen Lkw Bananen von Bremerhaven nach München fahren lässt, dann produziert er pro Tonne 51,9 Kilogramm ${\rm CO}_2$. Wenn er es mit dem Zug macht, produziert er 20 Kilogramm pro Tonne an ${\rm CO}_2$. Das ist ein Wettbewerb, den die Schiene erst einmal aus Umweltgesichtspunkten gewinnt, und das ist auch ein Gewinn für die Gesellschaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommt Herr Focke und sagt, das bringt sowieso alles nichts. Wir haben hier die Roland-Anlage, die wird nicht genutzt. Das ist alles richtig. Das ist aber doch kein Problem der Anlage, auch kein Problem der Unternehmen, die sie im Moment nicht nutzen, sondern ein Problem der Deutschen Bahn AG, die außerstande ist, attraktive, bis auf ein kleines Segment, vernünftige Angebote, die schnell, zügig, beweglich und den Kundeninteressen entgegenkommend sind, zu bieten. Das hat etwas mit dem Unternehmen und der Unternehmenskonzeption zu tun, die auch im Personenverkehr in vielen Bereichen von uns kritisiert und falsch ist, und nicht damit, dass niemand auf die Schiene will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt komme ich zur wirklichen Frage des Wettbewerbs. Wenn sich die Bahn AG, nicht mehr die Deutsche Bundesbahn, obwohl sie immer noch so (D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) tut in vielen Dingen, sich tatsächlich in solchen Bereichen aus dem Güterverkehr zurückzieht, sagt das auch noch nicht, dass der Güterverkehr auf der Schiene nicht wächst. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wuchs er um rund drei Prozent gegenüber dem Vorjahr in einem Bereich, der in all den letzten Jahren abgenommen hat und nicht gewachsen ist, ohne neue Strukturen. Wofür wir plädiert haben und worauf sich leider die CDU, die sonst immer für den Wettbewerb ist, Herr Focke, nicht eingegangen ist, ist, dass es doch darum geht, im kürzeren und mittleren Streckenbereich neue Systeme der Verteilung auf der Schiene aufzubauen.

Dazu ist Wettbewerb nicht zwischen der Bahn AG und irgendwelchen französischen oder sonstigen Bahnen notwendig, sondern es gibt kleine und mittelständische Bahnunternehmen, die da auf dem richtigen Weg sind. In Mecklenburg-Vorpommern fährt seit eineinhalb Jahren die Pregnitzer Eisenbahn. Sie hat ihr Streckennetz und ihre Gewinne heftig erweitert. Auch die Osthannoversche Eisenbahn, nicht so bedeutend im Zuwachs, tut etwas oder die Karlshafener Eisenbahn. Das sind neue, junge Güterverkehrsbetriebe. In Baden-Württemberg sind schon über 50 Prozent der Strecken in der Hand solcher Gesellschaften.

Da muss man etwas dafür tun, dass sie mit modernen Fahrzeugen und nicht mit Schrottloks aus Rumänien fahren müssen, weil die Deutsche Bahn AG nämlich im Ausbesserungswerk in Bremen diese Loks zerlegen lässt, damit sie bloß nicht an potentielle Konkurrenten verkauft werden. Hier werden sie zerschnitten, damit sie unbrauchbar sind, statt dass sie auf den Markt geworfen werden, und dann fahren unökologische Loks aus Rumänien dort herum. Wenn es über die Wirtschaftsförderung Anreize und Unterstützung für solche Bahnunternehmen gäbe, wenn es Programm der Politik wäre, darum wollen wir werben, dass sich die Politik das selbst auch zum Programm macht, weil wir langfristigen Nutzen davon haben, hat das sehr viel mit Wettbewerb zu tun, sehr viel mit Verkehrspolitik, aber auch mit Wirtschaftspolitik.

(B)

Ich glaube, Herr Kollege Focke, ganz so einfach, wie Sie das eben abgetan haben, die Leute fahren sowieso auf der Straße, ist das nicht. Wir können etwas tun, dass sich die Verhältnisse ändern. Das heißt nicht, dass der Lkw verschwindet, das heißt aber, dass es mehr Bahnverkehr gibt, und das ist nicht illusionär, sondern das ist eine richtig Politik, die sonst eines Tages sowieso von oben verordnet wird, weil nichts anderes mehr geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. Focke (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Mützelburg, ist man einmal ein bisschen ruhig und sachlich, bekommt man hier gleich vorgeworfen, dass man sich nicht darum gekümmert hat. Ich will nur noch einmal zwei Punkte sagen.

Wettbewerbsverzerrung, das habe ich gesagt, ist Sache der Bundesregierung, dass diese mit den europäischen Partnern die Sache klärt, dass die Wettbewerbsverzerrungen aufgehoben werden. Aber jetzt darf ich Ihnen nur einmal sagen, was den Güterverkehr und was die Transportwege betrifft, nicht nach Europa zu gehen. Da haben wir ja schon unter den Küstenländern und den Ländern, die das Hinterland darstellen, erheblich unterschiedliche Ansichten, was denn nun am besten wäre. Da wäre es dann schon erforderlich, dass sich erst einmal die Länder in Deutschland untereinander einigen, damit wir da klare Verhältnisse haben, und dass wir dann auf der europäischen Ebene auch klare Verhältnisse haben. Das ist erst einmal das eine.

Dann habe ich überhaupt nicht gesagt, der Lkw-Verkehr nimmt zu, das können wir auch nicht ändern. Ich habe gesagt, auch bei allen Anstrengungen, die wir machen, die Güter auf die Schiene oder auf das Wasser zu bekommen, werden wir es nicht verhindern können, dass der Lkw-Verkehr zunehmen wird. Er wird wesentlich zunehmen, weil der Verkehr insgesamt wesentlich gesteigert wird. Wir könnten, selbst wenn wir alle Mittel auf die Schiene umändern würden, es nicht hinbekommen, weil die Bahn nicht in der Lage ist, die Gütermenge zu bewältigen. Das ist das Zweite.

Das Dritte ist, ich bin natürlich sehr dafür, dass wir die Schienennetze erhalten und dass wir auch privaten Wettbewerb bei der Bahn möglich machen, damit die Bahn endlich einmal auf die Füße kommt und anständige Programme aufstellt, denn das ist nicht eine Sache, die wir als Regierung machen können, sondern die Bahn muss sich jetzt beweisen, dass sie ein leistungsfähiges Unternehmen wird und auch für den Güterverkehr genauso wie für den Personenverkehr ein anständiges überarbeitetes Konzept vorlegt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wettbewerbsverzerrungen im Güterverkehr sind gegeben, das kann nicht geleugnet werden. Ich denke, das ist hier deutlich geworden. Ich sage dazu aber auch deutlich, dies ist im Wesentlichen ein Problem, das auf EU-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ebene zu bearbeiten ist. Die EU hat sich um viele Dinge zum Thema Harmonisierung gekümmert. Hier sehe ich ein deutliches Defizit, einen deutlichen Nachholbedarf.

Für Bremen ist dieses Thema als Logistikstandort von besonderer Bedeutung. Ich denke, das ist auch betont worden. Der Mix der Verkehrsträger ist für uns hier besonders wichtig, also Straße, Schiene, Wasserweg. Das Thema Luft ist, glaube ich, der nächste Tagesordnungspunkt. Ich denke, es ist auch deutlich geworden, dass das Ganze ein schwieriges Problem ist, für das keiner Patentlösungen und auch keiner das Geld hat, das erforderlich ist, um hier Ansätze, die ja gegeben sind, auch umsetzen zu können

In dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen loben Sie sich für die Dinge, die Sie auf Bundesebene vorhaben. Dazu kann ich nur sagen, was hier die Investitionen in Schiene, Wasserwege, kombinierten Verkehr angeht, das finde ich in Ordnung. Da kann ich nur sagen, machen Sie es, setzen Sie es um! Wir kämpfen für diese Dinge, und das wissen Sie, schon lange.

Besonders irritiert mich immer, dass Sie hier den Senat und indirekt eigentlich ein CDU-geführtes Ressort auffordern, auf die Bundesregierung einzuwirken, der Sie nun selbst angehören, und hier Forderungen stellen, von denen ich sage, treten Sie doch damit an!

(Beifall bei der CDU)

Zum bremischen Handlungsspielraum möchte ich noch etwas sagen. Eine direkte Förderung von Unternehmen, wie ich sie aus Ihrem Antrag etwas herauslese, halte ich in diesem Bereich für schwierig. Aber im Bereich von Infrastrukturmaßnahmen, denke ich, haben wir einiges getan, Stichworte dazu sind gefallen, das Güterverkehrszentrum mit der Roland-Umschlagsanlage, leider nicht so attraktiv funktionierend wie gewünscht, aber Sie sehen, wir haben diesen Ansatz hier bereits vor langer Zeit verfolgt. Sie wissen, dass wir viele Gewerbegebiete mit Gleisanbindungen versehen haben. Sie wissen, dass wir intensiv zum Thema Binnenwasserstraßenverkehr kämpfen, Ansätze wie Containerverkehr auf der Weser. Wir prüfen, dass wir zum Thema Short-Sea-Shipping Ansätze verfolgen, und auch das Thema City-Logistik ist eben gefallen.

Herr Mützelburg, was in Ihrem Antrag noch nicht durchklang, das ist wahrscheinlich auch neuer als Ihr Antrag, ist die Entwicklung auf Bundesebene bei der Bundesbahn, dass man sich im Güterverkehr von den kleinen Strecken zurückziehen will, nur noch die langen Destinationen bedienen will und das andere Privaten überlassen will. Das ist für uns ein wichtiges Thema im Hafenbereich und im Fischereihafen, wo wir gefordert sind und mit der FBG und mit dem HBH auch bereits daran arbeiten. Ich sage

auch deutlich, dass hier nicht nur Veranstaltungen stattfinden können, die Ersatz für das bieten, was eigentlich bisher zumindest hier Bundesaufgabe war. Diese Verlagerung auf die Ebene der Länder beziehungsweise Kommunen halte ich für problematisch. In diesem Sinne sehe ich den wesentlichen Handlungsbedarf in diesem Bereich auf Bundes- und ebenfalls auf EU-Ebene. – Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur noch einmal, um das Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund und Ländern zu unterbrechen, das hier gerade gespielt wird, ein Beispiel aus der Verkehrspolitik im Bundesland Bremen!

Es geht bei der Förderung der Bahnpolitik einmal um die Chancengleichheit innerhalb der Europäischen Union, das ist klar geworden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es geht aber auch, das hat der Kollege Mützelburg gesagt, um die Fähigkeit, wettbewerbsfähig zu sein für die Deutsche Bahn AG. Hier geht es insbesondere um das Prinzip der Trennung von Betrieb und Netz. Das ist ein ganz wichtiger Punkt in der Bahnpolitik, den wir verfolgen müssen. Wir vertreten die Auffassung, dass das Netz vom Betrieb strikt getrennt werden muss und in bundeseigene Kompetenz überführt werden soll, damit eine Aufsichtsbehörde dafür sorgt, dass der Wettbewerb auf diesem Netz auch fair und harmonisch abgewickelt wird.

Bisher war es so, dass die DB Cargo zum Beispiel als Monopolist der Deutschen Bahn AG das Netz betrieben hat.

(Abg. Töpfer [SPD]: Nein, nein!)

Jedenfalls im Mietverhältnis betrieben hat! Wenn es der DB Cargo nicht ausreichend wirtschaftlich erschien, hat sie eben verschiedene Strecken nicht mehr bedient. Die Folge war, dass dann die DB AG gesagt hat: Wenn diese Strecke nicht mehr bedient wird, sorgen wir auch nicht mehr für die Unterhaltung der Infrastruktur dieser Strecke, mit weiterer Folge, dass die Strecke dann letztendlich stillgelegt worden ist. Ein gutes Beispiel dafür ist die Bahnanbindung des Fischereihafens in Bremerhaven. Da ist ein Großteil der Bahnanbindung bereits demontiert worden, obwohl ein Riesenpotential für den Güterverkehr existiert.

Wir sagen nun, wenn es gelänge, hier eine neue Gesellschaft im Wettbewerb zur DB Cargo aufzu-

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) bauen, würde es mit Sicherheit ein Interesse geben, diese Strecke wirtschaftlich zu bedienen und zu betreiben in Konkurrenz zur DB Cargo.

(Unruhe - Glocke)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich bitte, dem Redner Aufmerksamkeit zu schenken, auch so kurz vor Feierabend!

(Abg. Focke [CDU]: Das ist alles etwas, was wir nicht ändern können!)

Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen): Nun ist das nun einmal ein Beispiel, das wirklich die Bremer Bahnpolitik betrifft, und da sollten Sie einmal zuhören, wie man etwas besser lösen kann, als es die Vergangenheit bisher gezeigt hat. Es ist eine Aufgabe des Senats, genau diese Politik zu betreiben. Da kann es eine Politik geben, neue Fahrweggesellschaften zu gründen, die dieses Güterpotential für den Fischereihafen aufgreifen und dann auch wirtschaftlich bedienen. Das wollen wir damit sagen, dass es eine bremische Politik geben muss, ein Signal für eine Bahnpolitik, die diese Wege mehr beschreitet, als das in der Vergangenheit gewesen ist, auch vielleicht unter dem Aspekt der finanziellen Beteiligung an solchen Fahrweggesellschaften. Das wird die Zukunft sein, wenn man die Bahnpolitik wirklich fördern will. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/557, Neufassung der Drucksache 15/496, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, dass wir keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufrufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 17.50 Uhr)